

Wohnst du noch oder lebst du schon?

Genossenschaftliches Wohnen und Leben als Integrationspotential für türkischstämmige Bewohner

Diplomarbeit

Humboldt-Universität zu Berlin

Geographisches Institut

Eingereicht von: Kristin Müller

Gutachter: Prof. Dr. Franz-Josef Kemper
Dr. Katja Adelhof

Berlin, den 26.01.2010

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	IV
Tabellenverzeichnis	VI
1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund.....	5
2.1 Was ist Integration?	5
2.2 Ebenen und Ziele der migrationsspezifischen Integration	6
2.3 „Verortung“ von Integration – Die Bedeutung des Quartiers im Integrationskontext	9
2.3.1 Quartiere unter den Bedingungen sozialer und ethnischer Segregation	10
2.3.2 Wohnen im Integrationskontext	13
2.3.3 Nachbarschaft im Integrationskontext.....	15
2.3.4 Lokale Partizipation im Integrationskontext	18
2.4 Zusammenfassung.....	19
3. Wohnungsgenossenschaften	20
3.1 Merkmale von Wohnungsgenossenschaften	20
3.1.1 Genossenschaftliche Prinzipien	21
3.1.2 Genossenschaftliche Verwaltungsstrukturen.....	22
3.2 Geschichte der Wohnungsgenossenschaften	23
3.3 Wohnungsgenossenschaften nach Größen- und Altersstruktur	26
3.4 Wohnen und Leben in Wohnungsgenossenschaften	27
3.4.1 Wohnungsgenossenschaften in segregierten Quartieren – zwischen Impulsgebung und Entwicklungsbehinderung	27
3.4.2 Wohnsicherheit und Wohnqualität in Wohnungsgenossenschaften.....	29
3.4.3 Nachbarschaften in Wohnungsgenossenschaften	31
3.4.4 Partizipation in Wohnungsgenossenschaften	33
3.5 Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften	34
3.6 Zusammenfassung.....	38
4. Türkische Bevölkerung und Wohnungsgenossenschaften in Berlin	41
4.1 Türkische Bevölkerung in Berlin.....	41
4.1.1 Zuwanderungsgeschichte der türkischen Bevölkerung	41
4.1.2 Räumliche Verteilung der türkischen Bevölkerung	43
4.1.3 Wohn- und Lebenswelten der türkischen Bevölkerung	44
4.1.4 Zusammenfassung.....	49
4.2 Wohnungsgenossenschaften in Berlin.....	49
4.2.1 Strukturdaten der Wohnungsgenossenschaften in Berlin.....	49
4.2.2 Migranten in Berliner Wohnungsgenossenschaften	52
4.2.3 Zusammenfassung.....	52

5.	Empirische Untersuchung	53
5.1	Untersuchungskonzept der Arbeit.....	53
5.2	Datenerhebung	54
5.2.1	Befragung der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände	54
5.2.2	Befragung der untersuchten Wohnungsgenossenschaften.....	55
5.2.3	Befragung der Genossenschaftsmitglieder.....	55
5.2.4	Probleme der empirischen Untersuchung.....	57
6.	Fallbeispiele	59
6.1	Fallbeispiel I – mittelgroße & alte Genossenschaft „am Weigandufer“ (Neukölln)	59
6.2	Fallbeispiel II – kleine & junge Genossenschaft im Adalbertkiez (Kreuzberg)	61
6.3	Zusammenfassung.....	64
7.	Untersuchungsergebnisse	65
7.1	Befragungsergebnisse der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände.....	65
7.2	Befragungsergebnisse der Wohnungsgenossenschaften	65
7.3	Befragungsergebnisse der Genossenschaftsmitglieder	67
7.3.1	Charakterisierung der Befragungsteilnehmer	67
7.3.2	Wohnsicherheit und Wohnqualität	70
7.3.3	Allgemeine und interkulturelle nachbarschaftliche Kontakte	82
7.3.4	Partizipation durch genossenschaftliche Gremien.....	92
7.3.5	Identifikation mit genossenschaftlichen Werten.....	93
7.3.6	Zusammenfassung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse.....	98
8.	Fazit und Ausblick	102
	Literaturverzeichnis	105
	Anhang	111

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung benachteiligter Quartiere.....	12
Abbildung 2: Genossenschaftliches Zielsystem	20
Abbildung 3: Demokratie in Wohnungsgenossenschaften.....	23
Abbildung 4: Mietpreisgestaltung der Wohnungsgenossenschaften in den alten Bundesländern	31
Abbildung 5: Förderung des Zusammenlebens in Wohnungsgenossenschaften.....	32
Abbildung 6: Verteilung der türkischen Bevölkerung in Berlin auf Basis der Alt-Bezirke 2007 .	44
Abbildung 7: Erwerbslosenquote von Türken und Deutschen in Berlin (1991-2008)	48
Abbildung 8: Anteile der Genossenschaftswohnungen an den gesamten Wohnungen auf Basis der Alt-Bezirke 2008	52
Abbildung 9: Außenansicht GeWoSüd (Neuköllner Bauteil)	59
Abbildung 10: „Bewohnerleben“ in der GeWoSüd (Neuköllner Bauteil)	60
Abbildung 11: „Nachbarschaft ist Wahlverwandtschaft“	60
Abbildung 12: Umgebung des Siedlungsteils (Neuköllner Bauteil)	60
Abbildung 13: Bestände der GeWo Süd (Neuköllner Bauteil).....	61
Abbildung 14: „Bewohnerleben“ in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ (Kreuzberger Bauteil)	63
Abbildung 15: Bestände der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ (Kreuzberger Bauteil)	64
Abbildung 16: Letzte Wohnform vor dem Umzug in die Wohnungsgenossenschaft	71
Abbildung 17: Informationswege für den Bezug der Genossenschaftswohnung	72
Abbildung 18: Finanzierung der Genossenschaftsanteile	75
Abbildung 19: Bedeutung der Wohnsicherheit	75
Abbildung 20: Bevorzugte Wohnform im Falle eines Umzuges	77
Abbildung 21: Service des Vermieters in der GeWoSüd im Vergleich zur vorherigen Wohnung	81
Abbildung 22: Service des Vermieters in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ im Vergleich zur vorherigen Wohnung	81
Abbildung 23: Nachbarschaftliche Kontakte in der GeWoSüd und der vorherigen Wohnform ...	83
Abbildung 24: Nachbarschaftliche Kontakte in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ und der vorherigen Wohnform	84
Abbildung 25: Nachbarschaftliche Kontakte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern in der GeWoSüd und der vorherigen Wohnform	85
Abbildung 26: Nachbarschaftliche Kontakte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ und der vorherigen Wohnform	86
Abbildung 27: Veränderung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern während der letzten Jahre.....	88
Abbildung 28: Beitrag der Genossenschaft zur Verbesserung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern	89

Abbildung 29: Aktivitäten, die das Zusammenleben zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern fördern können	91
Abbildung 30: Teilnahme an der Mitgliederversammlung	92

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Integrationsverständnis dieser Arbeit	8
Tabelle 2:	Wohnbedingungen von deutschen und türkischen Haushalten in Westdeutschland 1985 bis 1998	14
Tabelle 3:	Durchschnittliche Wohnfläche pro Person, Miete pro Quadratmeter und Mietbelastungsquote der türkischen und deutschen Bevölkerung 2002	14
Tabelle 4:	Übersicht der genossenschaftlichen Prinzipien	21
Tabelle 5:	Investitionen in Instandhaltung und Modernisierung von Wohnungsgenossenschaften und anderen Wohnungsunternehmen (2007)	28
Tabelle 6:	Integrationspotentiale durch genossenschaftliche Strukturen	36
Tabelle 7:	Integrationspotentiale und -probleme nach Unternehmensgröße	39
Tabelle 8:	Integrationspotentiale und -probleme nach Unternehmensalter	40
Tabelle 9:	Entwicklung der monatlichen Nettoeinkommen von Deutschen und Türken in Berlin (1992, 2000, 2008)	48
Tabelle 10:	Wohnungsgenossenschaften in Berlin nach Größenklassen (2009)	50
Tabelle 11:	Wohnungsgenossenschaften in Berlin nach Altersklassen (2001)	51
Tabelle 15:	Befragte Teilnehmer nach Wohnungsgenossenschaft und ethnischen Hintergrund	68
Tabelle 16:	Anteil der Teilnehmer an allen Bewohnern nach Wohnungsgenossenschaft und ethnischen Hintergrund	68
Tabelle 17:	Berufliche Stellung der türkischstämmigen und deutschen Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften	69
Tabelle 18:	Haushaltsnettoeinkommen nach Wohnungsgenossenschaften und ethnischen Hintergrund	69
Tabelle 19:	Wohnsituation nach Wohnungsgenossenschaften und ethnischen Hintergrund	70
Tabelle 20:	Genossenschaftsanteile in EUR pro Wohneinheit	74
Tabelle 21:	Durchschnittliche Wohnfläche pro Person	74
Tabelle 22:	Bewertung: Wohnumfeld der Genossenschaft und Wohngebiet	78
Tabelle 23:	Bewertung: Wohnumfeld der Genossenschaft und Wohnumfeld der vorherigen Wohnung	79
Tabelle 24:	Bewertung: Wohnung in der Genossenschaft und vorherige Wohnung	80
Tabelle 25:	Identifikation mit dem Selbsthilfeprinzip	94
Tabelle 26:	Identifikation mit dem Selbstverantwortungsprinzip	95
Tabelle 27:	Identifikation mit dem Selbstverwaltungsprinzip	96
Tabelle 28:	Identifikation mit dem Demokratieprinzip	96
Tabelle 29:	Identifikation mit dem Förderprinzip	97
Tabelle 30:	Identifikation mit dem Identitätsprinzip	98

1. Einleitung

„Die einzige normale Bevölkerungsgruppe in Berlin sind die Türken“, sagte der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) 1986 in einer internen Diskussion. [...] Die türkische Bevölkerungsgruppe hatte Kinder, maß dem Familienleben hohen Wert bei, ging normalen Arbeitsverhältnissen nach, arbeitete viel und lange, sparte und zahlte Steuern.“ (HUNGER/THRÄNHARDT 2001: 109)

Vor rund 40 Jahren kamen Türken nach Deutschland. Die so genannten Gastarbeiter kamen damals auf Basis eines bilateralen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei. In deutschen Firmen musste immer noch der Arbeitskräftebedarf des *Wirtschaftswunders* gedeckt werden, aber auch Türken waren aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen in der Türkei an einem Arbeitsplatz in Deutschland interessiert. Wie der Name Gastarbeiter sagt, war der Aufenthalt der Türken seitens der Politik und Gesellschaft nur temporär – als Gastaufenthalt – geplant. Mittlerweile lebt aber bereits die zweite und dritte Generation türkischer Zuwanderer in Deutschland. Während die erste Generation, auch nachdem sie fast ein ganzes Arbeitsleben in Deutschland verbrachte, noch intensive Beziehungen in die Türkei pflegt und sich z.T. mehrere Monate im Jahr auch dort aufhält, sehen die jüngeren Generationen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland. Seitdem ihre Eltern und Großeltern nach Deutschland kamen, hat sich hier allerdings vieles verändert.

Insbesondere der wirtschaftliche Strukturwandel in Deutschland veränderte die Situation türkischer Zuwanderer stark, die speziell seit den 1990er Jahren zunehmend von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Mittlerweile unterscheidet sich die Situation türkischer Zuwanderer stark von der der Mehrheitsgesellschaft einerseits und von der weiterer Zuwanderergruppen andererseits, so dass Türken die „größte und zugleich die am meisten benachteiligte Gruppe“ (SIEBEL 2005: 387) sind. Sie besuchen häufiger die Hauptschule, studieren seltener und besetzen seltener höher qualifizierte Positionen im Beruf. Sie leben vermehrt in einfachen Wohnlagen und in Wohnungen schlechteren Standards. (GESTRING et al. 2006: 60 f.)

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Neben fehlenden individuellen Ressourcen wie Sprache oder auch Bildung bei den Türken liegen die Gründe auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. So liefert u.a. die Untersuchung von BULUT (2006) Ergebnisse zu Diskriminierungserfahrungen von türkischstämmigen Bewohnern in zahlreichen Lebensbereichen, von der Nachbarschaft über Behörden bis hin zum Arbeitsplatz und zur Wohnungssuche. (vgl. ebd.: 92 ff.)

Die Verbesserung der Lebensumstände von Zuwanderern und der Chancengleichheit von Minorität und Mehrheitsgesellschaft – die migrationsspezifische Integration – ist daher ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Thema.

Für die analytische Beschreibung von Integration existieren zahlreiche Konzepte. Integrationsbedarfe werden auf systemischer bzw. struktureller Ebene (z.B. Arbeits- und Wohnungsmarkt), auf politisch-rechtlicher Ebene (z.B. Partizipation) und identifikatorischer Ebene (z.B. Identifikation mit

den Werten einer Gruppe) sowie auf sozialer Ebene (z.B. durch den Einbezug in eine interkulturelle Nachbarschaft) gesehen. (vgl. REIMANN 2008: 193)

Über Jahrzehnte kam der Integration durch den Arbeitsmarkt für die systemische bzw. strukturelle Integration die bedeutendste Rolle zu. Sie sicherte materielle Teilhabe und Anerkennung sowie Gelegenheiten für interkulturelle Kontakte und deckte damit auch andere Integrationsdimensionen ab bzw. eröffnete Teilnahmechancen daran. Bedingt durch die Deindustrialisierung verliert die Integrationskraft des Arbeitsmarktes aber an Bedeutung. Vertreter aus Wissenschaft und Praxis konstatieren daher eine Bedeutungsverschiebung in Richtung des Wohnquartiers (vgl. z.B. MÜNCH 2007: 46) und auch in den nationalen Integrationsplan der BUNDESREGIERUNG (2007) wurde *Wohnen und Wohnumfeld* als eigenes Themenfeld aufgenommen. Neben der Förderung des Wohneigentumserwerbs wird in diesem Kontext auch die Rolle von Wohnungsgenossenschaften hervorgehoben. Durch die Doppelrolle der Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften als Nutzer und Anteilseigner wird eine stärkere Identifikation und damit einhergehend auch ein höheres Interesse an den genossenschaftlichen Wohnungsbeständen im Vergleich zur Mietwohnungen erwartet. (vgl. ebd. 2007: 112-115) Daneben benennen weitere Studien integrative Potentiale in den Bereichen Partizipation (vgl. MERSMANN 2005: 175-215; BBR 2006: 22.29) und soziale Integration (vgl. VdW SÜDWEST 2006: 6 f.; RIDINGER 2007: 29-35). Bislang existiert – nach dem Stand der Recherche der Autorin – keine systematische Darstellung der Integrationspotentiale durch genossenschaftliche Strukturen und keine Untersuchung unter Einbezug der Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften.

Eine Zusammenschau aktueller Integrationsbedarfe und genossenschaftlicher Besonderheiten zeigt jedoch gemeinsame Ansatzpunkte auf:

- *strukturelle oder systemische Integration* durch eine verbesserte Wohnsicherheit und Wohnqualität für die Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften im Vergleich zum Wohnen zur Miete
- *politisch-rechtliche Integration* durch die Partizipationsmöglichkeiten und -rechte für Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften
- *identifikatorische Integration* über die genossenschaftlichen Werte
- *soziale Integration* durch die sozialen Ziele der Wohnungsgenossenschaft, die z.B. in Form gemeinsamer nachbarschaftlicher Aktivitäten gefördert werden

Da Wohnungsgenossenschaften keine homogene Unternehmensgruppe sind, ist anzunehmen, dass verschiedene Genossenschaftstypen – z.B. nach Alter und Größe systematisiert – unterschiedliche integrative Potentiale entfalten.

Vor dem Hintergrund der Frage *Wohnst du noch oder lebst du schon?* soll in dieser Arbeit anhand von zwei Fallbeispielen das Integrationspotential von Wohnungsgenossenschaften für türkischstämmige Bewohner untersucht werden. Mittelpunkt der Fragestellung ist, ob auch das Mehr

an *Leben*, was Wohnungsgenossenschaften über das *Wohnen* hinaus bieten, integrative Potentiale entfaltet und inwiefern verschiedene Unternehmenstypen besondere integrative Stärken haben.

Aufbau der Arbeit

Das zweite Kapitel beschreibt den theoretischen Rahmen dieser Arbeit. Hier werden zunächst Begriffe und Ebenen von *Integration* beschrieben und daran anschließend die Bedeutung des Quartiers für die Integration erläutert. Die Bereiche einer „verorteten Integration“: Wohnen, Nachbarschaft und lokale Partizipation werden vertieft.

Im darauf folgenden Kapitel *Wohnungsgenossenschaften* werden vorab die Besonderheiten dieser Wohnform und ihre Geschichte beschrieben. Darauf aufbauend wird auf die Differenzierung der Genossenschaftslandschaft eingegangen. Im Abschnitt *Wohnen und Leben in Wohnungsgenossenschaften* werden entlang der im ersten Kapitel dargestellten Integrationsbereiche im Quartier (Wohnen, Nachbarschaft, lokale Partizipation) die entsprechenden Potentiale, aber auch integrationshemmende Aspekte von Wohnungsgenossenschaften auf diesen Ebenen dargestellt.

Türkische Bevölkerung und Wohnungsgenossenschaften in Berlin sind Inhalte des vierten Kapitels. Hier wird im ersten Abschnitt die Situation türkischer Bevölkerung in Berlin betrachtet. Im zweiten Abschnitt richtet sich der Blick auf die wohnungsgenossenschaftliche Landschaft in Berlin. Für das Beispiel Berlins werden die Integrationsbedarfe türkischer Zuwanderer sowie Formen und Verteilung von Wohnungsgenossenschaften behandelt.

Im fünften Kapitel wird die Vorgehensweise bei der *empirischen Untersuchung* der Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften beschrieben. Die Untersuchung basiert auf qualitativen und quantitativen Elementen, die in diesem Abschnitt erläutert werden. Gespräche mit den genossenschaftlichen Verbänden und den Vertretern der Wohnungsgenossenschaften sollen einen Überblick über die Rahmenbedingungen und Erfahrungen zum interkulturellen Wohnen geben. Anhand der Mitgliederbefragung sollen die Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften entsprechend der im ersten Kapitel vorgestellten Integrationsebenen untersucht werden.

Daran anschließend werden im Kapitel *Fallbeispiele* die untersuchten Wohnungsgenossenschaften und die sie „umgebenden“ Quartiere vorgestellt.

Im siebten Kapitel werden die *Untersuchungsergebnisse* der qualitativen und quantitativen Untersuchung beschrieben.

Die Arbeit schließt mit einer *zusammenfassenden Bewertung* der Forschungsergebnisse und einem Fazit.

Allgemeine Anmerkungen

Zur besseren Lesbarkeit wird in der Arbeit die männliche Form der Personenbezeichnungen verwendet. Sofern nicht explizit unterschieden wird, sind damit Frauen und Männer gemeint. Zudem werden mit dem Begriff Migrant die Personen bezeichnet, die ihren Wohnsitz dauerhaft aus dem Ausland nach Deutschland verlegt haben, sowie deren Nachfahren, selbst, wenn diese keine eigene Migrationserfahrung besitzen. Synonym werden die Termini Zuwanderer oder auch Einwanderer verwendet. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe zur besseren Lesbarkeit z.T. auch mit der Bezeichnung Türken abgekürzt, auch, wenn nicht alle hiermit bezeichneten Personen tatsächlich türkische Staatsbürger sind oder eigene Migrationserfahrung haben.

2. Theoretischer Hintergrund

Dieses Kapitel setzt sich aus einer allgemeinen Einführung in den Kontext *Integration* und einer Darstellung der Integrationsansätze auf räumlicher Ebene zusammen. Im ersten Abschnitt werden Begriffsbestimmungen, Ebenen von Integration und Integrationsziele erläutert. Im zweiten Abschnitt wird die Bedeutung des Quartiers als „Ort für die Integration“ herausgestellt. Dabei werden zunächst die Entstehungsprozesse und Folgen sozial und ethnisch segregierter Gebiete dargestellt. Daran anschließend wird die Bedeutung des Wohnens, der Nachbarschaft und der lokalen Partizipation als räumlich verankerte Kristallisationspunkte für die Integration dargelegt.

2.1 Was ist Integration?

Integration ist „ein Dachbegriff für unterschiedliche analytische und normative Eingliederungskonzepte.“ (FASSMANN 2007:1) Ganz allgemein bedeutet Integratio (lat.) die Wiederherstellung eines Ganzen durch die Eingliederung einzelner Teile. Integration ist sowohl Prozess als auch Zustand. (vgl. REIMANN 2008: 193) Etymologisch ist dabei zu ergänzen, dass die Teile nicht nur miteinander verbunden werden, sondern darüber hinaus nach einer Integration auch in Einklang miteinander sind. (vgl. REINDERS 2009: o.S)

Aufgrund der vielfältigen Verwendung des Integrationsbegriffs – von der Mathematik bis zu den Sozialwissenschaften – schlägt HÄÜBERMANN (2009) für den gesellschaftlichen Integrationskontext vor, den Begriff Inklusion zu verwenden. Inklusion sei als „Chancengleichheit für alle im System“ zu verstehen und beinhalte weiter „den Abbau von Benachteiligung und Ausgrenzung“. (ebd.: o.S.) In der bisherigen Literatur zum Thema dominiert jedoch der Begriff Integration, weshalb er für diese Arbeit vorgezogen werden soll.

Die migrationsspezifische Integration – das Thema dieser Arbeit – wird in der Literatur z.T. synonym mit Assimilation, Akkulturation, Absorption, Amalgamation oder auch Akkomodation verwendet bzw. erläutert und ergänzt. Die wechselnde, teilweise auch uneinheitlich verwendete Terminologie spiegelt die sich im Zeitverlauf wandelnden politischen Leitbilder von Integration wider. Während die Integration von Migranten in den 1970er und 1980er Jahren noch in der Anpassung (bzw. die Unterordnung) der Minderheit an (unter) die kulturellen Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft münden sollte, wird Integration in der jüngeren Vergangenheit als ein wechselseitiger, wenngleich nicht automatisch gleichberechtigter Lernprozess zwischen Minorität und Majorität verstanden. Die Anpassungsleistung liegt dabei vorrangig bei der fremd-ethnischen Gruppe. (vgl. KRUMMACHER 2000: 326 f.) Gerade zur Integration von Migranten existieren in der Wissenschaft neben zahlreichen inhaltlichen Auseinandersetzungen auch politische Diskussionsstränge. Sie dokumentieren die Komplexität des Kontextes sowie dessen ideologische Geladenheit, aber auch die wechselseitige Beeinflussung zwischen den Forschungstraditionen und dem politischen Zeitgeist.

In der migrationsspezifischen Integrationsdebatte wird Integration heute von zahlreichen Autoren als eine Angleichung der Lebensumstände von Zuwanderern und Mehrheitsgesellschaft verstanden. (vgl. HECKMANN/TOMEI 1997: 4) „Dabei werden von beiden Seiten und allen Akteuren veränderte Einstellungen, positive Handlungen und veränderte politische Rahmenbedingungen postuliert, die sich an den Normen Chancengleichheit, Pluralität und Respekt gegenüber Minderheiten orientieren.“ (KRUMMACHER 2000: 327)

Auf der analytischen Ebene werden offene und assimilatorische Integrationskonzepte unterschieden. Offene Integrationsvorstellungen beziehen sich eher auf die Eingliederung von Gruppen im gegenseitigen Lernprozess (Multikulturalismus). Assimilatorische Konzepte beziehen sich dagegen auf den Integrationsprozess von Individuen. (vgl. REIMANN 2008: 194)

„Die Frage, wie Integration funktionieren kann, ist in der wissenschaftlichen Theoriebildung ein nach wie vor offener Diskurs und umstritten.“¹ (REIMANN 2008: 194) Der Handlungsdruck steigt jedoch gerade in den Städten, weil sich hier große Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund konzentrieren. (vgl. ebd.: 194)

2.2 Ebenen und Ziele der migrationsspezifischen Integration

Allgemeiner Konsens herrscht laut REIMANN (2008: 193) hinsichtlich der Systematisierung von Integration in vier Ebenen bzw. Dimensionen:

- *strukturelle oder systemische Integration* (Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Bildung)
- *politisch-rechtliche Integration* (Wahlen, Partizipation)
- *kulturelle oder identifikatorische Integration* (Sprache, Werte, Einstellungen, Lebensstile)
- *soziale Integration* (Netzwerke, Beziehungen, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben)

Diese vier Ebenen werden unter Verwendung verschiedener Termini und Zuordnungen sowie mit unterschiedlichen Inhalten und Schwerpunkten in vielen Publikationen verwendet. (vgl. z.B. HÄUBERMANN/SIEBEL 2001; HECKMANN/TOMEI 1997; ESSER 2001)

¹ Die Bandbreite der Diskussionen und Ansätze migrationsspezifischer Integration kann im Rahmen dieser Arbeit nicht wiedergegeben werden, da sie zu umfangreich ist.

Ein umfassendes Sozialintegrationskonzept² entwickelte ESSER (2001). Das Konzept gliedert Integration in die bereits beschriebenen Integrationsebenen und verwendet die Begrifflichkeiten: *Kulturation*, *Plazierung*, *Interaktion* und *Identifikation*. (vgl. ebd.: 8-13)

- *Kulturation* bezeichnet die Fähigkeit bestimmtes Wissen und Kompetenzen zu besitzen und in Alltagssituationen anwenden zu können. Hierzu müssen Personen in der Lage sein, in Interaktion und Kommunikation mit der anderen Kultur erfolgreich zu handeln. (vgl. ebd.: 8 f.)
- *Plazierung* bezeichnet die Einnahme einer hierarchischen Position innerhalb der Gesellschaft, z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei der Staatsbürgerschaft oder auch im Bildungsbereich. Diese Dimension ist aus Sicht ESSERS „wahrscheinlich die wichtigste“ (ebd.: 9), weil sich aus einem Plazierungsaufstieg neben Rechten auch Gelegenheiten zur Intensivierung sozialer Beziehungen ergeben, woraus wiederum soziales und kulturelles Kapital entstehen kann. Unbegründete Vorurteile, Diskriminierungen und andere Schließungen können eine erfolgreiche Plazierung verhindern. (vgl. ebd.: 9 f.)
- *Interaktion* bezeichnet die sozialen Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft bzw. die Einbindung in soziale Netzwerke und gesellschaftliche Partizipation. Diese Integrationsebene vollzieht sich in informellen (Alltags-)Situationen. Die zentrale Voraussetzung für Interaktionen sind Gelegenheiten zur Begegnung. Interkulturelle Interaktionen sind dabei besonders nachhaltig für die Integration, weil sie – anders als die bloße Plazierung – auch emotional wirken und Dissonanzen verringern können sowie zudem auch indirekte Effekte für die Systemintegration haben und so als Schlüssel für die System- bzw. Strukturintegration (Plazierung) wirken können. (vgl. ebd.: 10 ff.)
- Bei der *Identifikation* unterscheidet ESSER (2001) drei Formen: empathische Wertintegration, Bürgersinn und die Hinnahme eines Systems. *Wertintegration* ist die Identifikation eines Akteurs mit einem sozialen System, z.B. einer Gesellschaft, einer Gruppe oder einer Organisation. *Bürgersinn* ist die Identifikation mit demokratischen Werten, die die individuellen Freiheiten sichern. Sie lösen in modernen Gesellschaften mit pluralisierten Lebensstilen und zunehmend heterogeneren Werten bislang allgemeingültige Werte ab. *Hinnahme* wird wiederum in Verkettungs- und Deferenzintegration unterteilt. *Verkettungsintegration* ist die Verkettung verschiedener Akteure durch die Integration in unterschiedliche Systeme und Lebenswelten. Es gibt keine Zugehörigkeit nur zu einer Gruppe, sondern zu vielen Gruppen gleichzeitig. Umwälzungen finden im Inneren der Individuen statt und werden nicht nach außen getragen. *Deferenzintegration* ergibt sich, wenn sozial Schwache ihre Lebenswelt hinnehmen, ohne Bemühungen darum, ihre Situation zu ändern. (vgl. ebd.: 12 ff.)

² Hiermit ist nicht nur die Ebene der „sozialen Integration“ nach REIMANN (2008: 193) gemeint. ESSER (2001) unterscheidet in seinem Konzept, wie in der Soziologie üblich, zwischen System- und Sozialintegration. Systemintegration ist der Zusammenhalt gesellschaftlicher Teilsysteme wie Märkte oder auch Staaten. Sozialintegration bezieht sich auf die Integration von Individuen. (vgl. ebd.: 5 f.)

Die Dimensionen nach ESSER (2001) finden sich, wie bereits erwähnt, auch bei REIMANN (2008). Unterschiede bestehen aber in der Zuordnung von Unterpunkten. So werden REIMANN (2008) zufolge sprachliche und identifikatorische Integration üblicherweise zusammengefasst, während diese bei ESSER (2001) unterschieden werden. (vgl. ebd.: 193) Zudem weist ESSER (2001) im Gegensatz zu REIMANN (2008) Partizipation nicht als eigene Dimension aus, sondern ordnet sie der Interaktion zu.

ESSERS (2001) Konzept soll – unter Hinzunahme der expliziten Benennung politisch-rechtlicher Integration als eigene Dimension wie bei REIMANN (2008: 193) – als Integrationsverständnis für diese Arbeit dienen, weil es durch seine offene und gleichzeitig differenzierte Gestaltung auf zahlreiche Bereiche anwendbar ist – so auch auf die Integrationspotentiale durch genossenschaftliche Strukturen. (vgl. Tabelle 1)

Tabelle 1: Integrationsverständnis dieser Arbeit

Integrations Ebenen	
Kulturation	Notwendiges Wissen, um in alltäglichen Situationen handeln zu können.
Plazierung	Einnahme einer hierarchischen Position in der Gesellschaft (z.B. auf dem Wohnungsmarkt). Aus einer Positionsverbesserung ergeben sich verbesserte rechtliche Positionen.
Interaktion	Herstellung von sozialen Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft und interkulturelle Interaktion.
Rechtlich-Politisch	Möglichkeiten zur Partizipation.
Identifikation (Wertintegration)	Identifikation mit den Werten eines sozialen Systems, einer Gruppe oder Organisation.

Quelle: vgl. ESSER 2001: 8-13 ; REIMANN 2008: 193

Laut ESSER (2001) folgen die vier von ihm benannten Integrationsdimensionen aufeinander. Erst die Kulturation ermöglicht die Plazierung, die wiederum Voraussetzung zunächst für Interaktionen und darauf folgend für Identifikation ist. (vgl. ebd.: 8-13) FASSMANN (2007: 5 f.) bezieht sich ebenfalls auf die Dimensionen ESSERS, gibt aber zu bedenken, dass die Dimensionen aus seiner Sicht nicht zwingend aufeinander folgen müssen, sondern durchaus Abweichungen in der Reihenfolge möglich sind.

Neben der Definition der Ebenen von Integration ist auch die Beschreibung der Ziele von Bedeutung. Wie bereits beschrieben ist Integration selbst als Prozess und Zustand zu verstehen. Dementsprechend bilden die Integrationsdimensionen eigenständige Ziele der Integration.

FASSMANN (2007) leitet darüber hinaus die übergeordneten Integrationsziele: Sozialen Zusammenhalt zur Sicherung des sozialen Friedens auf gesellschaftlicher Ebene und Chancengleichheit auf individueller Ebene ab. (vgl. ebd.: 12)

2.3 „Verortung“ von Integration – Die Bedeutung des Quartiers im Integrationskontext

Da die Integration durch die Erwerbstätigkeit zunehmend schwieriger wird und aufgrund der fortschreitenden Deindustrialisierung weiter an Integrationskraft verliert, gewinnt das Wohnquartier für die Integration von Migranten an Bedeutung. (vgl. HABERMANN-NIEßE/KLEHN 2007: 224; MÜNCH 2007: 46; PETENDRA 2005: 1-3) Eine weitere Ursache für den Bedeutungsgewinn des Quartiers in der Integrationsdebatte liegt auch darin, dass sich „Zuwanderung [...] in den Kommunen, insbesondere in den Wohnquartieren, unmittelbar aus[wirkt]. Erfolge der Integration – aber auch Probleme – sind hier am deutlichsten spürbar.“ (BMVBS/BBR 2008: 9) Eine Vielzahl von Studien – gefördert durch Bund, Länder, Gemeinden und Stiftungen – beschäftigten sich mit den Integrationspotentialen von Quartieren. (vgl. z.B. LBW 2007; BBSR 2009; VZS 2005a) Aus Sicht der Experten stellen v.a. die *Bildungsmöglichkeiten vor Ort*, die *Förderung der ethnischen Ökonomie* als wichtiger „Arbeitgeber“ für Migranten, die *Partizipationsmöglichkeiten* z.B. bei der Gestaltung der öffentlichen Räume, die *Schaffung von Gemeinschaftsräumen* für interkulturelle Begegnungen sowie die *Imageverbesserung* von Quartieren als auch die *Förderung der Wohneigentumsbildung* von Zuwanderern wichtige Bereiche zur Verbesserung der Integration auf Quartiersebene dar. (vgl. z.B. BBSR 2009; LBW 2007; VZS 2005a)

Auch der nationale Integrationsplan der BUNDESREGIERUNG (2007) stellt die zentrale Funktion von Wohnquartieren im Integrationskontext heraus und benennt „Wohnen und Wohnumfeld im Quartier“ zu einem Themenschwerpunkt. Hier wird unter anderem die *Aufwertung der Wohnquartiere* zur Steigerung der Wohnqualität, die *Einbindung von Migranten in politische Gremien* und die *Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement* empfohlen. Zu den unterstützenden Akteuren auf Quartiersebene wird neben lokalen Vereinen, Kirchengemeinden und sozialen Trägern auch die Wohnungswirtschaft gezählt. Nach Ansicht der BUNDESREGIERUNG (2007) kann die Wohnungswirtschaft durch Maßnahmen wie *Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungsbestände*, *Wohnumfeldgestaltung* sowie durch die *Bereitstellung von Räumen für Bewohneraktivitäten* zur Integration von Migranten beitragen. Explizit wird hier auch die Rolle von Wohnungsgenossenschaften betont. Durch die Doppelrolle als Nutzer und Anteilseigner wird von den Mitgliedern einer Genossenschaft – im Vergleich zu „normalen Mietern“ – eine stärkere Identifikation sowie ein höheres Interesse an den genossenschaftlichen Wohnungsbeständen erwartet. (vgl. BUNDESREGIERUNG: 2007: 112-115) Die Zusammenstellung zeigt, dass die Integrationserwartungen an die Quartiere vielfältig sind.

Im folgenden Kapitel werden die Bedingungen sozialer und ethnischer Segregation in Quartieren beschrieben. Zudem werden daran anschließend die Aspekte Wohnen (Plazierung), Nachbarschaft (Interaktion) und lokale Partizipation (politisch-rechtliche Integration) vertieft (vgl. Tabelle 1), da diese Integrationsbereiche für den weiteren Verlauf dieser Arbeit von Bedeutung sind. Zwar wird auch die identifikative Ebene im Kontext der Integration durch das Quartier betont. In

dieser Arbeit wird sie aber nicht explizit hervorgehoben, da sich die Identifikation mit dem Quartier z.B. durch Wohnzufriedenheit, gute nachbarschaftliche Beziehungen, über lokale Partizipation (vgl. HÄUßERMANN 2005: 79 f.) oder auch über das Wissen über örtliche Besonderheiten. (vgl. Schnur 2000: 3) entwickelt.

2.3.1 Quartiere unter den Bedingungen sozialer und ethnischer Segregation

Es werden drei Formen residentieller Segregation unterschieden: soziale, ethnische und demographische Segregation. (vgl. KEMPER 2007: 117)

Die Entstehung residentieller Segregation wird vor allem von drei Voraussetzungen bestimmt: zum einen durch das Vorhandensein von Unterschieden (z.B. sozio-ökonomisch, ethnisch, demographisch), zum anderen durch räumliche Ungleichheit (z.B. „Ungleichverteilung von Wohnungs- und Wohnumfeldqualitäten) und die Verteilung bzw. Belegung bestimmter Wohnungsmarktsegmente aufgrund von Gruppenstigmatisierung (z.B. entlang der Faktoren: Soziales, Ethnie und von demographischen Merkmalen). (vgl. DANGSCHAT 1998: 33)

Da sich die Integrationsdebatte vor allem auf benachteiligte Quartiere unter den Bedingungen sozialer³ und ethnischer Segregation konzentriert, wird deren Entwicklung im Folgenden kurz zusammengefasst.

Soziale Segregation ist der Ausdruck sozialer Ungleichheit im Raum. Ethnische Segregation ist die Verortung kultureller Unterschiede. Wenngleich beide Segregationstypen oftmals nebeneinander oder auch in Kombination existieren, unterscheiden sie sich in ihrer Entstehung und Entwicklung. (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2004: 151)

Soziale Segregation

Die Ursachen für die residentielle Segregation nach dem sozialen Status liegen in globalen Prozessen wie der Auflösung klassischer Arbeitsmarktstrukturen und dem Verlust von Arbeitsplätzen im Zuge der Deindustrialisierung einerseits (vgl. KRUMMACHER et al 2003: 21) und Entwicklungen auf kommunaler Ebene, darunter „spezifische Wohnungsbau-, Belegungs-, Stadterneuerungs- und Standortpolitik“ (DANGSCHAT 1997: 99) andererseits. Zudem werden die Prozesse von Immobilieneigentümern durch eine renditeorientierte Verwertung des Wohnraums mitgetragen. (vgl. KÖNIG 2004: 119) Insbesondere in den 1990er Jahren verschärfte sich die soziale Segregation durch steigende Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Verknappung der öffentlichen Budgets. Staatliche Interventionen wie z.B. soziale Wohnraumversorgung und Abfederung der Arbeitslosigkeit zur Verringerung der sozio-ökonomischen Disparitäten wurden nicht mehr in ausreichendem Maße geleistet. (vgl. DANGSCHAT 2007: 256)

Ethnische Segregation

³ In dieser Arbeit wird mit *sozial* der berufliche bzw. Bildungsstatus gemeint. Im Weiteren sind damit Gruppen mit niedrigem sozialem Status gemeint.

Als Ursachen für die Entstehung ethnischer Segregation werden neben Präferenzen der ethnischen Minderheiten hinsichtlich der Wohnstandortwahl auch Diskriminierungspraktiken durch so genannte *Gatekeeper* benannt.

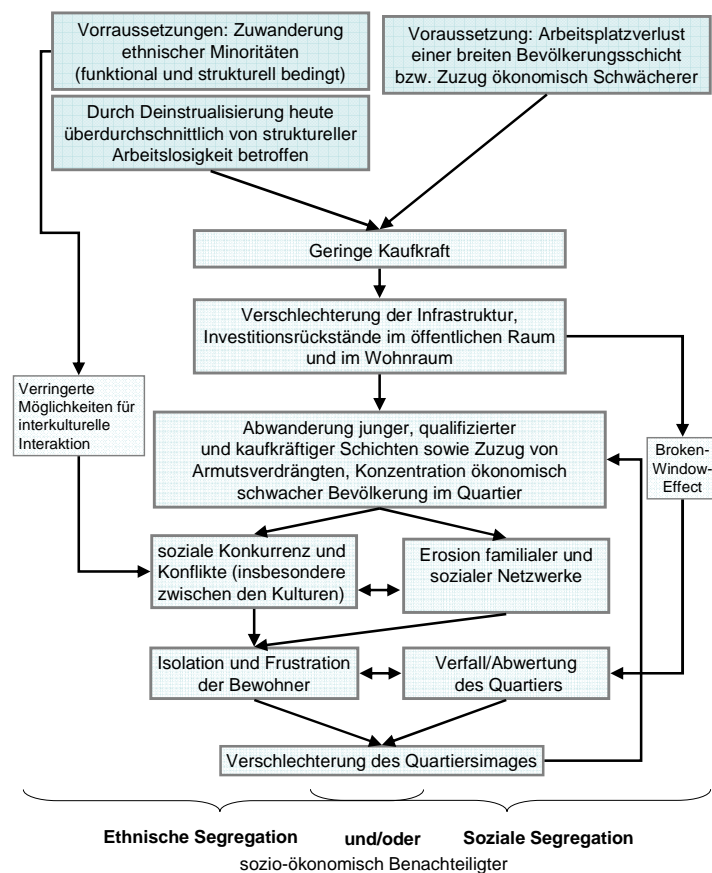
Gastarbeiter, die seit den 1960er Jahren nach Deutschland kamen, bevorzugten zunächst sehr günstigen Wohnraum und suchten zudem auch die räumliche Nähe zu bereits hier lebenden Angehörigen derselben Ethnie. Daneben beeinträchtigen *Gatekeeper* des Wohnungsmarktes, z.B. Makler oder auch private, gemeinnützige oder öffentliche Wohnungseigentümer den Zugang zu bestimmten Wohnungsteilmärkten oder Wohnungsmarktsegmenten für einige Bevölkerungsgruppen, weil von diesen z.B. keine Konstanz in der Mietzahlung oder auch Konflikte mit den Nachbarn erwarten werden. Neben den ethnischen Minoritäten sind auch Sozialhilfeempfänger oder auch Alleinerziehende von den Diskriminierungspraktiken betroffen. (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2004: 173f.; BARTELHEIMER 1997: 277 nach FRIEDRICH/TRIEMER 2009: 33)

Während soziale Segregation ökonomisch schwacher Haushalte tendenziell unfreiwillig ist und auf fehlenden Alternativen auf dem Wohnungsmarkt beruht. (vgl. REIMANN/SCHULERI-HARTJE 2005: 3) kann ethnische Segregation also ebenfalls strukturell bedingt sein, aber auch auf Funktionalität beruhen. (vgl. DANGSCHAT 2007: 257)

Im Integrationskontext spielt die Überlagerung sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation eine wichtige Rolle. (BMVBS/BBR 2008: 9) Aus beiden Faktoren ergeben sich Problemkomplexe, die nachfolgend dargestellt werden.

Abbildung 1 zeigt den schematischen Ablauf und die Folgen ethnischer und sozialer Segregationsprozesse in Quartieren unter der Bedingung sozio-ökonomischer Benachteiligung von Migranten. Diese Darstellung wurde gewählt, weil Migranten häufig zu den sozio-ökonomisch schwächeren Haushalten gehören. (vgl. GESTRING et al. 2006: 62 f.)

Allgemein führt eine geringe Kaufkraft in diesen Quartieren zu einer Verschlechterung der Infrastruktur. Die lokale Ökonomie wird von der verringerten Kaufkraft betroffen und auch Investitionen in den Wohn- und öffentlichen Raum fallen aufgrund sinkender (Steuer-)Einnahmen geringer aus, so dass es zu Investitionsrückständen kommt. (vgl. KRUMMACHER et al 2003: 30, 37; BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 2 f.) Die geringe infrastrukturelle und bauliche Attraktivität sowie das schlechte Image der Quartiere führen zur selektiven Abwanderung ökonomisch stärkerer und qualifizierter Bewohner. (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2004: 162) Zudem können die hier lebenden, ökonomisch schwächeren Bewohner aufgrund geringer Einkommen nur eingeschränkt an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilhaben. Dies führt zur Erosion sozialer Netzwerke und kann bis zur Vereinzelung führen. (vgl. BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 3)

Abbildung 1: Entwicklung benachteiligter Quartiere

Quelle: Eigene Darstellung nach HÄÜBERMANN/SIEBEL 2004 162 f.; KRUMMACHER et al 2003: 30,37; BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 2; f. DANGSCHAT 1997: 97,99

Durch mangelnde Perspektiven für die persönliche Entwicklung, fehlende alternative Lebensmodelle und die baulich-räumliche Abwertung können benachteiligende Effekte, die so genannten Quartierseffekte⁴, für die Bewohner entstehen. Das Quartier gerät sich in eine Abwärtsspirale („Fahrstuhleffekt nach unten“) (vgl. HÄÜBERMANN/SIEBEL 2004: 162 f.) „Arme-Leute-Viertel sind nichts Neues. [...] Neu daran ist die Tendenz zur fortschreitenden sozialen Entmischung und zur Verfestigung der Strukturen.“ (KRUMMACHER et al 2003: 37)

Inwiefern speziell von der Überlagerung ethnischer und sozialer Segregation Benachteiligungsprozesse für die Bevölkerung ausgehen und ob die ethnische Segregation die Integration von Migranten behindert, ist bislang nicht eindeutig geklärt. Zwar gibt es zahlreiche Segregationsuntersuchungen, diese liefern allerdings heterogene Befunde zu den so Quartierseffekten. Darstellungen verschiedener Forschungsergebnisse finden sich z.B. bei DANGSCHAT 2007: 258-261; NIESZERY 2008: 107-126. DANGSCHAT (2007) stellt in diesem Zusammenhang heraus, dass Quartiere sehr unterschiedlich sein können und sich individuelle Quartierskulturen mit „lokal gültige(n)

⁴ Quartiers- oder Nachbarschaftseffekte bezeichnen Benachteiligungen z.B. in der Lebensqualität oder -perspektiven, die sich für Einzelne oder Gruppen allein daraus ergeben, dass sie in einem Quartier mit sozialen und baulich-räumlichen Problemen leben. (vgl. NIESZERY 2008: 102)

Toleranz- und Ausgrenzungskulturen“ entwickeln und schlägt vor, Quartiere unter den Bedingungen sozialer und ethnischer Segregation nicht nur zu problematisieren, sondern „mit den bestehenden Bevölkerungszusammensetzungen vor Ort umzugehen und ihre endogenen Potentiale zu stärken“. (ebd.: 262 f.)

2.3.2 Wohnen im Integrationskontext

Der Bereich *Wohnen* kann nach ESSER (2001) der Integrationsdimension „Plazierung“ zugeordnet werden. (vgl. ebd.: 8) Der Integrationsfortschritt zeichnet sich in diesem Bereich zum einen durch eine Verbesserung der rechtlichen Position, wie z.B. durch den Wechsel von einem Miet- in ein Eigentumsverhältnis, zum anderen auch durch eine Verbesserung der Wohnsituation bzw. durch eine Annäherung der Wohnsituation von Migranten an die Wohnverhältnisse der Mehrheitsgesellschaft aus.

Zur Bewertung der Wohnsicherheit kann die Wohneigentümerquote von Migranten herangezogen werden. In Deutschland lag die Wohneigentümerquote für z.B. die türkische Bevölkerungsgruppe 2004 bei ca. 22% (HAYEN et al. 2005: 102 nach BERNHARDT 2008: 26) gegenüber 44% bei der deutschen Bevölkerung in 2003. (vgl. BRAUN/PFEIFFER 2006: 2 nach BERNHARDT 2008: 22) Im migrationsspezifischen Integrationskontext wird die Wohnsicherheit in Wohnungsgenossenschaften bisher kaum behandelt. (vgl. Kapitel 3.5) Die Gründe hierfür können in dem ohnehin geringen Anteil genossenschaftlicher Wohnungen liegen (7,6% der Wohnungen in Deutschland sind Genossenschaftswohnungen, vgl. BBU Verbandsstatistik, unveröffentlicht) sowie dem geringen Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund in Wohnungsgenossenschaften (vgl. Kapitel 4.2.2), können aber auch darin begründet sein, dass das genossenschaftliche Wohnen in der Statistik vielfach nicht in Abgrenzung zum Mietwohnverhältnis ausgewiesen wird.

Die Wohnsituation kann durch verschiedene Indikatoren beschrieben werden. Allgemein werden objektive Kriterien wie Wohndichte, Ausstattung und Zustand der Wohnung, Zugang zu Freiraum, Mietbelastung, Wohnumfeldqualität und Wohnsicherheit herangezogen. (vgl. GESTRING et al. 2006: 59-61; HÄUßERMANN/SIEBEL 2001: 19) Zu Beginn der Einwanderung bewerten Migranten die im Aufnahmeland vorgefundenen Wohnbedingungen, indem sie sie mit denen im Herkunftsland vergleichen. Seit längerem in Deutschland lebende und hier geborene Migranten vergleichen ihre Wohnqualität dagegen mit den Wohnstandards des Aufnahmelandes. Aus diesem Grund kann eine wachsende Unzufriedenheit mit der Wohnsituation unter Umständen als Integrationsfortschritt bewertet werden. (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2001: 16)

Insgesamt ist die Integration im Sinne einer Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft im Bereich *Wohnen* derzeit noch unzureichend. Tatsächlich verfügen viele Migranten über weniger Wohnfläche pro Person als Deutsche, obwohl im Zeitverlauf eine Annäherung stattfand. Zudem haben Migranten durchschnittlich eine höhere Mietbelastung und leben häufiger in einfachen Wohnlagen mit schlechteren Wohnumfeldqualitäten. (vgl. Gestring et al. 2006: 60 f.) Beispielhaft hierfür

werden in den Tabellen 2 und 3 Wohnstandards der türkischen Bevölkerung in Deutschland im Vergleich zu den Deutschen aufgeführt.

Tabelle 2: Wohnbedingungen von deutschen und türkischen Haushalten in Westdeutschland 1985 bis 1998

	Deutsche Haushalte			Türkische Bevölkerung		
	1985	1998	Differenz	1985	1998	Differenz
Kein Badezimmer (%)	2	1	-1	21	2	-19
Keine Zentralheizung (%)	17	5	-12	42	22	-20
Räume pro Person (%)	1,6	1,8	0,2	1,0	1,1	0,1
Eigentümer (%)	41	38	-3	1	12	10

Quelle: CLARK/DREVER 2001, e.B. nach GESTRING et al. 2006: 60

Tabelle 3: Durchschnittliche Wohnfläche pro Person, Miete pro Quadratmeter und Mietbelastungsquote der türkischen und deutschen Bevölkerung 2002

	Türken	Deutsche
Wohnfläche pro Person in m ²	30	49
N	177	2389
Miete pro m ² in EUR	5,6	6,1
N	142	1184
Mietbelastungsquote	28%	26%
N	142	1184

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖZCAN (2004): 38,39

Die Unterschiede in der Wohnsituation zwischen Ausländern und Deutschen werden auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. So bestimmen sozio-strukturelle Merkmale und „regionale Verteilung“ (GESTRING et al. 2006: 62-65), aber auch Diskriminierung (HÄUßERMANN/SIEBEL 2001: 18 ff.; GESTRING et al. 2006: 65-82) und Informationsmangel (vgl. BOSSWICK et al. 2008: 22) die Wohnsituation von Migranten.

Soziostrukturelle Unterschiede gibt es z.B. zwischen der türkischen und der deutschen Bevölkerungsgruppe in der sozialen Zugehörigkeit. So gehören Türkischstämmige durchschnittlich häufiger der *Arbeiterschicht* an, während sich die deutsche Bevölkerung stärker über alle sozialen Schichten verteilt. (vgl. Kapitel 4.1.3). Die Zugehörigkeit zu niedrigeren sozialen Schichten bestimmt in vielen Fällen auch die *ökonomische Situation*. Bei geringeren Einkommen können höhere Wohnstandards i.d.R. nicht verwirklicht werden. Zudem unterscheiden sich deutsche und nicht-deutsche *Haushalte* durchschnittlich auch in ihrer *Größe*. Single-Haushalte sind bei Migranten seltener als bei Deutschen, bei Ein-Personen-Haushalten ist aber die durchschnittliche Wohnungsgröße höher. Auch die *Altersstruktur* von Migranten unterscheidet sich von der der Deutschen. Menschen mit Migrationshintergrund sind durchschnittlich jünger, zudem befindet sich der „überwiegende Teil in der Familienphase“. Die durchschnittliche Wohnfläche junger Menschen und von Familien liegt dabei unter der anderer Bevölkerungsgruppen. Zwar werden sich deutsche und nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen im Zeitverlauf in ihrer Altersstruktur annähern, die Annäherung wird allerdings durch den Zuzug jüngerer Bevölkerungsgruppen z.B. bedingt durch das Heiratsverhalten von Türken, verlangsamt. (vgl. GESTRING et al. 2006: 62 f.)

Die regionale Verteilung trägt dadurch zur schlechteren Wohnsituation bei, dass Zuwanderer mit einem Anteil von 60% in Großstädten leben, während es nur 40% der deutschen Haushalte sind. In Großstädten ist das Wohnraumangebot begrenzter als in ländlichen Gebieten und zudem sind die Mieten hier höher. Auch die freiwillige Segregation trägt zur schlechteren Wohnsituation bei. Da Migranten häufig in innerstädtischen Altbaugebieten leben, leben sie auch häufiger in Wohnungen mit geringeren Standards. Daneben erschweren auch Veränderungen auf der Angebotsseite die Wohnraumversorgung für Migranten, weil z.B. Belegungsbindungen der Kommunen auslaufen oder auch innerstädtische Altbaugebiete zunehmend gentrifiziert⁵ werden und dadurch das Angebot an günstigem Wohnraum sinkt. (vgl. GESTRING et al. 2006: 63 f.)

Daneben werden die Wohnraumunterversorgung und die Mietbelastungsquote sowie die Standortwahl auch auf die Diskriminierung von Migranten zurückgeführt. (HÄUßERMANN/SIEBEL 2001: 18 ff.) HÄUßERMANN/SIEBEL (2001) verweisen auf verschiedene Publikationen, die „Diskriminierungsaufschläge“ belegen. (vgl. ebd. 22) Auch Informationsmangel über Wohnformen und wenig diversifizierte Informationswege bei der Wohnungssuche beschränken die Wohnungs- und Wohnstandortwahl von Migranten. (vgl. BOSSWICK et al. 2008: 22)

2.3.3 Nachbarschaft im Integrationskontext

Der Nachbarschaft kommt in der Integration eine große Bedeutung zu, weil die interkulturelle Interaktion auch auf emotionaler Ebene wirkt und durch sie zudem Effekte für die strukturelle Integration entstehen können. (vgl. ESSER 2001: 10 ff.; Kapitel 2.2) BÖLTKE et al. (2002) heben hervor, ein Aspekt der Integration sei „die gewährte und praktizierte Teilhabe an den gesellschaftlichen (Teil-) Strukturen“ – unter anderem im „soziale(n) System der Nachbarschaft.“ (ebd.: 401) FILSINGER (2001) stellt dazu fest, dass zur Erfassung von Integration die Betrachtung sozialer und demographischer Indikatoren nicht ausreicht, sondern auch Nachbarschaftsbeziehungen in die Bewertung einzubeziehen sind. (vgl. ebd.: 7)

Eine Nachbarschaft hat räumliche und auf Interaktion bezogene Bestimmungsfaktoren. So ist die Nachbarschaft eine „soziale Gruppe, die primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes interagiert“ (vgl. HAMM 2000: 174) Es handelt sich dabei nach HAMM (vgl. 1973 nach SCHNUR 2003: 77) in der Regel um eine Gruppe von sechs bis acht Haushalten; der Nachbarschaftsbegriff kann aus HAMMS Sicht aber auch auf ein ganzes Wohnquartier ausgedehnt werden. SCHNUR (2003) verwendet dagegen weder die Nachbarschaft eines ganzen Wohnquartiers noch ausschließlich die nächsten sechs bis acht Nachbarhaushalte als Arbeitsdefinition, sondern vor allem die Nachbarschaft in einem Gebäudekomplex. (vgl. ebd.: 77) Auch BÖHME/SCHULERI-HARTJE (2002) messen der Nachbarschaft im Wohnhaus eine erhöhte Bedeutung bei, weil dies „der Ort der größten nachbarschaftlichen Nähe“ ist. (ebd.: 5)

⁵ „Gentrification ist der Zuzug staturhöherer Bevölkerungsgruppen in Bestandsquartiere.“ (Glatter 2006: 157)

Eine Nachbarschaft ist allerdings nicht per se ein soziales System, sondern nur, wenn es nicht ausschließlich durch räumliche Nähe, sondern auch durch soziale Interaktionen charakterisiert ist. (vgl. ESSER 2001: 1) Räumliche Nähe ist dennoch eine Einflussgröße, die die Interaktionsoptionen – bei Vorhandensein individueller Ressourcen wie Sprache und von Gemeinsamkeiten – positiv beeinflusst. (vgl. KEMPER 2007: 122; HAMM 2000: 174)

Insbesondere im näheren Wohnumfeld kommt es zu nachbarschaftlichen – und dabei auch interkulturellen – Interaktionen.⁶ Die Gestaltung von Freiräumen, z.B. durch die Anlage kommunikativer Orte, kann die Interaktionen positiv beeinflussen. (vgl. FARWICK 2007: 156)

Die größte Bedeutung hat die Nachbarschaft bzw. der „Nahraum“ für „ältere Menschen, Kinder, Einkommensschwache wie auch für Migranten“ (Kemper 2007: 122), weil die Mobilität dieser Gruppen aus gesundheitlichen, ökonomischen oder kulturellen Gründen häufig auf die nähere Wohnumgebung beschränkt ist. (vgl. ebd.: 122; HAMM 2000: 175)

Seit den 1990er Jahren rückt das Thema Nachbarschaften wieder in den wissenschaftlichen Fokus⁷ (vgl. HAMM 1998 und ROHR-ZÄNKER 1998 nach SCHNUR 2003: 77), vor allem weil sich die Pluralisierung der Lebensstile verstärkt auch in räumlicher Fragmentierung niederschlägt (vgl. Kapitel 2.3.1) und Lebensstile damit mit dem Wohnen und dem Wohnumfeld assoziiert werden. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen konstruieren damit auch den „Wert“ ihres Sozialraums (vgl. BEETZ 2007: 242 ff., Hervorhebung im Original) – damit entstehen nicht nur baulich sondern auch sozial auf- bzw. abge“wertete“ Nachbarschaften.

Sozialräumlich existieren dabei Unterschiede in der Nachbarschaftlichkeit. So sind die nachbarschaftlichen Netzwerke in Mittelschichtgebieten häufig durch Initiativen gekennzeichnet, in denen sich die Bewohner gemeinsam für eine Verbesserung der Wohnqualität einsetzen. In sozial benachteiligten Gebieten, in denen sich ökonomische Problemlagen und Konzentrationen ethnischer Minderheiten überlagern, entwickeln sich dagegen *neue* Qualitäten von Nachbarschaften. (vgl. BEETZ 2007: 242 ff.) Neben Potentialen können sich dabei auch Probleme ergeben. Potentiale sind z.B. die Bildung einer kollektiven Identität, weil sich hier „marginalisierte Individuen“ über die räumliche Nähe zusammenfinden und aufgrund homogener Lebenslagen eine gemeinsame Identität entwickeln können. Die kollektive Identität gilt als Voraussetzung, um selbstsicher in Dialoge treten zu können. Das Nachbarschaftsgefüge in benachteiligten Gebieten kann sich aber auch negativ entwickeln. Die Marginalisierung und verringerte Teilhabe am öffentlichen Leben kann sich negativ auf das Selbstwertgefühl auswirken und zur Vereinzelung und Frustration führen. (vgl. BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 3; vgl. Abbildung 1)

⁶ In einer Untersuchung gaben 86% der befragten türkischstämmigen Teilnehmer an, soziale Kontakte in der näheren Wohnumgebung zu knüpfen. 68% der Teilnehmer nannten das Wohnquartier als „Ort“ für soziale Interaktion. Für 32% ist die restliche Stadt in Bezug auf soziale Kontakte relevant. (vgl. FARWICK 2007: 156)

⁷ Bereits in den 1970er Jahren fand das Thema Nachbarschaften wissenschaftliche Aufmerksamkeit im Rahmen der Schaffung demokratischer und partizipativer Strukturen in Stadtteilen, trat allerdings während der 1980er Jahre wieder in den Hintergrund. (vgl. HAMM 1973, 1998 und ROHR-ZÄNKER 1998 nach SCHNUR 2003: 77)

Wenngleich auch homogene Nachbarschaften Potentiale aufweisen, bleiben insbesondere heterogene nachbarschaftliche Netzwerke für die Integration bedeutend. Sie ermöglichen neben Hilfeleistungen auch den Zugang zu verschiedenen Informationen. Bleiben Netzwerke wenig ausgeprägt und homogen, bieten sie dagegen oftmals nur beschränkten Zugang zu Informationen. So haben Erwerbstätige mehr Informationen über Arbeitsangebote als Personen, die selbst arbeitslos sind. Insbesondere für ethnische Minderheiten geht eine Beschränkung auf die ethnische Community oftmals mit einer Beschränkung auf die der ethnischen Gruppe zugänglichen Wohnungs- und Arbeitsmarktsegmente einher. (vgl. GESTRING 2006: 137; SIEBEL 2005: 389)

Die Qualität des nachbarschaftlichen Zusammenlebens wird in ein Nebeneinander und ein Miteinander unterschieden. Ein Nebeneinander existiert, wenn sich Menschen überwiegend in ihrer eigenen Gruppe bewegen und sich z.T. sogar durch ein aktives Gegeneinander von anderen Gruppen abgrenzen. Von einem Miteinander wird gesprochen, wenn Mitglieder verschiedener Gruppen interagieren. (vgl. BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 2)

Untersuchungen zufolge sind interkulturelle Nachbarschaften in der Regel eher durch ein Nebeneinander als durch ein Miteinander gekennzeichnet. Die Kontakte beschränken sich vielfach lediglich aufs Grüßen und sind ansonsten eher unverbindlich. (vgl. GAITANIDES 2008: 4, 8; BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 3) Neben einer *Koexistenz* der Gruppen lassen sich für interkulturelle Nachbarschaften, insbesondere für ethnisch und sozial segregierte Quartiere, auch Konflikt dynamiken nachweisen. (z.B. HEITMEYER 1998: 455 ff.) Vor allem von Arbeitslosigkeit und Armut betroffene Deutsche entwickeln hiernach Sozialneid auf nicht-deutsche Bewohner und/oder fühlen sich durch einen fremden kulturellen Habitus bedroht. Darüber hinaus wird auch dem Zusammenleben von älterer deutscher Bevölkerung und jüngerer Bevölkerung nicht-deutscher Herkunft ein besonderes Konfliktpotential zugeschrieben, weil hier die Lebensstile sehr weit auseinander liegen. In der Folge kommt es zu Auseinandersetzungen. (vgl. KRUMMACHER et al 2003: 21, 36, 43 f.; BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 3 f.; HÄUßERMANN/FARWICK 2002: 216) GROEGER (2001) konstatiert demgegenüber „dass es weit weniger desaströs in diesen Vierteln zugeht als beschrieben, dass die Probleme nicht so massiv auftreten wie behauptet, dass ein großer Teil der Migrant*innen und der deklassierten Deutschen sich nicht in diesem Maße konflikteskalierend verhalten.“ (vgl. ebd.: 351) Andere Autoren gehen davon aus, dass von einem hohen Zuwandereranteil sogar eine positive Einflussnahme auf die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft ausgehen kann. (vgl. GAITANIDES 2008: 2) Danach bieten hier Kontaktmöglichkeiten Potentiale für den Abbau von Xenophobie. Erst wenn diese nicht oder nur in geringem Maße bestehen, wie z.B. in Ostdeutschland, käme es zu einer Schließung oder sogar zu einer Abwehrhaltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den ethnischen Minderheiten. (vgl. WOLF/WAGNER/CHRIST 2005: 78 ff. nach GAITANIDES 2008: 2)

2.3.4 Lokale Partizipation im Integrationskontext

Lokale Partizipation kann die Integration von Migranten unterstützen, weil damit die Teilhabechancen an Gütern und Ressourcen (materielle Integration), die interkulturelle Kommunikation und Mitbestimmungsmöglichkeiten (diskursive Integration) sowie eine Stärkung des Selbstbewusstseins und der Identifikation, z.B. mit dem Quartier oder dem konkreten Wohnort (identifikatorische Integration) verbunden ist. (vgl. HANHÖRSTER/REIMANN 2007: 9, Bezugnahme auf das dreidimensionale Integrationsverständnis von ANHUT/HEITMEYER 2000)

Die lokale Teilhabe stellt insbesondere in benachteiligten Stadtgebieten eine wichtige Ressource dar. Partizipation ist deshalb auch ein strategisches Handlungsfeld im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“⁸ und wurde in diesem Kontext in zahlreichen Expertisen wissenschaftlich untersucht und forschend begleitet. (vgl. z.B. HANHÖRSTER/REIMANN 2007) Partizipative Ansätze werden aber auch in anderen Programmen z.B. im Stadtumbau sowie in der Geschäftspraxis einiger kommunaler Wohnungsunternehmen und von Genossenschaften angewendet. (vgl. MERSMANN 2005: 175 ff.; vgl. Kapitel 3.1.2)

Durch die Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten über soziale und bauliche Maßnahmen soll die Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier erhöht werden. Darüber hinaus können durch die Etablierung verschiedener Partizipationsformen – sei es bei Einzelfallentscheidungen, bei sporadischen oder auch bei regelmäßigen Treffen – Gelegenheiten zur Kommunikation und Vernetzung geschaffen werden. Darauf aufbauend bietet sich dann die Möglichkeit, die Bewohner an weiteren Prozessen vor Ort zu beteiligen und langfristig zu befähigen, sich eigeninitiativ für ihre (Wohn-)Umwelt zu engagieren. (vgl. BÖHME/SCHULERI-HARTJE 2002: 6 f.; FRANKE 2003: 193)

Die beteiligenden Maßnahmen stellen keine Selbstläufer dar, sondern bedürfen in den meisten Fällen eines großen Engagements seitens der Initiatoren. Insbesondere die Einbindung von Migranten in verfasste Gremien gelang bislang im Rahmen von „Soziale Stadt“ nur in sehr geringem Umfang (vgl. IFS 2004: 128). Dies ist zum einen darin begründet, dass die Bedürfnisse von Migranten während der letzten Jahrzehnte weder gesellschaftlich noch politisch beachtet wurden und auch die plötzlich entstehenden Möglichkeiten erst erlernt werden müssen. Zum anderen fehlt es an migrantenspezifischen Beteiligungskonzepten. Darüber hinaus tragen sprachliche und kulturelle Hindernisse seitens der Migranten dazu bei, dass diese nur bedingt im Stadtteil partizipieren. (vgl. REIMANN/SCHULERI-HARTJE 2005: 5; OTMAN 2006: 37) Des Weiteren wird die Beteiligung

⁸ Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die Soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) wurde 1999 mit dem Auftrag ins Leben gerufen, der „Abwärtsspirale“ in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf entgegenzuwirken und die Lebensbedingungen im Quartier zu verbessern. 1999 begann das Programm in 161 Stadtteilen, bis 2008 stieg die Zahl der geförderten Quartiere auf 523 an. Inhaltliche Handlungsfelder sind u.a.: Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung, soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Schule und Bildung, Stadteilkultur, Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen, Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung, Wohnumfeld und öffentlicher Raum. (vgl. SOZIALE STADT 2009: o. S.)

in benachteiligten Quartieren sowohl durch die mangelnde Artikulationsfähigkeit (vgl. REIMANN/SCHULERI-HARTJE 2005: 6 f.) als auch durch das hohe Maß an individuellen Problemen der Bewohner – mit und ohne Migrationshintergrund – eingeschränkt. (EMPIRICA 2003: 91)

Verschiedene Maßnahmen wie die Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationsgeschichte, die gezielte Einbindung von Migrantenvereinen in die Quartiersarbeit und auch eine an Migranten orientierte Öffentlichkeitsarbeit wirken sich positiv auf die Partizipation von Migranten aus und erhöhen die Teilnahmequoten von Migranten in Bürgergremien. Allerdings liegen die prozentualen Anteile in den Quartiersgremien in „Soziale Stadt“-Gebieten nach wie vor unter der tatsächlichen Repräsentation von Migranten in den Quartieren. (vgl. HANHÖRSTER/REIMANN 2007: 27-45)

2.4 Zusammenfassung

Die Ausführungen des theoretischen Hintergrunds zeigten zum einen, dass die migrationsspezifische Integration sehr komplex ist, auf verschiedenen Ebenen vollzogen wird und Öffnungsleistungen seitens der Zuwanderer und der Aufnahmegesellschaft verlangen. Weiterhin wurde mit dem Kapitel zu ethnisch und sozial segregierten Quartieren die schwierige räumliche Einbettung von Integration – in einem ohnehin benachteiligten Umfeld mit zahlreichen gesamtgesellschaftlichen und nicht nur migrationsspezifischen Integrationsbedarfen – dargestellt. Die Vertiefung der lokalen Integrationsbereiche entlang der Ebenen: Wohnen (Plazierung), Nachbarschaft (Interaktion) und lokale Partizipation (Politisch-Rechtlich) zeigte Potentiale einer „verorteten Integration“ durch das Quartier, beleuchteten aber auch die bestehenden Problemfelder in diesen Bereichen.

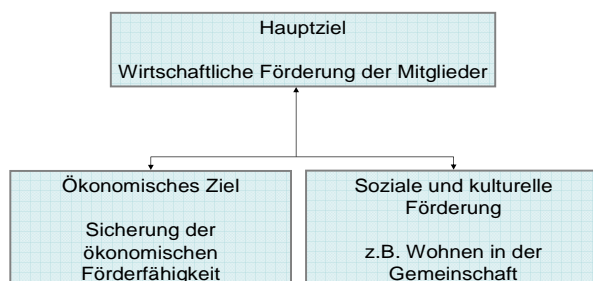
3. Wohnungsgenossenschaften

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit dem Thema *Wohnungsgenossenschaften*. Dabei werden die Merkmale der Unternehmensform, die zugrunde liegenden Prinzipien der genossenschaftlichen Idee und die genossenschaftlichen Verwaltungsstrukturen erläutert. Daran anschließend werden die Entwicklung der Unternehmensform und die im Laufe der Geschichte entstandenen Wohnungsgenossenschaftstypen vorgestellt. Die Potentiale von Wohnungsgenossenschaften als Impulsgeber im Quartier sowie in den integrationsrelevanten Bereichen Wohnsicherheit und -qualität, Nachbarschaft und Mitbestimmungsmöglichkeiten, aber auch entwicklungsbehindernde Wirkungen auf diesen Gebieten werden ebenfalls dargelegt. Unter Bezugnahme auf den *theoretischen Hintergrund* werden darauf folgend die Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften hergeleitet.

3.1 Merkmale von Wohnungsgenossenschaften

Wohnungsgenossenschaften sind Wohnungsunternehmen, deren Geschäftsbetrieb, je nach Ausrichtung, die Vermietung und Verwaltung von Wohnraum beinhaltet. Sie agieren wie alle anderen Wohnungsunternehmen auf dem Wohnungsmarkt und werden durch den sozialen und ökonomischen Wandel, die demographischen Entwicklungen, durch die Wohnungsbaupolitik und sich ändernde Präferenzen der Nachfrage in gleichem Maße wie andere Marktteilnehmer tangiert. (vgl. BEETZ 2005: 39 ff.) Ein entscheidender Unterschied zu anderen Wohnungsunternehmen besteht darin, dass der genossenschaftliche Geschäftsbetrieb den Interessen der Mitglieder verpflichtet ist. (vgl. Abbildung 2) Dies resultiert daraus, dass Wohnungsgenossenschaften eine Eigentumsform sind. Menschen erwerben Anteile an einer Wohnungsgenossenschaft und werden damit zu Anteilseignern an und Mitgliedern in der Genossenschaft.

Abbildung 2: Genossenschaftliches Zielsystem



Quelle: BMVBW 2004 nach ANALYSE & KONZEPTE, in Anlehnung an LEINEMANN 1999: 63 ff.

Die so genannte *Mitgliederförderung* ist das genossenschaftliche Ziel und die eigentliche Existenzberechtigung der Genossenschaften. (vgl. EISENBEIß 2005: 7) Dies wird auch durch das Ge-

nossenschaftsgesetz verdeutlicht. Gemäß § 1 zum Wesen der Genossenschaft sind Genossenschaften „Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern.“ (BMJ 2009: o. S.) Genossenschaften agieren nach bestimmten Prinzipien und Verwaltungsstrukturen, die nachstehend erläutert werden.

3.1.1 Genossenschaftliche Prinzipien

Die genossenschaftlichen Prinzipien werden auch als „Wertvorstellungen“, „Leitgedanken“, „Grundsätze“ und/oder „Normen“ (RINGLE 2007:4) bezeichnet. Sie werden in Verfahrens- und Wesensprinzipien unterschieden. (vgl. Tabelle 4) *Verfahrensprinzipien* beschreiben die Geschäftspolitik, z.B. Rücklagenbildung vs. Dividendenzahlung oder auch Einheits- vs. differenzierte Preise. Die *Wesensprinzipien* beschreiben den genossenschaftlichen Leitgedanken und konstituieren bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts die Besonderheiten von Genossenschaften. (vgl. ebd.: 4 f.)

Tabelle 4: Übersicht der genossenschaftlichen Prinzipien

Wesensprinzipien		Verfahrensprinzipien
Absolutes Wesensprinzip	Begrenzt variables Wesensprinzip = Strukturprinzipien	Variabel Prozessprinzipien = Verhaltensnormen
Optimale Förderung der Mitglieder <i>Förderprinzip</i> = zugleich oberste Leitmaxime der Genossenschaft	<i>Selbsthilfe</i>	Aktive/passive Preispolitik Einheits-/differenzierte Preise Gerechte Gewinnverwendung (Rücklagenbildung/Dividendengewährung) Bar-/Kreditverkäufe u.a.
	<i>Selbstverwaltung</i> (nach dem Demokratieprinzip)	
	<i>Selbstverantwortung</i>	
	<i>Identitätsprinzip</i>	

Quelle: RINGLE 2007: 8, nach RINGLE 1994: 6

Als *unveränderliches Wesensprinzip* wird das *Förderprinzip* bezeichnet. Es stellt den grundlegenden Baustein der genossenschaftlichen Idee dar und verlangt die Förderung der Mitgliederinteressen durch den genossenschaftlichen Zusammenschluss. Dies meint bei den Wohnungsgenossenschaften v.a. die dauerhafte Versorgung der Mitglieder mit Wohnraum. Das genossenschaftliche Kapital muss danach zur wirtschaftlichen und/oder sozialen und/oder kulturellen Förderung der Mitglieder eingesetzt werden und dient nicht der Profitmaximierung. (vgl. RINGLE 2007: 8 f.; BMVBW 2004: 49 f.; KÖNIG 2004: 13 f.)

Begrenzt veränderliche Wesensprinzipien sind das Selbsthilfe-, Selbstverwaltungs- und Selbstverantwortungs- sowie das Identitätsprinzip.

Das *Selbsthilfeprinzip* bezeichnet den kollektiven Zusammenschluss der Individuen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Durch den Zusammenschluss soll die Abhängigkeit von Fremdhilfe vermieden werden. (vgl. KÖNIG 2004: 13 f.) Das Prinzip der traditionellen Selbsthilfe ist allerdings durch die Inanspruchnahme staatlicher Hilfen und das Nichtmitgliedergeschäft relativiert. (vgl. RINGLE 2007: 8 f.)

Ebenfalls begrenzt variabel ist das Prinzip der *Selbstverwaltung*. Zwar verwalten die Mitglieder einer Wohnungsgenossenschaft die Wohnungsbestände durch die verschiedenen Gremien nach dem Demokratieprinzip – jedes Mitglied hat eine Stimme, unabhängig von der Höhe der eingezahlten Anteile – selbst. (vgl. KÖNIG 2004: 13 f.; Kapitel 3.1.2) Die Selbstverwaltung ist allerdings durch die Vertreterversammlung und die eigenverantwortliche Leitung der Wohnungsgenossenschaft durch Vorstand und Aufsichtsrat eingeschränkt. (vgl. RINGLE 2007: 8 f.)

Modifikationen gab es auch im Wesensprinzip *Selbstverantwortung*. Nach dieser haften die Mitglieder nach den in der Satzung festgelegten Anteilen für die Außenstände der Genossenschaften. U.a. durch genossenschaftlichen Solidaritätsfonds wird aber auch die Selbstverantwortung abgeschwächt. (vgl. RINGLE 2007: 4 f.)

Das *Identitätsprinzip* beschreibt und gewährt die Einheit von Nutzern und Eigentümern. Die Mitglieder erwerben Anteile an der Genossenschaft und werden damit Miteigentümer. Hiernach kommt es zur Verschmelzung zweier Gruppen, die nach allgemeinen Marktgesetzen getrennt sind. (vgl. KÖNIG 2004: 13 f.) Auch dieses Wesensprinzip wurde durch das Nichtmitgliedergeschäft, die Vermietung genossenschaftlichen Wohnraums an Nichtmitglieder, variiert. (vgl. RINGLE 2007: 10)

Die Anpassung der begrenzt variablen Wesensprinzipien ist nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, vielmehr wurden sie im Laufe der Zeit den wirtschaftlichen Anforderungen angepasst, damit Genossenschaften langfristig das absolute Wesensprinzip der Mitgliederförderung gewährleisten können. Die Modifikationen wurden auch nicht von allen Genossenschaften in gleichem Maße vollzogen. (RINGLE 2007: 8)

3.1.2 Genossenschaftliche Verwaltungsstrukturen

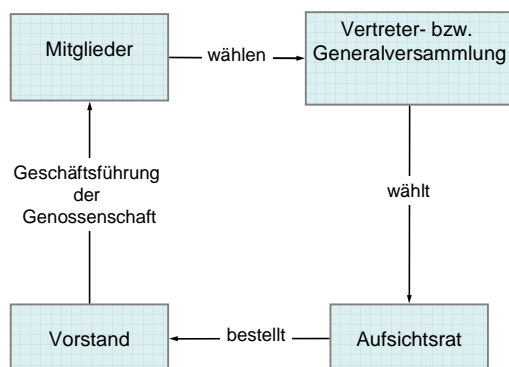
Zu den weiteren Merkmalen der genossenschaftlichen Wohnform zählt die Organisation durch die Genossenschaftsorgane: Vertreter- bzw. Generalversammlung⁹, Aufsichtsrat und Vorstand. Abbildung 3 zeigt die demokratischen Strukturen genossenschaftlicher Organisation.

Die *Vertreter- bzw. Generalversammlung* übernimmt die Feststellung des Jahresabschlusses, beschließt die Verwendung der Jahresüberschüsse bzw. die Deckung des Jahresfehlbetrags, wählt den Aufsichtsrat und den Vorstand. (Die Wahl des Vorstands kann aber, je nach Statut auch auf andere Weise erfolgen) Der *Aufsichtsrat* besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Er überwacht die Arbeit des Vorstands in Verwaltungsangelegenheiten, prüft den Jahresabschluss, erstellt Vorschläge zur Gewinnverteilung bzw. zur Deckung des Verlustes, beruft die Vertreter- bzw. Generalversammlung ein und bestellt den Vorstand. Je nach Statut sind weitere Kompetenzen möglich. Der *Vorstand* setzt sich aus mindestens zwei Mitgliedern zusammen, übernimmt die

⁹ Ab einer Unternehmensgröße von 1.500 Mitgliedern kann die Generalversammlung durch eine Vertreterversammlung ersetzt werden. Dabei müssen die Mitglieder mindestens 50 Vertreter wählen. (vgl. BMVBW 2004: 203 f.)

Geschäftsführung der Genossenschaft und vertritt diese gerichtlich und außergerichtlich. Die Vertretungsmacht ist dabei unbeschränkt und eigenverantwortlich. Gewählt wird der Vorstand durch die Vertreterversammlung bzw. Generalversammlung. (vgl. BMVBW 2004: 203 f.)

Abbildung 3: Demokratie in Wohnungsgenossenschaften



Quelle: Eigene Darstellung

3.2 Geschichte der Wohnungsgenossenschaften

Die Betrachtung der Geschichte der Wohnungsgenossenschaften ist essentiell für das Verständnis der genossenschaftlichen Idee. Sie zeigt die Basis des traditionellen „Genossenschaftsgeistes“ und verschafft einen ersten Überblick über die Differenzierung von Wohnungsgenossenschaften. Im Folgenden wird die Geschichte der Wohnungsgenossenschaften in vier Phasen dargestellt.

Phase I: Von der genossenschaftlichen Wohnidee zur Expansion der Wohnform (1850er bis 1930er Jahre)

Als Folge der zunehmenden Industrialisierung und der damit verbundenen Land-Stadt-Wanderungen der Arbeiter stieg die Wohnungsnachfrage in den Städten im 19. Jahrhundert stark an. Auf den Anbietermärkten konkurrierten die Mieter um kostspieligen und gleichzeitig minderwertigen Wohnraum. Vor diesem Hintergrund wurde Victor Aimé Huber, der sich bereits in England mit den Wohnverhältnissen der Arbeiter beschäftigt hatte, zum Ideengeber des genossenschaftlichen Wohnens. Intention des genossenschaftlichen Wohnens war die Linderung der Wohnungsnot und die Beseitigung der Abhängigkeit gering verdienender Arbeiter von ihren Vermietern. (BMVBW 2004: 115 ff.) Die Arbeiter bildeten gemeinsam Wohneigentum, weil sie Individualeigentum finanziell nicht realisieren konnten. Die damaligen Genossenschaftsprojekte wurden allerdings überwiegend durch Intellektuelle begründet und waren oftmals rein philanthropische Projekte. Angehörige des Mittelstandes, versuchten aus wohlwärtigen Motiven die Wohnsituation der Arbeiter zu verbessern, indem sie Geld für genossenschaftliche Projekte bereitstellten. Die Arbeiter allein konnten solche Vorhaben finanziell nicht bewältigen. (CROME 2007: 212; KÖNIG 2004: 23-30)

Im Jahr 1867 wurde in Deutschland das erste Genossenschaftsgesetz verabschiedet. Unter anderem gab es den Genossenschaften erstmals eine eigene Rechtsform. Die Neugründungen entwickelten sich allerdings aufgrund von Kapitalbeschaffungsproblemen und der unbeschränkten Haftung der Mitglieder verhalten. (BMVBW 2004: 117 ff.) Nach der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 1889 mit einer Haftungsbeschränkung der Mitglieder setzte in den 1890er Jahren ein Gründungsboom ein. Die Mehrzahl der in dieser Periode gegründeten Wohnungsgenossenschaften war jedoch ausschließlich Beamten und anderen Staatsangestellten zugänglich, weil diese Berufsgruppen den nach wie vor notwendigen, erheblichen Eigenkapitalanteil aufbringen konnten. (BMVBW 2004: 115-123)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen dann Gewerkschaften das genossenschaftliche Wohnen für Arbeiter zu unterstützen. Die bottom-up Organisation als besonderes Merkmal der Wohnungsgenossenschaften blieb allerdings wegen der Abhängigkeit von Fremdkapital weiterhin durch Kompromisse gekennzeichnet. Die Demokratie der Weimarer Republik bildete dann den Boden für die neue Autonomie der Bürger und damit auch genossenschaftliche Wohnprojekte. Diese waren in stärkerem Maße als zuvor durch Selbsthilfe zur Senkung der Baukosten bestimmt, wodurch auch zunehmend Arbeiter an der Wohnform partizipieren konnten. Insgesamt stieg die Zahl der Wohnungsgenossenschaften allein zwischen 1890 und 1910 von 50 auf 964 in Deutschland an. Zudem erleichterte das im Genossenschaftsgesetz von 1889 verankerte Prüfwesen insbesondere den ehrenamtlich geführten Genossenschaften die Verwaltung. Bis 1928 stieg die Zahl der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland weiter auf 4.000. (vgl. CROME 2007: 213 ff.; BMVBW 2004: 115-117; KÖNIG 2004: 29 ff.)

Phase II: Verlust der Unabhängigkeit (1930er Jahre bis 1945)

Im Zuge der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten verloren die Genossenschaften ihre Unabhängigkeit. Gewählte Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden durch regimetreue Mitglieder ersetzt. Durch Fusionen verlor die Genossenschaftslandschaft den klein- und mittelständischen Charakter. (vgl. CROME 2007: 213; BMVBW 2004: 120)

Phase III: Weniger Genossenschaften – Mehr Mitglieder (1945 bis 1990)

Wohnungsgenossenschaften in der BRD

Die westdeutschen Wohnungsgenossenschaften beteiligten sich in der Nachkriegszeit intensiv am Wiederaufbau und wuchsen weiter. Damit veränderten sich viele Genossenschaften auch in ihrer Struktur. Mit zunehmender Größe wurden sie seltener ehrenamtlich geführt und auch die soziale Verflechtung der Mitglieder sank. Weiterhin ist die westdeutsche wohnungsgenossenschaftliche Entwicklung durch staatliche Wohnungspolitik geprägt. Im Zuge des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit entstanden auch im genossenschaftlichen Wohnungsbau zahlreiche belegungsgebundene Wohnungen. Vor diesem Hintergrund sank aufgrund der staatlichen Förderanforderungen z.B. an maximale Wohnungsgrößen oder die Geschossflächenzahl die

Wohnraumqualität auf einen geringeren Standard als zuvor bei Genossenschaften üblich. Durch Fusionen sank die Zahl der Wohnungsgenossenschaften von 1952 bis 1978 von ca. 1.600 auf etwa 1.200 Wohnungsgenossenschaften. Gleichzeitig verdoppelte sich die Mitgliederzahl auf mehr als 1,5 Millionen. Nach der Konsolidierung des Wohnungsmarktes in den 1970er Jahren bildete die Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums den Schwerpunkt der genossenschaftlichen Investitionen. Ab den 1980er Jahren wurde die staatliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus zunehmend eingeschränkt, was die Expansionsbedingungen für Wohnungsgenossenschaften erschwerte, denn nach wie vor bedeutet der Eigenfinanzierungsanteil eine Hürde für die gemeinschaftliche Unternehmung. (vgl. CROME 2007: 214; BMVBW 2004: 121 f.; KÖNIG 2004: 33 ff.)

Wohnungsgenossenschaften in der DDR

Neben den traditionellen gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften (GWG) entstanden während des sozialistischen Regimes in der DDR so genannte Arbeiterwohnungsgenossenschaften (AWG), deren Träger die staatlichen Betriebe der DDR waren. In diesem Rahmen entstanden große Wohnungsgenossenschaften für die Werksmitarbeiter. Die GWGs wurden dagegen lediglich gefördert, wenn sie sich in eine AWG umwandelten oder einer AWG anschlossen. Aus diesem Grund verringerte sich die Zahl der traditionellen Wohnungsgenossenschaften stark. (vgl. CROME 2007: 213 f.; BMVBW 2004: 122)

Phase IV: Kurze Neugründungswelle und Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens (ab 1990)

Mit der Abschaffung des Wohngemeinnützigkeitsgesetzes¹⁰ veränderte sich ab 1990 die Situation der Wohnungsunternehmen in Westdeutschland. Auch für die Wohnungsgenossenschaften entfiel damit die weitgehende Steuerbefreiung als Gegenleistung für die durch Wohnungsunternehmen geleisteten Vermögens- und Verhaltensbindungen. (CROME 2007: 213 f.; BMVBW 2004: 123 f.) Für die Wohnungsgenossenschaften in den neuen Bundesländern wurde die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit der Einführung des Altschuldenhilfegesetzes (AHG) zu einem Wendepunkt. Durch den Verkauf von 15% des Eigentums als Einzel- oder Volleigentum wurde den Wohnungsgenossenschaften in den neuen Bundesländern durch das Altschuldenhilfegesetz ein Teil der Altschulden erlassen. Durch Ausgliederungen entstanden deshalb neue Wohnungsgenossenschaften. Beeinflusst durch das AHG wurden 47 neue Wohnungsgenossenschaften gegründet. (CROME 2007: 214, KÖNIG 2004: 43 ff.) Positiv wurde die Zahl der Genossenschaften in der gesamten Bundesrepublik nochmals durch die Ausweitung der Eigenheimzulage auf den Erwerb von Genossenschaftsanteilen im Jahr 2003 beeinflusst. Dies führte zu 100 Neugründungen. Insgesamt bleibt die Zahl der Genossenschaften in Deutschland seit einigen Jahren bei ca.

¹⁰ Das Wohngemeinnützigkeitsgesetz war eine Notverordnung aus dem Jahr 1930: Für die staatlich gewährte Steuerfreiheit und Subventionen leisteten Wohnungsunternehmen Kostenmiete, Dauerwohnrecht, Belegungsbindung u.v.m.. (vgl. BARTHOLOMÄI 2004: 6)

2000 Wohnungsgenossenschaften konstant. Hier leben etwa 2,9 Millionen Mitglieder. Etwa 5 Millionen Menschen leben insgesamt in Wohnungsgenossenschaften. (CROME 2007: 211 ff.)

Mit der Berufung der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (BMVBW 2004) durch die Bundesregierung, sollten die Potentiale des genossenschaftlichen Wohnens in gesellschaftlicher, wohnungswirtschaftlicher und stadtentwicklungspolitischer Hinsicht wieder sichtbar gemacht werden. Eine Reihe geförderter Modellprojekte im Forschungsfeld Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) unterstützten das Vorhaben. Das genossenschaftliche Wohnen wird von der Bundesregierung weiterhin durch die Aufnahme der Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen in das KfW-Wohneigentumsprogramm sowie die Ausweitung des Eigenheimrentengesetzes und des Zertifizierungsgesetzes („Riesterförderung“) auf Wohnungsgenossenschaften gefördert. (vgl. JEKEL et al. in Veröffentlichung: 5)

3.3 Wohnungsgenossenschaften nach Größen- und Altersstruktur

Die Ausführungen des vorangegangenen Kapitels zur Historie der Wohnungsgenossenschaften weisen bereits auf eine Differenzierung der Genossenschaftslandschaft hin. Wohnungsgenossenschaften sind demnach keine homogene Gruppe. Vielmehr existieren verschiedene Unternehmenstypen. Es gibt z.B. Unterschiede nach der Größe und dem Alter von Genossenschaften. (vgl. BEETZ 2005: 67-78; KÖNIG 2004: 60-75) Aus der Betrachtung dieser beiden Genossenschaftstypisierungen lassen sich wichtige Aussagen zu den spezifischen Potentialen u.a. für die Mitgliederförderung ableiten, die in den folgenden Ausführungen dargestellt werden.

Kleine Genossenschaften mit weniger als 1.000 Wohneinheiten entfalten ihre Potentiale überwiegend auf Quartiersebene, wo sie mit differenzierten Beständen gut an die lokalen Marktbedingungen angepasst sind. Trotz der geringen Größe und persönlichen Bekanntschaft ist die Mitgliederbeteiligung über die verfassten Gremien nicht stärker ausgeprägt als bei mittleren und größeren Wohnungsgenossenschaften. (vgl. BEETZ 2005: 69-73; vgl. Tabelle 7)

Wohnungsgenossenschaften mittlerer Größe mit 1.000 bis 5.000 Wohneinheiten werden aufgrund ihrer Größe noch als „sozial überschaubar“ bezeichnet. Durch die Unternehmensgröße existiert das Potential, die Mitglieder durch professionelle Mitarbeiter zu aktivieren oder durch monetäre Unterstützung bewohnergetragene Projekte zu unterstützen. (BEETZ 2005: 69-73; vgl. Tabelle 7)

Aufgrund ihres Effizienz- und Professionalisierungsstrebens ist es *großen Genossenschaften* mit mehr als 5.000 Wohneinheiten in stärkerem Maße als den kleineren und mittleren Genossenschaften möglich, soziale und kulturelle Förderungen für die Mitglieder zu professionalisieren und finanziell zu unterstützen. Allerdings haben hier die Mitglieder meist geringere Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Art der sozialen/kulturellen Förderung. (BEETZ 2005: 69-73; vgl. Tabelle 7)

Ältere Genossenschaften legen ihren Schwerpunkt auf die solide Bewirtschaftung ihrer Bestände und die Anpassung der wohnbegleitenden Förderung an die bestehenden Mitglieder. Weil die Mitgliederstrukturen oftmals durch einen hohen Altersdurchschnitt gekennzeichnet sind, nehmen der altengerechte Umbau und altengerechte wohnbegleitende Dienstleistungen hier einen großen Stellenwert ein. (BEETZ 2005: 69-73; KÖNIG 2004: 60-75; vgl. Tabelle 8)

Bei *jüngeren Wohnungsgenossenschaften* wird zwischen *Selbsthilfe- und Selbstschutzprojekten* unterschieden. In ersteren finden sich Personengruppen zusammen, um gemeinsame Wohn- und Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Bei letzteren dominiert der Erhalt des bisherigen Wohnraums, z.B. als Schutz vor dem Verkauf der Bestände. Junge Wohnungsgenossenschaften verfügen meist über einen geringeren Kapitalstock als alte Genossenschaften, so dass die Förderung über die Wohnraumbereitstellung hinaus eher auf persönlichem Engagement der Bewohner beruht und finanziell nur in geringem Umfang von der Genossenschaft alimentiert werden kann. (vgl. BEETZ 2005: 69-73; KÖNIG 2004: 60-75; Tabelle 8)

3.4 Wohnen und Leben in Wohnungsgenossenschaften

Im Kapitel *Wohnen und Leben in Wohnungsgenossenschaften* werden entsprechend der Ebenen von Integration im Quartier: Wohnen, Nachbarschaft und lokale Partizipation die Potentiale, aber auch die partiell attestierten Entwicklungsbehinderungen von Wohnungsgenossenschaften in diesen Bereichen dargestellt. Dabei werden deren Wirkungen im Quartier allgemein und die Besonderheiten der genossenschaftlichen Wohnform in den Bereichen Wohnsicherheit und Wohnqualität sowie die Gestaltung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens und die Partizipationsmöglichkeiten für die Mitglieder aufgezeigt.

3.4.1 Wohnungsgenossenschaften in segregierten Quartieren – zwischen Impulsgebung und Entwicklungsbehinderung

In Kapitel 2.3.1 wurde das schwierige soziale und bauliche Umfeld in benachteiligten Quartieren dargestellt. Daran anknüpfend werden an dieser Stelle die Eigentümereigenschaften und das gemeinschaftsorientierte Engagement von Wohnungsgenossenschaften benannt, von dem eine stabilisierende Wirkung in Stadtteilen ausgehen kann. Dabei ergeben sich Potentiale sowohl für auf- als auch für abwertungsgefährdete Gebiete. Gleichzeitig stehen einige Wohnungsgenossenschaften in der Kritik, sich dem Quartier gegenüber zu schließen und schwächere sozio-ökonomische Milieus auszugrenzen. Beide Aspekte – Impulsgebung und Entwicklungsbehinderung – werden im Folgenden auf abwertungsgefährdete bzw. benachteiligte Quartiere bezogen ausgeführt.

In abwertungsgefährdeten bzw. benachteiligten Gebieten können Genossenschaften positive Impulse setzen, weil sie – im Gegensatz zu renditeorientierten Eigentümern – auch bei geringeren Mieteinnahmen in die Instandhaltung und Modernisierung investieren, da sie nicht gewinnorientiert handeln. Durch die Nutzungsorientierung ergibt sich eine höhere Qualität der Wohnungs-

bestände. Hiervon gehen wiederum Impulse auf andere Wohnungsunternehmen im Quartier aus, da Genossenschaften und andere Wohnraumanbieter als Marktteilnehmer im Quartier um Nachfrager konkurrieren. (HABERMANN-NIEßE/KLEHN 2007: 227)

Tabelle 5: Investitionen in Instandhaltung und Modernisierung von Wohnungsgenossenschaften und anderen Wohnungsunternehmen (2007)

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Genossenschaften	Andere Wohnungsunternehmen	Genossenschaften	Andere Wohnungsunternehmen
Instandhaltung in EUR/ WE im Durchschnitt	966	849	512	448
in % von 2001 (2001=100%)	105%	95%	88%	81%
Modernisierung in EUR/ WE im Durchschnitt	896	610	439*	483*
in % von 2001 (2001 = 100%)	158%	116%	56%	66%

* Aufgrund der umfangreichen Modernisierungen seit den 1990er Jahren fallen die Ausgaben für die Modernisierung hier geringer aus.

Quelle: JEKEL et al. in Veröffentlichung, unveröffentlichte Darstellung nach einer Sonderauswertung der GdW-Jahresstatistik

Die *Spekulationsfreiheit* eröffnet den Bewohnern ein hohes Maß an Mietpreisstabilität, denn durch die Verankerung im Genossenschaftsgesetz ist der Verkauf der genossenschaftlichen Wohnungsbestände nicht möglich¹¹. Die Genossenschaft ist damit die einzige „private Wohneigentumsform, die eine spekulative Verwertung des Wohnraums und damit deren negative soziale Folgen ausschließt.“ (KÖNIG 2004: 15) Dieser Aspekt ist besonders vor dem Hintergrund der negativen Resultate der Verkäufe kommunaler und öffentlicher Wohnungsbestände an profitorientierte Vermieter zu beachten. (vgl. König 2007: 236) Die Spekulationsfreiheit bezieht sich allerdings allein auf die genossenschaftlichen Bestände, womit die stabilisierende Wirkung auf den genossenschaftlichen Aktionsraum beschränkt bleibt. (vgl. KÖNIG 2004: 113)

Durch die *Beteiligungsmöglichkeiten* bietet die genossenschaftliche Wohnform ihren Mitgliedern die Möglichkeit, ihr eigenes Wohnen betreffend Einfluss zu nehmen. Die Mitbestimmungsmöglichkeit erhöht die Identifikation mit der Genossenschaft und deren Umfeld, was gerade in abwertungsgefährdeten bzw. benachteiligten Gebieten von Bedeutung ist. (vgl. KÖNIG 2004: 121 ff.; Kapitel 2.3.4) Weitere identifikative Effekte für das Quartier werden durch die *Anteilseignerschaft* am kollektiven Wohneigentum erwartet. (vgl. BUNDESREGIERUNG 2007: 113)

Aus diesem Instrumentenkanon ergibt sich in vielen Genossenschaften eine hohe Mitgliederbindung, die besonders in den langen Verweildauern in der Genossenschaft Ausdruck findet. Hieraus entwickeln sich nachbarschaftliche Netzwerke, die in vielen Fällen zu einer *sozialen Stabilität* in den Wohnungsgenossenschaften und damit gleichzeitig in den Quartieren beitragen. (vgl. BMVBS/BBR 2007: 41)

¹¹ Um Bestände zu verkaufen oder die Liquidation zu beschließen, müssen 75% der Mitglieder zustimmen, bei eigentumsorientierten Genossenschaften 50% der Mitglieder. (vgl. KÖNIG 2004: 84)

Soziale Stabilität kann aus Sicht von HABERMANN-NIEßE/KLEHN (2007) aber auch dazu führen, dass sich Genossenschaften nicht ausreichend auf das Milieu in ihrem Stadtteil einlassen (*Closed-Shop-Vorwurf*). So „haben Genossenschaften heute Probleme, junge Haushalte und andere Lebensstilgruppen für sich zu gewinnen, und sie beteiligen sich in vielen Fällen nicht aktiv an der Quartiersentwicklung“. (ebd.: 226, 228; KÖNIG 2004: 73)

In einer Analyse der „aktuelle[n] Situation und Perspektiven der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland“ kommen ANALYSE & KONZEPTE (1997) dagegen zu dem Schluss, der „Closed-Shop“-Vorwurf sei unberechtigt. Begründet wird dies mit der untersuchten Belegungspraxis der Genossenschaften, die keine Hinweise auf den Ausschluss bestimmter Bewohnergruppen liefere. (vgl. ebd.: 43)

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Potentiale von Wohnungsgenossenschaften zur Quartiersentwicklung vielfältig sind, aber auch vom Selbstverständnis und den Unternehmensmerkmalen der jeweiligen Wohnungsgenossenschaft abhängen. Traditionsorientierte Wohnungsgenossenschaften besitzen z.B. Stärken in der Bereitstellung „solide[r] und gut bewirtschaftete[r] Wohnungsbestand[e]“, während junge Genossenschaften Entwicklungsprozesse, z.B. durch gemeinsame Aktionen, wie Wohnumfeldgestaltungen anstoßen. (HABERMANN-NIEßE/KLEHN 2009.: o.S.; Kapitel 3.3) Vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die Genossenschaften in diesem Kontext besitzen, kritisiert KÖNIG (2004) die Rolle der „Stadtentwickler“. Sie nutzten die Potentiale von Genossenschaften für die soziale Stadt(teil)entwicklung in zu geringem Maße. Über die rethorische Partnerschaft gingen die Kooperationen meist nicht hinaus. (vgl. ebd.: 19)

3.4.2 Wohnsicherheit und Wohnqualität in Wohnungsgenossenschaften

Die Ausführungen in Kapitel 2.3.2 zeigten die Integrationsbedarfe im Bereich des Wohnens für die migrationsspezifische Integration. In diesem Abschnitt werden nun die Vorteile für die Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften in den Bereichen Wohnsicherheit, Wohnqualität und Miethöhe dargestellt.

Wohnungsgenossenschaften sind kollektives Eigentum und bieten den Mitgliedern deshalb zahlreiche Vorteile bezüglich der *Wohnsicherheit*, die ansonsten nur das individuelle Wohneigentum bietet. Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften haben das so genannte *Dauernutzungsrecht*, das ihnen – unter Einhaltung des Nutzungsvertrages – ein lebenslanges Wohnrecht in der Genossenschaft garantiert. Daneben existiert auch die Möglichkeit, das *Dauerwohnrecht* für eine Wohnung zu erwerben. In diesem Modell bleibt die Wohnung im Besitz der Genossenschaft und wird auch von dieser verwaltet. Der Besitzer des Dauerwohnrechts muss allerdings keine Miete mehr zahlen. Darüber hinaus können Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften ihr Wohnrecht in Form der Anteile z.B. an ihre Kinder weitergeben, weil Wohnungsgenossenschaften verpflichtet sind, ihre Mitglieder mit Wohnraum zu versorgen. (vgl. BMVBW 2004: 57) Auch der Aus-

schluss des Verkaufs genossenschaftlicher Wohnungen erhöht die Wohnsicherheit, weil dadurch auch spekulative Verkäufe ausgeschlossen sind. (vgl. Kapitel 3.4.1) Genossenschaften – als kollektives Eigentum – sind zudem eine Eigentumsform, die auch finanziell Schwächeren die Eigentumsbildung ermöglicht, die allein kein Wohneigentum finanzieren können. (vgl. KÖNIG 2004: 16)

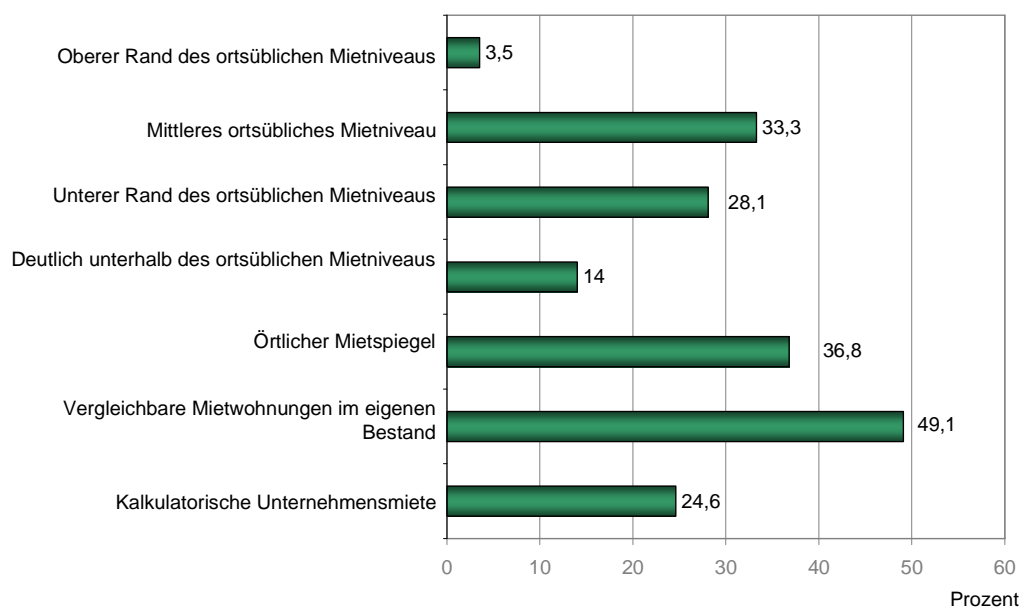
Zudem unterliegen die Mietverhältnisse dem allgemeinen Mietrecht und damit in Deutschland einem vergleichsweise hohen Kündigungsschutz. Für Genossenschaften besteht darüber hinaus ein *erweiterter Kündigungsschutz*. Es entfallen die Kündigung wegen Eigenbedarf, „die Kündigung wegen der Verhinderung einer angemessenen Verwertung“, und auch befristete Mietverträge und Luxussanierungen sind ausgeschlossen. (vgl. KÖNIG 2004: 15 ff.) Weiterhin trägt die Nutzerorientierung durch die Einheit von Nutzer und Eigentümer zur Wohnsicherheit bei, weil es keine „nutzerfremden Kapitalinteressen“ gibt, da „das Ziel von Genossenschaften [...] die kostendeckende Bereitstellung von Wohnraum [ist]“. (BMVBW 2004: 57) Wie die Mietpreisgestaltung in Abbildung 4 zeigt, gaben 1997 nur 3,5% der Genossenschaften an, die Miete am oberen Rand des ortsüblichen Mietniveaus auszurichten. 14% der Wohnungsgenossenschaften orientieren sich deutlich unterhalb des ortsüblichen Mietniveaus. Mit zusammengekommen 61,4% liegt die Miete in fast zwei Drittel der Genossenschaften in den Alten Ländern im mittleren Bereich oder am unteren Rand des ortsüblichen Mietniveaus. Etwa jede vierte Genossenschaft richtet die Miete an Unternehmensanforderungen aus.¹² (vgl. ANALYSE & KONZEPTE 1997: 47; Abbildung 4)

Wie bereits in Kapitel 3.4.1 beschrieben liegen die *Investitions- und Modernisierungsausgaben* von Wohnungsgenossenschaften über denen anderer Wohnungsunternehmen. (vgl. Tabelle 5) Hieraus ergeben sich Wohnstandards, die sich von denen anderer Wohnungsunternehmen positiv unterscheiden.

¹² Die neuen Länder wurden nicht mit einbezogen, weil 1997 noch das Mietüberleitungsgesetz galt. (vgl. ANALYSE & KONZEPTE 1997: 47)

Abbildung 4: Mietpreisgestaltung der Wohnungsgenossenschaften in den alten Bundesländern

(Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ANALYSE & KONZEPTE 1997: 47

3.4.3 Nachbarschaften in Wohnungsgenossenschaften

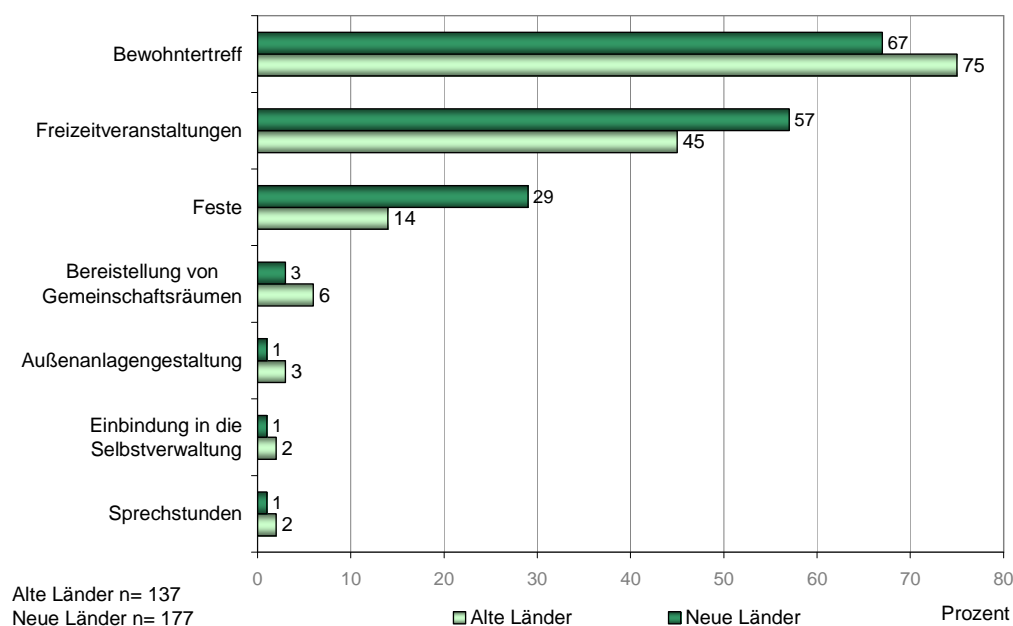
Die Bedeutung von Nachbarschaften für die Integration wurde in Kapitel 2.3.3 beschrieben. In diesem Kapitel sollen nun die genossenschaftseigenen Potentiale, aber auch die Probleme für die Entwicklung von Nachbarschaften dargestellt werden. Die Potentiale ergeben sich aus der langen Wohndauer, die durch Genossenschaften moderierten nachbarschaftlichen Aktivitäten und aus der gemeinsamen Anteilseignerschaft am Wohnraum. Probleme der genossenschaftlichen Nachbarschaftsgestaltung werden in der Eingliederung inhomogener Gruppen gesehen.

Wohnungsgenossenschaften sind durch eine besonders lange Verweildauer der Mitglieder in den Wohnungen bzw. in den Wohnungsgenossenschaften gekennzeichnet. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft beträgt ca. 24 Jahre. In den alten Bundesländern besteht bei ca. 50% der Mitglieder die Mitgliedschaft bereits seit mehr als 30 Jahren. (vgl. ANALYSE & KONZEPTE 1997: 53) Die nachbarschaftlichen Beziehungen werden neben der Wohndauer auch durch gemeinsame Unternehmungen positiv beeinflusst. Genossenschaften unterstützen gemeinsame Aktivitäten, z.B. durch Nachbarschaftsfeste, die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen oder auch gemeinschaftliche Eigenarbeiten. (vgl. BMVBW 2004: 218 ff.; BEETZ 2007: 246) Abbildung 5 gibt einen Überblick über die Angebote von Wohnungsgenossenschaften zur Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.

Zur positiven Entwicklung nachbarschaftlicher Beziehungen trägt weiterhin die Nähe der Genossenschaften zu ihren Beständen bei. Konkrete Ansprechpartner, z.B. in Vorort-Büros, stellen

wichtige Vermittler und Knotenpunkte bei Schwierigkeiten zwischen Nachbarn und für die Weiterentwicklung nachbarschaftlichen Engagements dar. (vgl. BEETZ 2007: 247)

Abbildung 5: Förderung des Zusammenlebens in Wohnungsgenossenschaften



Quelle: BMVBW 2004: 219

Die wirtschaftliche Beziehung, das Miteigentum aller an der Wohnungsgenossenschaft stellt ein verbindendes und identitätsstiftendes Merkmal – auch zwischen den Nachbarn – dar, das das Gefühl der Zusammengehörigkeit verstärken kann. BEETZ (2005) konstatiert: „Mitglieder in Wohnungsgenossenschaften stehen nicht nur in ökonomischen, sondern auch lebensweltlichen Zusammenhängen.“ (ebd.: 132) Diese Argumentation findet auch Ausdruck im Förderprinzip, nach dem die Mitglieder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial in ihrer Zusammengehörigkeit durch die Genossenschaft gefördert werden. (LEINEMANN 1999 nach BMVBW 2004: 56; vgl. Abbildung 2) Aus Sicht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften „begünstigt“ zudem „die genossenschaftliche Organisation [...] die Bildung sozialer Beziehungen und gemeinsamer Werte unter den Mitgliedern und die Entstehung einer Gemeinschaft.“ (BMVBW 2004: 56)

Insgesamt weisen die Voraussetzungen für die Entwicklung nachbarschaftlicher Beziehungen in der genossenschaftlichen Wohnform gegenüber *dem Wohnen zur Miete* und dem *individuellen Wohneigentum* Vorteile auf. Es ist aber auch hier zu bedenken, dass insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen und ethnische Minderheiten aufgrund der bereits in Kapitel 3.4.1 beschriebenen Schließung vieler Genossenschaften der Zugang zur genossenschaftlichen Gemeinschaft schwer fällt. Aus Sicht einiger Genossenschaften wird die Schließung aber auch als Strategie der nachbarschaftlichen Gestaltung bewertet, die sich aus ihrer Sicht in homogenen Nachbarschaften unkomplizierter gestaltet. (vgl. BEETZ 2007: 245 f.)

3.4.4 Partizipation in Wohnungsgenossenschaften

Die Bedeutung lokaler Partizipation im Integrationskontext wurde in Kapitel 2.3.4 vorgestellt. Daran anschließend werden in diesem Kapitel die Partizipationsmöglichkeiten in Wohnungsgenossenschaften vorgestellt. Die Partizipation kann in Genossenschaften über verfasste und freie Gremien erfolgen. Verfasste Gremien sind der Aufsichtsrat und Vorstand sowie die Mitglieder- bzw. Vertreterversammlung. Freie Gremien sind institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb der genossenschaftlichen Organe. Beispiele hierfür sind: Gesprächsrunden, Hausversammlungen oder auch die Mitarbeit an der Genossenschaftszeitung. (vgl. BMVBW 2004: 251) Die Arbeitsweisen und Kompetenzen der genossenschaftlichen Organe wurden bereits in Kapitel 3.1.2 beschrieben. Es folgt eine Übersicht über die Gestaltung der verfassten Gremien in der Praxis.

Das Problem, das HABERMANN-NIEßE/KLEHN (2007) für Genossenschaften bei der Ausrichtung auf neue Zielgruppen konstatieren (vgl. ebd.: 228; Kapitel 3.4.1), setzt sich in der Besetzung der Gremien fort. So gehört nach einer Untersuchung des BMVBW (2004) in 38% der Wohnungsgenossenschaften mindestens die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates, diesem seit zehn Jahren an und die Gewinnung jüngerer Mitglieder für die Gremienarbeit gelingt den Genossenschaften nicht. (vgl. ebd.: 247 ff.) Auch in den von MERSMANN (2005)¹³ untersuchten Genossenschaften waren z.B. keine Migranten im Vorstand oder Aufsichtsrat vertreten und an den Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen nehmen nur vereinzelt Mitglieder mit Migrationshintergrund teil. Generell sind in diesen untersuchten genossenschaftlichen Gremien nur bestimmte Mitgliedergruppen vertreten. Dies sind meist alt eingesessene, langjährige Mitglieder. Beispielhaft hierfür ist der Eisenbahn-Bauverein e.G. in Wuppertal. Obwohl im Eisenbahn-Bauverein e.G. nur noch 20% der Mitglieder tatsächlich Eisenbahner bzw. pensionierte Eisenbahner sind, bilden sie fast ausschließlich die Vertreterversammlung. (vgl. ebd.: 194 f.) Es kann festgehalten werden, dass in den verfassten genossenschaftlichen Gremien bislang homogene Gruppen vertreten sind und sich Migranten und jüngere Mitglieder daran i.d.R. nicht beteiligen. Die Ursachen hierfür werden in der mangelnden Identifikation einerseits und der Zufriedenheit mit der genossenschaftlichen Verwaltung andererseits gesehen. (vgl. BMVBW 2004: 249)

Über die Zusammensetzung der freien Gremien existiert bislang keine Untersuchung. Es ist lediglich zu sagen, dass ohnehin nur 5% aller Wohnungsgenossenschaften die Bewohnerbeteiligung über freie Gremien ermöglichen. Dabei dominieren bei den freien Gremien mit etwa 70% Gesprächsrunden. Um die 10% der Genossenschaften mit freien Gremien bieten Mitgliederbesprechungen, Freizeitveranstaltungen, Hausversammlungen oder auch besondere Vertreterversammlungen an. Jeweils etwa 5% der Genossenschaften, die freie Gremien anbie-

¹³ MERSMANN führte 2005 im Rahmen der Verbundpartner Zuwanderung in der Stadt eine qualitative Untersuchung zur Partizipation von Migranten in Wohnungsunternehmen durch. Dabei wurden auch 5 Genossenschaften einbezogen.

ten, bieten Arbeitsgruppen oder die Genossenschaftszeitung als Partizipationsmöglichkeit an. (vgl. BMVBW 2004: 250 f.)

3.5 Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften

Im Allgemeinen wird die Integrationskraft von Wohnungsgenossenschaften auf die Versorgung von Haushalten, die sich anderweitig nur schwer mit Wohnraum versorgen können, bezogen. (vgl. KÖNIG 2004: 130). KÖNIG (2004) diskutiert hierzu die Unterschiede zwischen jungen und traditionellen Genossenschaften. Grundsätzlich sieht sie zwar eine Integrationsbereitschaft bei allen Genossenschaften, wenngleich es Genossenschaften wie allen anderen privaten Anbietern auch freisteht, bestimmte Gruppen bei der Wohnungsvergabe zu bevorzugen. Die Integrationsleistung von jungen Genossenschaften (insbesondere Selbsthilfeprojekten) bewertet sie jedoch höher als die der traditionellen, die sich vornehmlich ihrer bestehenden Mitgliederklientel verpflichtet sehen und dadurch Gefahr laufen, sozial sowie hinsichtlich der Lebensstile zu einer homogenen Gemeinschaft zu werden (vgl. Kapitel 3.4.1). Selbsthilfeprojekte seien demgegenüber zwar auch selektiv, was den Lebensstil betrifft, sozial aber offen. Allerdings bestehe auch bei ihnen eine Schließungsgefahr, wenn das Selbsthilfeziel erreicht ist und/oder die nachfolgenden Generationen den Gründergeist nicht weitertragen. (vgl. ebd.: 130 ff.)

Die EXPERTENKOMMISSION WOHNUNGSGENOSSENSCHAFTEN greift in ihrer insgesamt umfangreichen Darstellung der Potentiale genossenschaftlichen Wohnens auch knapp die migrationspezifische Integration und auch das interkulturelle Wohnen auf. Danach können die „genossenschaftlichen Prinzipien der Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Gemeinschaft [...] in hohem Maße einen Beitrag zu Integration leisten“. Darüber hinaus werden integrative Potentiale in der kollektiven Eigentumbildung gesehen. Diese steigern das Selbstwertgefühl. (vgl. BMVBW 2004: 317)

Die Untersuchung der VERBUNDPARTNER „ZUWANDERUNG IN DER STADT“ (VZS)¹⁴ greift hingegen das Integrationspotential durch Partizipation in Wohnungsunternehmen – darunter auch Genossenschaften – auf. (vgl. MERSMANN 2005: 175-215)

Als praktisches Integrationsprojekt wurde im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) im Forschungsfeld „Potentiale genossenschaftlichen Wohnens – Übernahme von Beständen“ die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ gefördert, die auch in dieser Arbeit untersucht wird. Die begleitende Forschung beschreibt das Potential der Mitbestimmungsmöglichkeiten, der materiellen Integration und identifikatorischer Prozesse¹⁵, die auch auf das Quartier erweitert werden. (vgl. BBR: 2006: 22-29)

¹⁴ Die Verbundpartner „Zuwanderung in der Stadt“ sind ein Expertenforum zur Förderung der migrations-spezifischen Integration. (vgl. VZS 2005a)

¹⁵ Im Bericht wird nicht erwähnt, auf welches Integrationsverständnis Bezug genommen wird. Es ist daher nicht eindeutig, welche genauen Inhalte mit den benannten Integrationsebenen gemeint ist. (vgl. BBR 2006: 22-29)

RIDINGER (2007) sieht die Integrationspotentiale bei Wohnungsgenossenschaften v.a. in den durchschnittlich geringen Größen der Wohnungsgenossenschaften gegenüber anderen Wohnungsunternehmen und dadurch in der nachbarschaftlichen Gemeinschaft als Basis für interkulturelle Kommunikation. Er plädiert außerdem dafür, Migranten verstärkt als Zielgruppe wahrzunehmen, weil die starke Überalterung vieler Genossenschaften die Gewinnung neuer Zielgruppen notwendig macht. (vgl. ebd.: 25-29)

Die umfassendste Veröffentlichung zum Thema mit dem Titel „Integration und Migration in Wohnungsgenossenschaften“ wurde 2006 als Arbeitshilfe für die Mitgliedsunternehmen vom VdW SÜDWEST herausgegeben. Die Arbeitshilfe wurde vom INSTITUT FÜR GENOSSENSCHAFTSWESEN IN MARBURG (IFG MARBURG) erstellt.¹⁶ Ähnlich wie in dieser Arbeit nachstehend erläutert, werden auch hier einige „ur“-genossenschaftliche“ Prinzipien zur Herleitung der Integrationspotentiale verwendet. Allerdings wird die Integrationsleistung in der Arbeitshilfe primär auf die Entwicklung einer interkulturellen Nachbarschaft und Stärkung der Partizipation bezogen. Sekundär wird auch die Wohnsicherheit angesprochen. (vgl. VdW SÜDWEST 2006: 5) Diese Veröffentlichung ist allerdings nur den Mitgliedsunternehmen des VdW SÜDWEST zugänglich, wurde aber freundlicherweise auch der Autorin auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Die bisherigen migrationsspezifischen Integrationskonzepte beziehen sich auf die Bereiche Partizipationsmöglichkeiten (BBR 2006: 22-29; MERSMANN 2005: 175-215), die Forcierung der nachbarschaftlichen interkulturellen Kommunikation (RIDINGER 2007: 29-25; VdW SÜDWEST 2006: 6 f.; BMVBW 2004: 317) und identifikatorische Prozesse über die Eigentumbildung (BMVBS/BBR 2007: 87 ff.; BUNDESREGIERUNG 2007: 113, BBR 2006: 22-29; BMVBW 2004: 317). Eine empirische Untersuchung existiert – mit Ausnahme dieser Arbeit – nicht zum migrationsspezifischen Integrationspotential von Wohnungsgenossenschaften.

Die systematische Zusammenschau der Integrationsebenen und der Besonderheiten genossenschaftlichen Wohnens deutet auf Integrationspotentiale auf vier Integrationsebenen hin. (vgl. Tabelle 6) Auf drei der vier Ebenen von Integration nach ESSER (2001) sowie zusätzlich auf der aus dem Forscherkonsens von REIMANN (2008) abgeleiteten rechtlich-politischen Ebene (vgl. Kapitel 2.2) bieten Wohnungsgenossenschaften durch ihre charakteristischen Alleinstellungsmerkmale unter den Wohnraumanbietern möglicherweise ein migrationsspezifisches Integrationspotential. Dieses sollen im weiteren Verlauf der Arbeit untersucht werden.

¹⁶ Die telefonische Rückfrage nach weiteren Forschungsergebnissen zur Integration und Migration in Wohnungsgenossenschaften beim IfG Marburg ergab, dass dieses Thema nach Abschluss der Auftragsarbeit des VdW SÜDWEST nicht weiter verfolgt wurde. (Telefongespräch am 28.10. 2009 mit Dr. Stephanie HANRATH, IfG Marburg)

Tabelle 6: Integrationspotentiale durch genossenschaftliche Strukturen

Integrations Ebenen		Potentiale von Wohnungsgenossenschaften
Kulturation	Notwendiges Wissen, um in alltäglichen Situationen handeln zu können.	-
Plazierung	Einnahme einer hierarchischen Position in der Gesellschaft (z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt). Aus einer Positionsverbesserung ergeben sich verbesserte rechtliche Positionen.	Wohnsicherheit durch Identitätsprinzip, Verbesserung der Wohnraum- und Wohnumfeldqualität durch Förderprinzip.
Interaktion	Herstellung von sozialen Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft.	Soziale und kulturelle Förderung durch eine „moderierte“ Nachbarschaft.
Rechtlich-Politisch	Möglichkeiten zur Partizipation bieten Teilhabe an Gütern und Ressourcen, Stärkung des Selbstbewusstseins und identifikatorische Aspekte.	Mitbestimmung durch das Selbstverwaltungsprinzip.
Identifikation (Wertintegration)	Identifikation mit den Werten eines sozialen Systems, einer Gruppe oder Organisation.	Identifikation mit den genossenschaftlichen Prinzipien (Werten).

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Kapitel 2.2, 3.1, 3.3 und 3.4

Für die *Plazierung* soll dabei nur die Ebene des Wohnungsmarktes und nicht die des Arbeitsmarktes betrachtet werden. (vgl. Abbildung 6) Zwar gibt es auch Beispiele von Wohnungsgenossenschaften, die ihre Mitglieder im Rahmen von Hausmeistertätigkeiten oder Wohnumfeldmaßnahmen auch in den Arbeitsmarkt bzw. das Erwerbsleben integrieren. In der Regel gilt dies aber nicht für breite Bewohnergruppen.¹⁷ Wenn Plazierung nach ESSER (2001) die Einnahme einer hierarchischen Position in der Gesellschaft ist, bedeutet dies für den Wohnungsmarkt, dass in den Bereichen Wohnungsausstattung, Wohnumfeldqualität, Eigentümerform und/oder Qualität des Wohngebietes ein Aufstieg stattfindet. Wohnungsgenossenschaften können daher in einem Vergleich zum Mietwohnen schon per se als Plazierungsfortschritt auf Ebene der Eigentümerform gewertet werden, weil sie im Bereich Wohnsicherheit ähnliche Vorteile wie das Individualeigentum bieten. Daneben gelten Genossenschaftswohnungen vielfach als qualitativ besserer Wohnraum. (vgl. Kapitel 3.4.2)

Für die Dimension *Interaktion* verweist die Zusammenschau auf die Möglichkeiten der moderierten Nachbarschaft durch Genossenschaften. So gehört die Organisation von Nachbarschaftsfesten, Bewohnertreffs oder auch die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen für viele Genossenschaften zu den sozialen Zielen. (vgl. Kapitel 3.4.3)

Die *rechtlich-politische* Integrationsleistung kann bei Wohnungsgenossenschaften durch die Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in verfassten und freien Gremien erfolgen. (vgl. Kapitel 3.4.4)

Identifikatorische Potentiale (Wertintegration) liegen im Bereich der Wohnungsgenossenschaften in der Identifikation mit den genossenschaftlichen Werten. (vgl. Kapitel 3.1.1)

¹⁷ Beispiele hierfür sind u.a. die in dieser Arbeit untersuchten Wohnungsgenossenschaften: die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ nimmt an dem Förderprogramm zur Ausbildung von Hauswarten für Menschen mit Migrationshintergrund aus Berlin-Kreuzberg teil. (E1) Die GeWoSüd initiiert ein Programm mit arbeitslosen Mitgliedern zur Betreuung älterer Bewohner. (E2)

Bezieht man die Differenzierung der Genossenschaftslandschaft nach BEETZ (2005: 69-73) und KÖNIG (2004: 60-75) (vgl. Kapitel 3.3) in die Betrachtungen zu den Integrationspotentialen ein, lässt dies vermuten, dass Genossenschaften – unterschieden nach der Unternehmensgröße und dem Alter – unterschiedliche integrative Stärken haben. In den Tabellen 7 und 8 sind die Integrationspotentiale nach Größen- und Altersklassen dargestellt. Konstellationen, die auf Integrationsbehinderungen hindeuten, wurden ebenfalls in die Zusammenschau aufgenommen. Im Folgenden werden die Integrationspotentiale für die Kombination *mittelgroße & alte Genossenschaft* sowie *kleine & junge (Selbstschutzprojekt)* ausführlicher dargestellt, da diese beiden Genossenschaftstypen im Rahmen dieser Arbeit untersucht wurden. (vgl. Kapitel 6)

Die Merkmalskombination von *mittelgroßen & alten Genossenschaften* deutet auf besondere migrationsspezifische Integrationspotentiale in den Dimensionen *Plazierung* und *Interaktion* hin. Alte Genossenschaften verfügen über einen größeren ökonomischen Hintergrund als z.B. kleine und junge Genossenschaften. Dies ermöglicht dementsprechend auch größere Spielräume, was die Investitionen in die Bestände betrifft und wirkt sich damit positiv auf die Wohnqualität aus. Aufgrund der mittleren Größe und der damit verbundenen sozialen Überschaubarkeit ist es diesen Genossenschaften möglich, Angebote zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts finanziell zu unterstützen und dabei gleichzeitig die Mitgliederinteressen in die Ausgestaltung der Angebote mit einzubeziehen. Bei alten Genossenschaften aber bestehen möglicherweise gleichzeitig Integrationsprobleme. So könnte eine sehr homogene, ältere Mietgliederklientel die Eingliederung z.B. fremd-ethnischer Bewohner erschweren. (vgl. Tabellen 7 und 8)

Entsprechend der Merkmale von *kleinen & jungen Genossenschaften* in Form von Selbstschutzprojekten ist anzunehmen, dass die integrativen Potentiale vor allem in den Bereichen *Plazierung*, *Partizipation* und *Identifikation* liegen. Im Bereich der Plazierung ist allerdings davon auszugehen, dass die Wohnsicherheit im Gegensatz zur Verbesserung des Wohnstandards speziell bei Selbstschutzprojekten eine größere Bedeutung für die Bewohner hat. Sicher bemühen sich auch kleine und junge Genossenschaften um die Aufwertung der Wohnungen und des Wohnumfelds, da aber die finanzielle Ausstattung bei kleinen und jungen Genossenschaften oftmals eher gering ausfällt, sind Aufwertungsmaßnahmen vielfach nur in kleinen Schritten möglich. Partizipative Integrationspotentiale sind bei jungen Genossenschaften in Form von Selbstschutzprojekten auf die Ziele der Unternehmenstätigkeit zurückzuführen. Eine stärkere Partizipation ist zu erwarten, da hier das Interesse am eigenen Wohnraum Auslöser des „Genossenschaftsprozesses“ war und die Bewohner vermutlich auch über dessen weitere Gestaltung mitbestimmen möchten. Weiterhin sind identifikatorische Integrationspotentiale zu erwarten. Ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement in kleinen Wohnungsgenossenschaften deutet auf eine starke Identifikation der Mitglieder mit der Genossenschaft hin. Für junge Selbstschutzprojekte ist zu erwarten, dass sich die Bewohner bewusst für eine genossenschaftliche Lösung entschieden haben und die Kenntnis über genossenschaftliche Inhalte sowie die Geschichte des „Genossenschaftsprozesses“ bei den Bewohnern präsent sind. (vgl. Tabellen 7 und 8)

3.6 Zusammenfassung

Die Darstellungen des dritten Kapitels zeigten, dass Wohnungsgenossenschaften zwar im zeitlichen Verlauf bestimmte Verfahrensprinzipien modifizierten, qualitativ gutes Wohnen, Stärkung der Nachbarschaften und partizipative Verfahren aber nach wie vor zur genossenschaftlichen Praxis gehören. Zusammengenommen deuten die Ausführungen darauf hin, dass genossenschaftliche Strukturen auch zur migrationsspezifischen Integration geeignet sein können. In der heterogenen Genossenschaftslandschaft existieren dabei möglicherweise unterschiedliche integrative Schwerpunkte – je nach Größe und Alter der Genossenschaft. Die Ausführungen zur sozialen Schließung und zu den Problemen, die genossenschaftlichen Gremien heterogen zu besetzen, werfen allerdings die Frage auf, ob die theoretisch hergeleiteten Potentiale in der genossenschaftlichen Praxis Effekte generieren können.

Tabelle 7: Integrationspotentiale und -probleme nach Unternehmensgröße

	Kleine Genossenschaften bis 1.000 (WE)	Integrationspotentiale kleiner Genossenschaften	Mittlere Genossenschaften 1.000 bis 5.000 (WE)	Integrationspotentiale mittlerer Genossenschaften	Große Genossenschaften mehr als 5.000 (WE)	Integrationspotentiale/-probleme großer Genossenschaften
Bestände	Heterogene Bestände in verschiedenen Quartieren.		Heterogene Bestände in Westdeutschland, homogene in Ostdeutschland.		Überwiegend in größeren Neubaugebieten.	
Wohnkonzepte	Besetzung von Marktnischen.					
Anpassung an die Quartiersbedingungen	Gute Anpassung an die lokalen Marktbedingungen.					
Mitgliederbeteiligung	Nicht stärker ausgeprägt als bei mittleren und großen Wohnungsgenossenschaften. Aufgrund des relativ engen Kreises werden Probleme aber oft in persönlichen Auseinandersetzungen mit den Vorständen beigelegt.	Partizipation , allerdings nicht zwangsläufig über verfasste Gremien, sondern über die Nähe zum Vorstand.	Soziale Überschaubarkeit, durch professionelle Ressourcen ist es möglich, die Mitglieder zu aktivieren und im Ehrenamt zu unterstützen, Berücksichtigung der Mitgliederwünsche.	Interaktion , zur Förderung der Nachbarschaft kann monetär unterstützt werden durch ökon. Hintergrund; effektiv, weil die Mitglieder Einfluss auf die Art der Förderung nehmen.	Professionelle Ressourcen Mitglieder zu aktivieren. Die Mitbestimmung der Mitglieder über die Formen sozialer und kultureller Förderung fällt jedoch geringer aus als bei kleineren Genossenschaften.	Interaktion , durch professionelle Ressourcen, allerdings ohne Einflussnahme der Mitglieder auf die Art der Förderung / Möglicherweise Anonymität aufgrund der Größe.
Besonderheiten	Gerade neuere Wohngruppenprojekte sind durch starke Mitgliederorientierung und Berücksichtigung der Wohnwünsche charakterisiert.	Plazierung , allerdings durch geringen finanzielle Kapazitäten eingeschränkter als bei größeren Unternehmen. Potential liegt in der Verwirklichung von Wohnwünschen.	Optimale wohnungswirtschaftliche Größe.	Plazierung , da der ökonomische Hintergrund höhere Investitionen ermöglicht.	Effizienz- und Professionalisierungstreben, wichtige Akteure auf dem Wohnungsmarkt.	Plazierung , Weiterentwicklung der Bestände durch Professionalisierung und Effizienzstreben.

Quelle: Genossenschaften: Eigene Zusammenstellung nach BEETZ 2005: 69-73, Integrationspotentiale: Eigene Darstellung

Tabelle 8: Integrationspotentiale und -probleme nach Unternehmensalter

	Alte Genossenschaften Westdeutschland: vor 1985, Ostdeutschland: vor 1990	Integrationspotentiale/ -probleme von Genossenschaften	Junge Genossenschaften Westdeutschland: nach 1985, Ostdeutschland: nach 1990	Integrationspotentiale/ -probleme von Genossenschaften
Gründungsjahr	Westdeutschland: vor 1985, Ostdeutschland: vor 1990		Westdeutschland: nach 1985, Ostdeutschland: nach 1990	
Bewohnerstruktur	Starke Überalterung, wenige Familienhaushalte, unterdurchschnittliche Kinderzahl (aufgrund meist kleiner Wohnungen)	Möglicherweise kann eine soziale Schließung die (nachbarschaftliche) Aufnahme neuer Bewohner behindern	Typ I „Selbsthilfeprojekt“: eher homogen, weil sich Menschen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele zusammenfinden Typ II: „Selbstschutzprojekt“: Erhalt der zuvor bestehenden Bewohnerzusammensetzung	Identifikation , durch gemeinsame Ziele
Identifikation der Mitglieder	Lange Verweildauer und geringe Fluktuation deuten auf hohe Identifikation hin			
Unternehmenstätigkeit	Vorwiegend Erhalt der Bestände, Verbesserung des Services, Konzentration auf die Förderung der bestehenden Mitglieder	Plazierung , durch gut bewirtschaftete Bestände und guten Service	Typ I „Selbsthilfeprojekt“: kollektive Ziele stehen im Vordergrund, Erwartungen an das Zusammenleben Typ II „Selbstschutzprojekt“: persönliches Interesse des Mitglieds am aktuellen Wohnraum ist groß, dieser soll unter Bündelung der Kräfte bewahrt werden	Typ I: Interaktion , durch Ansprüche an das Zusammenleben Typ II: Partizipation , da der Erhalt, auch des individuellen Wohnraums für die Bewohner wichtig ist.
Mitgliederbeteiligung	Große Alte: Reduzierung auf Vertreterversammlung, erst bei problematischen Leerstandsentwicklungen werden die Mitglieder vermehrt eingebunden			

Quelle: Genossenschaften: Eigene Zusammenstellung nach KÖNIG 2004: 60-75; BEETZ 2005:69-73, Integrationspotentiale: Eigene Darstellung

4. Türkische Bevölkerung und Wohnungsgenossenschaften in Berlin

In diesem Kapitel wird die Situation der türkischstämmigen Bevölkerung und der Wohnungsgenossenschaften in Berlin dargestellt. Es werden die Zuwanderungsgeschichte und die räumliche Verteilung der türkischstämmigen Bevölkerung in Berlin sowie deren Wohn- und Lebenswelten skizziert. Zu den Berliner Wohnungsgenossenschaften werden die Verteilungen nach Größe und Alter der Unternehmen dargestellt. Daran anschließend richtet sich der Blick auf die Gruppe der Mitglieder mit Migrationshintergrund in Wohnungsgenossenschaften in Berlin im Vergleich ausgewählter Bundesländer.

4.1 Türkische Bevölkerung in Berlin

4.1.1 Zuwanderungsgeschichte der türkischen Bevölkerung

Der Einwanderungsprozess von Türken nach Berlin kann in mehrere Phasen unterteilt werden. Die erste Phase vermehrter Zuwanderung begann Ende der 1960er Jahre.¹⁸ Die Türken wurden damals von Industrien – nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland – angeworben, um den hier herrschenden Arbeitskräftemangel zu kompensieren. (vgl. BULUT 2006: 22) Für West-Berlin kam hinzu, dass der Mauerbau 1961 zu einem verstärkten Bedarf an Arbeitskräften führte. Zuvor wurden hier Arbeitnehmer aus der DDR beschäftigt. Diese konnten ab 1961 nicht mehr ohne weiteres in die Bundesrepublik einreisen. Deshalb beschloss der Berliner Senat 1968 die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. (vgl. GLEBE 1997: 124; GREVE/CINAR 1998: 15) Da zum damaligen Zeitpunkt kaum noch eine Nachfrage seitens griechischer, spanischer und italienischer Arbeitskräfte nach Arbeitsangeboten aus Deutschland bestand, wurden in Berlin überwiegend türkische und jugoslawische Arbeitskräfte angeworben. (vgl. HÄUßERMANN/FARWICK 2002: 73; (vgl. KEMPEN/ÖZÜEKREN 1998: 460) Hierdurch erklärt sich auch die hohe Konzentration türkischstämmiger Bewohner in Berlin. Für Türken war das Arbeitsangebot vor allem finanziell attraktiv. Zwar waren viele seit den 1950er Jahren von den ländlichen Regionen der Türkei in die Mittel- und Großstädte gezogen, doch auch dort war das Arbeitsangebot beschränkt und die Arbeitsbedingungen oftmals schlecht. (vgl. BULUT 2006: 2)

Seitens des deutschen Staates wurden zu diesem Zeitpunkt Arbeitserlaubnisse für den Zeitraum eines Jahres vergeben. (vgl. KEMPEN/ÖZÜEKREN 1998: 460) Entsprechend eines Rotationsprinzips sah die deutsche Regierung den jährlichen Austausch der Arbeitskräfte vor. Die Industrie hingegen lehnte das Rotationssystem aufgrund der ökonomischer Nachteile ab. Vielmehr hatten

¹⁸ Auch den 1950er Jahren immigrierten Türken in die Bundesrepublik. Die Wanderung basierte auf Eigeninitiativen und privaten Vermittlern. Es kamen überwiegend Türken nach Deutschland, die ihre beruflichen Kenntnisse erweitern wollten. Es kooperierten z.B. der Zentralverband des Deutschen Handwerks mit dem türkischen Handwerks- und Gewerbeverband im Projekt „Mittelstand hilft Mittelstand“, um den Industrialisierungsprozesses in der Türkei zu unterstützen. (vgl. ABADAN-UNAT 2005: 65 f.)

die Unternehmen ein Interesse daran, angelernte Arbeiter zu halten und Investitionen in neue Anwerbungen und Qualifizierungen zu sparen. Auf diese Weise blieben die angeworbenen, so genannten Gastarbeiter, länger als zunächst beabsichtigt. (vgl. ABADAN-UNAT 2005: 70 f.)

Unter anderem bedingt durch die Ölkrise ebte das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit ab, so dass zusätzliche Arbeitnehmer nicht mehr benötigt wurden. Ende 1973 wurde dann der Anwerbestopp beschlossen, (vgl. GLEBE 1997: 125, BULUT 2006: 23) der bis heute besteht. (vgl. ŞEN 1992: 75,76 nach BULUT 2006: 23) Ende 1973 lebten fast 80.000 Türken in Berlin.

Zwar hatten viele türkische Arbeitnehmer geplant, nach Ansparen ausreichender Rücklagen in die Türkei zurückzukehren, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Die negativen Erfahrungen der ersten Rückwanderer während der Rezession 1966/67, die mangelnde Entwicklung der türkischen Wirtschaft seit der Ausreise sowie das Verbot der Rückwanderung nach Deutschland führten aber dazu, dass sich viele der einstigen Gastarbeiter dazu entschlossen, in Deutschland zu bleiben. (vgl. GLEBE 1997: 123 f.)

Die hier lebenden Türken holten dann auch ihre Familien nach Berlin. Der Familienzuzug charakterisiert die zweite Phase der Immigration. Da der Zuzug der Familien mit bestimmten Auflagen¹⁹ verbunden war, setzte die Familienzuzug erst zu Beginn der 1970er Jahre ein. (vgl. GLEBE 1997: 124) Nach rund zwei Jahren negativer Wanderungsbilanzen stieg die Zahl der Türken in Berlin ab 1977 wieder bis zu ihrem vorläufigen Höhepunkt von insgesamt 119.000 Türken im Jahr 1982. Da die starke Zuwanderung politisch nicht gewünscht war, versuchte die Bundesregierung, die Familienzuzug zu beschränken. So wurde zu Beginn der 1980er Jahre das Höchstalter für einreisende Kinder gesenkt und auch die Zuwanderung von Ehepartnern beschränkt. Darüber hinaus erhielten Abwanderer eine Rückreisepremie²⁰. (vgl. GREVE/CINAR 1998: 18)

Während der darauf folgenden Einwanderungsphase ab Mitte der 1980er Jahre spielte die Familienzuzug nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Zuwanderer aus der Türkei hatten ab dann, mit Ausnahme der kurdischen Asylsuchenden, keine charakteristischen Merkmale mehr. (vgl. GLEBE 1997:128)

Insgesamt lebten laut Mikrozensus von 2008 mehr als 160.000 Menschen mit ein- oder beidseitigem türkischen Migrationshintergrund in Berlin. Etwa 38% von ihnen besitzen keine eigene Migrationserfahrung und ca. 26% haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anteil der türkisch-

¹⁹ Erst ab einer Aufenthaltsdauer von fünf Jahren konnte der Zuzug der Familien beantragt werden. Die Aufenthaltsdauer der Familien war zunächst auf drei Jahre beschränkt, konnte dann um weitere zwei Jahre verlängert werden. Ab einer Aufenthaltsdauer von fünf Jahren als Familie konnte eine unbefristete Aufenthaltsdauer beantragt werden. (vgl. GLEBE 1997: 124)

²⁰ Das Rückkehrförderungsgesetz beinhaltete finanzielle Unterstützung der Rückkehr in Höhe von 10.500 DM für Erwachsene und 1.500 DM pro Kind. Diese Summe entsprach den Beträgen, die die türkischen Gastarbeiter seit der Einwanderung in die Rentenkassen eingezahlt hatten. Die Rückkehrer verzichteten mit Inanspruchnahme der Rückkehrhilfen auf weitere Ansprüche. (vgl. ŞEN 2004: 378)

stämmigen Bevölkerung in Berlin beträgt rund 23% an der nicht-deutschen und gute 5% an der Bevölkerung insgesamt. (vgl. Mikrozensus)

Die Immigration ausländischer Arbeitnehmer führte in Berlin und auch in anderen deutschen Städten zur Veränderung der Sozialstruktur. „Die Auswirkungen auf die soziale Schichtung und die Beschäftigtenstruktur [...] waren erheblich.“ Auch auf räumlicher Ebene war die Zuwanderung ablesbar, weil sich die ausländische Wohnbevölkerung in bestimmten Stadtteilen konzentrierte. (vgl. HÄUßERMANN/FARWICK 2002: 74)

4.1.2 Räumliche Verteilung der türkischen Bevölkerung

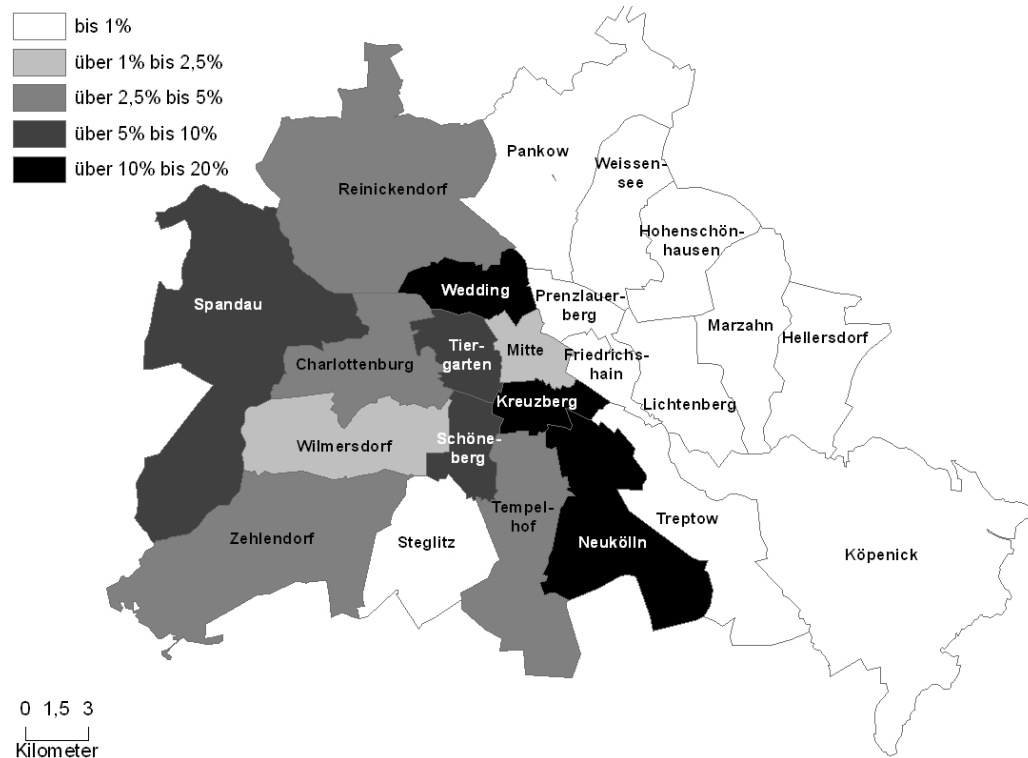
Die türkische Bevölkerung konzentriert sich bereits seit den 1960er Jahren vor allem in den innerstädtischen Altbau- sowie ehemaligen Sanierungs- und Sanierungserwartungsgebieten West-Berlins. Diese Gebiete waren zum Zeitpunkt der Zuwanderung der türkischen Bevölkerung durch enorme Leerstände gekennzeichnet. Verknüpft mit geringen Ausstattungsstandards wurde hierdurch der günstige Mietpreis für die Wohnungen bestimmt. Die türkische sowie die ausländische Bevölkerung insgesamt galt als *Zwischenmieter* vor dem Abriss oder der Sanierung dieser Wohnungsbestände, weil zu diesem Zeitpunkt nach einem temporären Aufenthalt noch die Rückkehr in die Herkunftsländer erwartet wurde. Der Zuzug in Neubausozialwohnungen war den Gastarbeitern zunächst nicht gestattet. (vgl. HÄUßERMANN/FARWICK 2002: 77-80)

Nachdem die Ausländeranteile in den damaligen Bezirken Tiergarten, Wedding und Kreuzberg bis 1975 auf mehr als 15% – der West-Berliner Durchschnitt lag bei 9% – stiegen, verhängte der Senat ab 1976 eine Zuzugssperre für diese Bezirke und öffnete den sozialen Wohnungsneubau für Ausländer. Die Zuzugssperre führte dazu, dass die Türken nun auch vermehrt nach Neukölln oder in die Spandauer Innenstadt zogen. (vgl. HÄUßERMANN/FARWICK 2002: 84, HÄUßERMANN 1998: 148) Die wohnungspolitische Maßnahme des Zuzugsstopps von Migranten in bestimmte Bezirke war allerdings nur eingeschränkt wirksam, weil der Zuzug durch Familiennachzug oder Kettenmigration umgangen wurde. (vgl. MÜNCH 2007: 48) Nach den politischen Entwicklungen 1989/90 wurde die Zuzugssperre aufgehoben. (vgl. KAPPHAN 2002: 94).

Die höchsten Anteile türkischer Bevölkerung konzentrieren sich noch heute in den Alt-Bezirken Wedding, Kreuzberg und Neukölln in der Nähe der ehemaligen Grenze zu Ost-Berlin. Insbesondere die innerstädtischen Altbaugebiete sind die traditionellen Wohngebiete türkischer Bevölkerung. Nur wenige Türken sind bislang nach Ost-Berlin gezogen. Die Gründe hierfür werden einerseits darin gesehen, dass die türkische Bevölkerung Wohngebiete bevorzugt, in denen sie bereits über soziale Netzwerke verfügen und eine ethnisch geprägte Infrastruktur vorhanden ist. Andererseits wird auch davon ausgegangen, dass Türken Fremdenfeindlichkeit in Ostberlin fürchten. (vgl. KEMPER 1998: 1780 f.)

Die türkischstämmige Bevölkerung ist die am stärksten segregierte Minorität in Berlin. (KEMPER 1998: 1780) Eine Berechnung von BERNHARDT (2008) ergab für die türkische Bevölkerung Segregationsindizes²¹ von 54,2% für Gesamtberlin und 42,2% für West-Berlin. (vgl. ebd.: 69)

Abbildung 6: Verteilung der türkischen Bevölkerung in Berlin auf Basis der Alt-Bezirke 2007



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Mikrozensus

4.1.3 Wohn- und Lebenswelten der türkischen Bevölkerung

Wohnwelten

Es können vier Phasen des Wohnens von Migranten in Berlin unterschieden werden. (vgl. KEMPER 1998: 1772) In der ersten Phase, während der ersten Einwanderungsphase, als der Staat und die Unternehmen noch von einer temporären Wanderung ausgingen, lebten die Gastarbeiter zunächst in Werkswohnungen, die seitens der Firmen zur Verfügung gestellt werden mussten. Die Werkswohnungen waren oft überbelegt und zudem schlecht ausgestattet. Wie die Firmen, die den Wohnraum bereitstellen mussten, hatten auch die Gastarbeiter während dieser Phase ein besonderes Interesse an günstigem Wohnraum, um möglichst viel Geld für den Aufbau einer besseren Existenz in der Türkei zurückzulegen. (vgl. GREVE/CINAR 1998: 16)

Mit der Familienzuzwanderung in den 1970er Jahren, der zweiten Einwanderungsphase, änderten sich aber auch die Wohnpräferenzen. Trotz der steigenden Ansprüche an den Wohnraum kon-

²¹ Die Berechnung des Segregationsindex ergibt Werte zwischen 0 und 1. Mit 100 multipliziert können die Werte als Prozentwerte interpretiert werden, die den Anteil der Bevölkerungsgruppe angeben, die umziehen müsste, damit sich die Gruppe gleichmäßig auf das Stadtgebiet verteilt. (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2004: 140)

zentrierten sich die türkischen Familien oftmals in Häusern mit besonders niedrigen Sanierungs- und Modernisierungsstandards. (vgl. KEMPER 1998: 1772)

Die dritte Phase während der 1980er Jahre ist durch den Bezug von Wohnungen gekennzeichnet, die zum längerfristigen Verbleib geeignet sind. Migranten bezogen neben Altbauten zunehmend auch soziale Wohnungsbauten. Schon Ende der 1970er Jahre ordnete der Berliner Senat an, die kommunalen Wohnungsunternehmen sollten 10% der Wohnungen an Migranten vergeben. 1982 wurde diese Quote auf 15% erhöht. (vgl. SENATSVRWALTUNG 1995 nach KEMPER 1998: 1773) Obwohl Migranten aus rechtlicher Sicht die gleichen Ansprüche wie Deutsche hatten, bezogen sie häufiger weniger attraktive Wohnungen und -lagen. Dies war auch auf Diskriminierungen seitens der Vermieter zurückzuführen. (vgl. KEMPER 1998: 1772, 1779)

Während der 1990er Jahre, der vierten Phase, stieg die Zahl der Wohnungseigentümer unter den Migranten. (vgl. KEMPER 1998: 1772) Die Qualität des Wohneigentums türkischer Bevölkerung unterscheidet sich jedoch von dem deutscher Eigentümer. So besitzen rund 71% der türkischen Wohnungseigentümer eine Wohnung im Mehrfamilienhaus, während es bei den deutschen Eigentümern nur 40% sind. (vgl. BERNHARDT 2008: 67) Eine detaillierte Untersuchung zur Wohneigentumsbildung Berliner Türken findet sich bei BERNHARDT (2008).

Lebenswelten

Die Lebenswelten der ersten Generation türkischer Einwanderer wurden u.a. durch die formalisierte Belegung geprägt. (vgl. Kapitel 4.1.1) Die *Gastarbeiter* lebten in den Werkswohnungen bzw. räumlich konzentriert in Sanierungs(-erwartungs)-gebieten unter sich und hatten kaum Gelegenheiten zur Interaktion mit Deutschen. Zudem arbeiteten sie den Großteil des Tages, so dass zum Deutschlernen kaum noch Zeit blieb. Außerdem planten viele zu diesem Zeitpunkt noch die Rückreise in die Türkei und sahen keine Notwendigkeit darin, Deutsch zu lernen. (vgl. GREVE/CINAR 1998: 16) Für die erste Generation, die heute bereits in Rente ist oder auf das Rentenalter zugeht, gilt die Integration als nicht gelungen. Neben kultureller Verschiedenheit gelten auch sprachliche Defizite als Ursachen für das Scheitern ihrer Integration. (vgl. ŞEN 2004: 380)

Die zweite und dritte Generation türkischer Bevölkerung sieht dagegen Deutschland als Lebensmittelpunkt an und hat i.d.R. keine Rückkehrwünsche mehr.²² Ihre Integration wird überwiegend als unzureichend bewertet. Aktuelle Studien berichten deutschlandweit von schlechten „Integrationswerten“. Bei der Betrachtung von acht Einwanderungsgruppen nach Daten des Mikrozensus 2005 stellte sich heraus, dass Türken das Schlusslicht im Bereich der Bildungsabschlüsse sind: Fast ein Drittel hat keinen Bildungsabschluss (Deutsche: 1%), lediglich 14% haben die Hochschulreife (Deutsche: 38%). Die Jugendarbeitslosenquote liegt bei 28% (Deutsche: 14%).²³ Auch

²² In verschiedenen Artikeln wurde auf Spiegel-Online allerdings von der Auswanderung Hochqualifizierter Deutsch-Türken in die Türkei berichtet. Gründe für die Auswanderung sind schlechtere Berufsaussichten in Deutschland aufgrund von Diskriminierung. (vgl. z.B. JACOBSEN 2009: o.S.)

²³ Bei der Betrachtung dieser Werte ist allerdings zu beachten, dass hierbei auch soziostrukturelle Merkmale wie in Kapitel 2.3.2 beschreiben, eine Rolle spielen.

eine lebensweltliche Trennung der türkischen Minorität von der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird attestiert. So heiraten z.B. Angehörige mit türkischem Migrationshintergrund häufiger innerhalb der ethnischen Community als andere Migranten. (vgl. BIBE 2009: 49)

Auch für die Diskussion in Berlin werden Bildung und lebensweltliche Trennung als Integrationshindernisse besonders hervorgehoben. Im Bildungsbereich hat die so genannte „Schulsegregation“ (hohe Konzentration nicht-deutscher Schüler in bestimmten Gebieten und damit an bestimmten Schulen) türkischer Schüler eine besondere Bedeutung für die Integration. Im Schuljahr 2006/07 hatten etwa 27% der Berliner Schüler eine Migrationsgeschichte. Große Anteile hiervon leben in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Hier hat sogar die Mehrheit der Schüler einen Migrationshintergrund. Am häufigsten stammen die Familien der Schüler in diesen Bezirken aus der Türkei.

Türkischstämmige Schüler verzeichnen auch in Berlin durchschnittlich geringere Bildungserfolge als deutsche Schüler. So besuchten 2003/04 nur 25% der Schüler mit türkischem Migrationshintergrund in Berlin ein Gymnasium, während es bei den Deutschen 49% waren. Im Schuljahr 2003/04 machten ca. 64% der türkischstämmigen Jungen und rund 53% der türkischstämmige Mädchen einen Hauptschulabschluss, gegenüber ca. 32% deutschen Jungen und 22% deutschen Mädchen²⁴. Der unterdurchschnittliche Bildungserfolg wird auf Probleme mit der deutschen Sprache, die geringe Bildungsorientierung der Eltern sowie die „Schulsegregation“ zurückgeführt. (vgl. GESEMANN 2007: 36f.) Eine Befragung zur Lebenssituation Berliner Türken²⁵ ergab zum Aspekt Bildung und Sprache, dass 60% der befragten Türken die „mittlere Reife“ als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung bewerten. Auch hinsichtlich des Spracherwerbs ist zu konstatieren, dass die Mehrheit der Befragten Deutschunterricht für Kinder und Eltern für wichtig halten. (vgl. SASF 2002: 4)

In den Integrationskontext fiel in den vergangenen Jahren auch die Diskussion um „Parallelwelten“. Parallelwelten sind u.a. durch lebensweltliche und zivilgesellschaftliche Segregation sowie die Verdopplung mehrheitsgesellschaftlicher Institutionen charakterisiert. (vgl. MEYER 2002 nach HALM/SAUER 2006: 85 f.)

Lebensweltliche und zivilgesellschaftliche Segregation drückt sich z.B. in einer Kontaktarmut zu Deutschen oder auch einer Orientierung auf die eigene ethnische Community aus. (vgl. HALM/SAUER 2006: 87) Eine eindeutige Antwort auf die Frage lebensweltlicher Trennung Berliner Türken und Deutscher lässt sich allerdings nicht finden. Hinsichtlich interkultureller Kontakte zu Deutschen gaben z.B. zwar 81% der befragten Berliner Türken an, auch nicht-türkische Freunde zu haben. Es stammen allerdings 42% der Ehepartner der Befragten aus der Türkei. Dabei heira-

²⁴ GESEMANN (2007) kritisiert, dass seit dem Schuljahr 2003/04 keine expliziten Daten mehr zur Situation türkischstämmiger Schüler in Berlin veröffentlicht werden. Alle Schüler mit Migrationshintergrund werden seitdem in den Statistiken zusammengefasst. (vgl. ebd. 37)

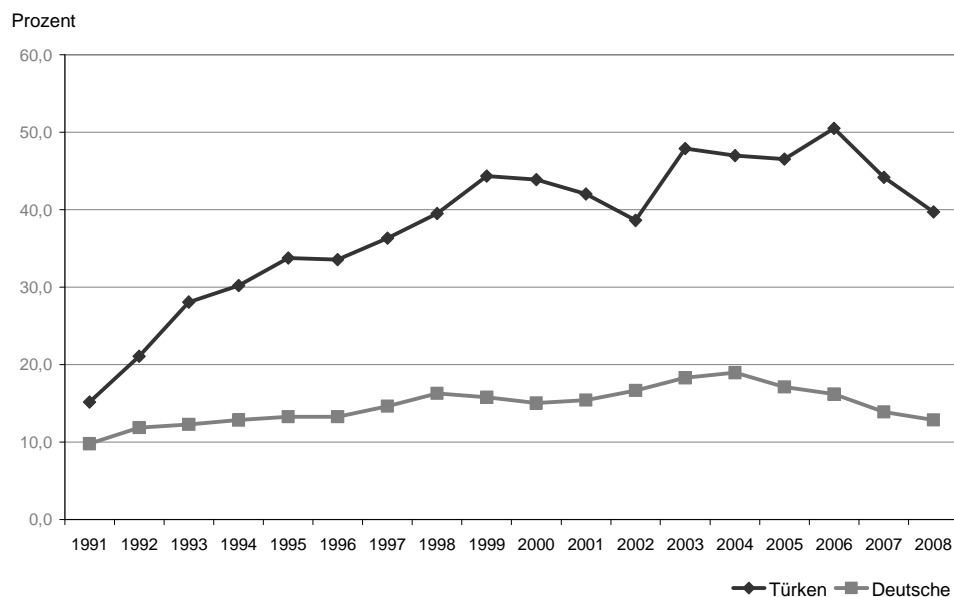
²⁵ „Repräsentativumfrage zur Lebenssituation türkischer Berlinerinnen und Berliner“, in deren Rahmen 1003 Berliner Türken zu verschiedenen Aspekten der Lebenssituation und Zukunftsperspektive, aber auch zur beruflichen Situation sowie zu Diskriminierungserfahrungen befragt wurden. (SASF 2002)

ten Berliner Türken häufiger Partnerinnen aus der Türkei als Berliner Türkinnen Partner aus dem Herkunftsland. (vgl. SASF 2002: 4,13)

Die Verdopplung mehrheitsgesellschaftlicher Institutionen meint eine Vervollständigung der „ethnischen Gemeinde“ z.B. durch die Schaffung eigener Medien, eigener Geschäfte oder auch eigener Sportvereine. (vgl. HALM/SAUER 2006: 87) Hierzu untersuchte die Studie zur Lebenswelt türkischer Berliner, inwieweit Berliner Türken „beim Einkaufen, in der Freizeit, beim Sport und in den Medien Angebote der eigenen Gruppe bevorzugen“, um zu erfahren, ob es einen Rückzug in eine Parallelwelt gibt. Dieses Statement lehnten 70% der Befragten ab. (vgl. SASF 2002: 21)

Teil der lebensweltlichen Situation sind auch die ökonomische und die soziale Situation. Da die soziale Situation in Form der beruflichen Stellung mit der ökonomischen Situation i.d.R. eng verknüpft ist, soll im Folgenden lediglich die ökonomische Situation näher beschrieben werden.

Die Betrachtung der Erwerbslosenquote zeigt einen generellen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Berlin seit den 1990er Jahren. (vgl. Abbildung 7) Die Ursachen hierfür liegen in der Deindustrialisierung der Stadt. Während der deutschen Teilung wurde die Berliner Industrie stark durch die Bundesrepublik subventioniert. Der Rückgang des Transfers nach der Wiedervereinigung bedeute die Insolvenz für zahlreiche Industrien. Von dem Rückgang der Arbeitsplätze waren insbesondere ehemalige Gastarbeiter betroffen. (vgl. KEMPER 1998: 1766) Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Tertiärisierung führte zu einer Zunahme der Arbeitsplätze bei den höherwertigen sowie bei den „personenbezogenen und sozialen“ Dienstleistungen. Erstere sind gut bezahlte Arbeitsplätze für Hochqualifizierte, letztere sind eher prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. (vgl. GESTRING et al. 2006: 150) Da viele Migranten schulisch und daraus resultierend auch beruflich gering qualifiziert sind, gehören sie zu den Modernisierungsverlierern. (vgl. SCHUMANN 2002: 19 nach GESTRING et al. 2006: 150)

Abbildung 7: Erwerbslosenquote von Türken und Deutschen in Berlin (1991-2008)

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Mikrozensus

Der Vergleich der deutschen und türkischen Bevölkerung zeigt, dass die Arbeitslosenquote der türkischen Bevölkerung fast dreimal höher ist als bei den Deutschen. Obwohl sich der Arbeitsmarkt zwischen 2006 und 2008 erholte, waren 2008 immer noch 40% der türkischen Bevölkerung in Berlin arbeitslos. (vgl. Abbildung 7)

Eine Betrachtung der verschiedenen Einkommensgruppen zeigt die ökonomische Benachteiligung der türkischen Bevölkerung in Berlin. Insbesondere die Teilhabe an den höheren Einkommen ging bei der türkischen Bevölkerung zurück, während die Anteile der Deutschen in den höheren Einkommensgruppen stark anstiegen. Bei den unteren Einkommen stieg der Anteil der türkischen Bevölkerung. Demgegenüber ging der Anteil der deutschen Bevölkerung in diesen Einkommensgruppen zurück. (vgl. Tabelle 9)

Tabelle 9: Entwicklung der monatlichen Nettoeinkommen von Deutschen und Türken in Berlin (1992, 2000, 2008)

Monatliches Nettoeinkommen pro Person	1992		2000		2008	
	Türken	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken	Deutsche
Unter 300 EUR	15%	9%	27%	7%	11%	4%
300-500 EUR	14%	13%	15%	8%	20%	6%
500-700 EUR	12%	17%	15%	13%	21%	11%
700-900 EUR	11%	15%	12%	12%	16%	12%
900-1.100 EUR	12%	14%	6%	14%	10%	13%
1.100-1.300 EUR	12%	9%	6%	12%	10%	12%
1.300 EUR und mehr	20%	23%	14%	36%	13%	41%

Quelle: Eigene Berechnung nach Mikrozensus

4.1.4 Zusammenfassung

Die Zuwanderungsgeschichte der türkischen Bevölkerung zeigt, dass aus einer ursprünglich temporär angelegten Wanderung vor mehr als 40 Jahren im Zeitverlauf eine dauerhafte Einwanderung wurde. Zahlenmäßig ist die türkische Bevölkerung in Berlin ein fester Bestandteil der Gesellschaft, der sich räumlich vornehmlich in den Alt-Bezirken Wedding, Neukölln und Kreuzberg konzentriert. Die Betrachtung der Wohn- und Lebenssituation zeigt, dass in diesen Bereichen bislang noch keine ausreichende Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft vollzogen wurde. Schlechtere Wohnbedingungen, geringe Bildungsabschlüsse, die partielle Orientierung auf die eigene Community sowie die schwierige ökonomische Situation vieler Berliner mit türkischer Migrationsgeschichte konnten bislang nicht überwunden werden, wengleich sich dies auch die türkische Bevölkerung wünscht bzw. dies als wichtig erachtet, wie die Ausführungen zur Bedeutung der Schulabschlüsse und Sprachkompetenz zeigten.

Zusammengenommen deuten die residentielle Segregation einhergehend mit der bislang defizitären Angleichung der Wohn- und Lebenssituationen – insbesondere die mangelnde Eingliederung in den Arbeitsmarkt – darauf hin, dass der Bedarf an einer „Verortung von Integration“ im Quartier für die türkische Bevölkerungsgruppe besonders hoch ist.

4.2 Wohnungsgenossenschaften in Berlin

4.2.1 Strukturdaten der Wohnungsgenossenschaften in Berlin

Mit einer Anzahl von ca. 189.000²⁶ Wohnungen sind rund 10% der Berliner Wohnungen Genossenschaftswohnungen. Systematisiert nach Größenklassen wird deutlich, dass die kleineren Wohnungsgenossenschaften mit bis zu 1.000 Wohneinheiten auf gesamtstädtischer Ebene zwar fast ein Drittel der Berliner Genossenschaften ausmachen, aber nur 5% des genossenschaftlichen Wohnraums in ihrem Besitz sind. Die mittleren Genossenschaften mit 1.000 bis 5.000 Wohneinheiten machen knapp die Hälfte der Genossenschaften aus und besitzen 61% des genossenschaftlichen Wohnraums. Die großen Genossenschaften mit mehr als 5.000 Wohneinheiten machen zwar nur 12% der Genossenschaften aus, besitzen aber knapp ein Drittel des Wohnraums aller Genossenschaften. (vgl. Tabelle 10)

Die Betrachtung der West- und Ostberliner Genossenschaftslandschaft zeigt dagegen, dass in West-Berlin zwar die *kleinen Wohnungsgenossenschaften* insgesamt dominieren, aber gleichzeitig nur einen geringen Anteil (7%) der genossenschaftlichen Wohneinheiten besitzen. In Ost-Berlin gibt es noch weniger kleine Genossenschaften. Sie besitzen ca. 4% der genossenschaftlichen Wohnungen. Die *mittelgroßen Genossenschaften* sind in West-Berlin mit einem Anteil von 28% vertreten und zählen 37% der Wohneinheiten zu ihrem Besitz. In Ost-Berlin beträgt der ge-

²⁶ Die Anzahl der Wohnungen basiert auf der Addition von Daten des Prüfverbandes kleiner und mittlerer Genossenschaften (PkmG) und des Verbandes Berliner-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) für die in diesen Verbänden organisierten Berliner Wohnungsgenossenschaften.

nossenschaftliche Mittelbau 68% und besitzt 77% der Wohneinheiten. Die *großen Genossenschaften* nehmen in West-Berlin nur einen Anteil von 16% an, besitzen aber mehr als die Hälfte der West-Berliner Genossenschaftswohnungen. In Ost-Berlin machen die großen Genossenschaften einen Anteil von 7% aus und nennen 19% der Wohneinheiten ihr Eigen. (vgl. Tabelle 10)

Tabelle 10: Wohnungsgenossenschaften in Berlin nach Größenklassen (2009)

Größenklassen nach Wohneinheiten		Berlin-West		Berlin-Ost		Berlin insgesamt	
		Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand	Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand	Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand
Kleine Genossenschaften	Bis 1.000	56%	7%	24%	ca. 4%	41%	5%
Mittlere Genossenschaften	Bis 5.000	28%	37%	68%	77%	48%	61%
Große Genossenschaften	Mehr als 5.000	16%	56%	7%	19%	12%	35%
N		43	75.211	41	109.101	84	184.312

Quelle: Eigene Berechnung nach BBU VERBANDSSTATISTIK vom 24.08.2009, unveröffentlicht

In Gesamtberlin zählen zwei Drittel der Wohnungsgenossenschaften zu den „alten Genossenschaften“ und wurden also vor 1990 gegründet. Die alten Genossenschaften verwalten ca. 93% des genossenschaftlichen Wohnraums in Berlin. Die „jungen“ Genossenschaften machen rund ein Drittel aus und verwalten nur ca. 7% der Wohneinheiten. (vgl. Tabelle 11)

Unterschieden nach West- und Ost-Berlin zeigen sich Unterschiede in der Verteilung der Genossenschaften nach ihrem Gründungsalter. In West-Berlin sind etwa 80% der Wohnungsgenossenschaften vor 1989 gegründet. Diesen 80% gehört fast der gesamte genossenschaftliche Wohnungsbestand in West-Berlin (99%), während etwa 20% junge Genossenschaften nur rund 1% der genossenschaftlichen Wohnungsbestände besitzen. In Ost-Berlin sind lediglich 56% der Genossenschaften vor 1989 gegründet (Alte Genossenschaften). Sie besitzen knapp 90% des Wohnraums. 44% der Genossenschaften sind jung, also nach 1990 gegründet. Ihnen gehören 10% der genossenschaftlichen Wohneinheiten in Ost-Berlin. (vgl. Tabelle 11)

Tabelle 11: Wohnungsgenossenschaften in Berlin nach Altersklassen (2001)

Altersklassen		Berlin-West		Berlin-Ost		Berlin insgesamt	
		Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand	Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand	Anteil der Genossenschaften	Anteil am genossenschaftlichen Wohnungsbestand
Alte Genossenschaften	Bis 1989	80,5%	98,8%	55,6%	89,6%	66,3%	93,1%
Junge Genossenschaften*	1990-2001	19,5%	1,2%	44,4%	10,4%	33,7%	6,9%
N		41	72354	54	115235	95	187589

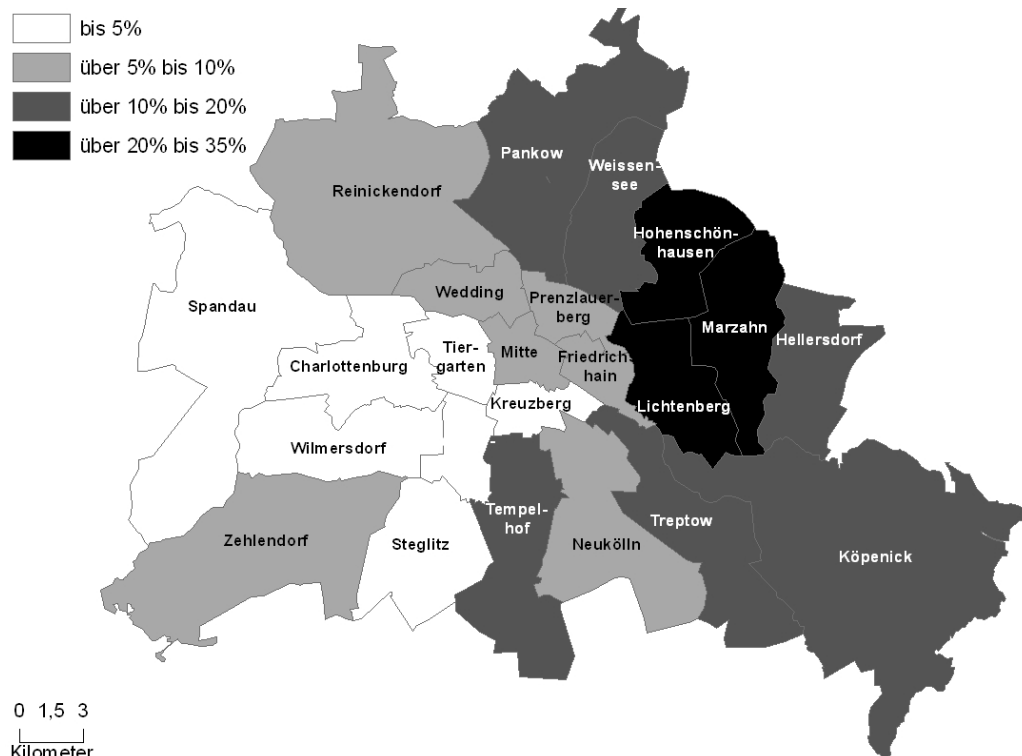
* Nach KÖNIG 2005 sind seit 1985 in Westdeutschland gegründete Genossenschaften „jung“. Da die vorliegenden Daten nach dem angegebenen Zeitrahmen gegliedert waren, sind „junge Genossenschaften“ hier auch für Westdeutschland ab 1990 ausgewiesen.

Quelle: Eigene Berechnung nach Beetz 2005: 74 (BBU Verbandsstatistik 2001, unveröffentlicht; PkmG Verbandsstatistik 2001, unveröffentlicht)

Die räumliche Verteilung der genossenschaftlichen Wohneinheiten am gesamten Wohnungsbestand auf Basis der Berliner Altbezirke zeigt eine deutliche Konzentration im Ostteil der Stadt. (vgl. Abbildung 8) Hier sind durchschnittlich knapp 11% der gesamten Wohnungen Genossenschaftswohnungen. In den östlichen Alt-Bezirken Hohenschönhausen, Marzahn und Lichtenberg sind zwischen 20 und 35% des gesamten Wohnungsbestandes in genossenschaftlicher Hand. Weiterhin konzentrieren sich die Genossenschaftswohnungen in Ost-Berlin auch in den ehemaligen Bezirken Pankow, Weißensee, Hellersdorf, Treptow und Köpenick. Hier sind zwischen 10 und 20% aller Wohnungen Genossenschaftswohnungen. Auch in den Innenstadt-Altbezirken Prenzlauerberg, Friedrichshain und Mitte gehören zwischen 5 und 10% der Wohnungen zu Genossenschaften.

In West-Berlin gibt es dagegen mit Anteilen von durchschnittlich 4% deutlich weniger Genossenschaftswohnungen. Die höchste Konzentration findet sich im Altbezirk Tempelhof mit 12%. In Wedding sowie in Neukölln, Reinickendorf und Zehlendorf liegen die Anteile zwischen 5 und 10%. Mehr als die Hälfte der westlichen Altbezirke hat jedoch unter 5% Genossenschaftswohnungen. Besonders wenige Genossenschaftswohnungen haben die Altbezirke Kreuzberg und Tiergarten mit einem Anteil von rund 1%.

Abbildung 8: Anteile der Genossenschaftswohnungen an den gesamten Wohnungen auf Basis der Alt-Bezirke 2008



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Jahresstatistik der Verbände BBU und PkmG, unveröffentlicht

4.2.2 Migranten in Berliner Wohnungsgenossenschaften

Dieses Kapitel ist in dieser Version leider nicht verfügbar.

4.2.3 Zusammenfassung

Die Genossenschaftslandschaft in Berlin verfügt über relativ viele kleine Genossenschaften, die insgesamt aber nur wenige der genossenschaftlichen Wohneinheiten besitzen. Der Mittelbau der Genossenschaften ist besonders im Osten gut ausgebaut. Im Westen spielen insbesondere die großen Genossenschaften, was den Anteil an Wohneinheiten betrifft, eine wesentliche Rolle. Hinsichtlich des Gründungszeitraums ist festzuhalten, dass es im Osten deutlich mehr junge Genossenschaften gibt. Im Westen dominieren die alten Genossenschaften sowohl in ihrer Quantität an sich als auch in den Anteilen am Wohnraum.

5. Empirische Untersuchung

5.1 Untersuchungskonzept der Arbeit

Entlang der abgeleiteten Integrationspotentiale von Wohnungsgenossenschaften (vgl. Kapitel 3.5) wurden drei Thesen entworfen, die empirisch untersucht wurden:

1. Wohnungsgenossenschaften können aufgrund ihrer spezifischen Strukturen migrations-spezifische Integrationspotentiale entfalten.
2. Mittlere & alte Wohnungsgenossenschaften haben besondere Potentiale auf den Ebenen Platzierung und Interaktion.
3. Kleine & junge Wohnungsgenossenschaften haben besondere Potentiale auf den Ebenen Platzierung (Wohnsicherheit), Partizipation und Identifikation.

Die Untersuchung dieser Thesen ist die Hauptkomponente des empirischen Abschnitts dieser Arbeit. Darüber hinaus sollte ermittelt werden, inwieweit, das u.a. im nationalen Integrationsplan dargestellte Integrationspotential von Wohnungsgenossenschaften, (vgl. Kapitel 2.3) von der Berliner Praxis aufgenommen wurde bzw. inwiefern eigene Konzepte existieren.

Für die empirische Untersuchung wurde ein dreigliedriges Untersuchungskonzept gewählt:

Ebene I: Vertreter der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände

- Eine Vertreterin des Verbandes Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) sowie eine des Prüfungsverbandes der kleinen und mittelständischen Genossenschaften (PkmG) wurden in leitfadengestützten Interviews zu ihren Positionen, zu bestehenden Konzepten und zur Nachfrage seitens der Politik und der Wohnungsgenossenschaften nach migrations-spezifischen Konzepten bzw. dem interkulturellen Wohnen befragt.

Ebene II: Vertreter der Wohnungsgenossenschaften

- Des Weiteren folgte eine Befragung von insgesamt drei Vertretern zweier Wohnungsgenossenschaften aus den Bereichen Geschäftsführung sowie Soziales und Verwaltung in Form leitfadengestützter Interviews zu ihren Positionen, zu bestehenden Konzepten und zu ihren Erfahrungen hinsichtlich der Integration von Migranten bzw. dem interkulturellen Wohnen.

Ebene III: Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften

- Weiterhin wurde eine Mitgliederbefragung in zwei Wohnungsgenossenschaften durchgeführt. Anhand eines standardisierten Fragebogens wurden deutsche und türkischstämmige Mitglieder entlang der Integrationsdimensionen nach Ihrer Wohnzufriedenheit, den nachbarschaftlichen Kontakten, der Teilnahme an demokratischen Prozessen innerhalb der Genossenschaften sowie der Zustimmung/Ablehnung genossenschaftlicher Werte befragt.

5.2 Datenerhebung

5.2.1 Befragung der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände

Die Verbände wurden aufgrund ihrer Bedeutung als Berater der Genossenschaften einerseits und als Interessenvertretung gegenüber der Politik andererseits in das Untersuchungskonzept eingebunden. Sie wurden mit dem Ziel befragt, herauszufinden, inwieweit seitens der Berliner Politik in Anlehnung an die auf Bundesebene im nationalen Integrationsplan benannten integrativen Potentiale von Wohnungsgenossenschaften (vgl. BUNDESREGIERUNG 2007: 112 ff.) bereits Ansprüche und Unterstützungsleistungen für das interkulturelle Wohnen formuliert wurden. Weiterhin sollte erfragt werden, ob und welche Beratungsleistungen seitens der Verbände für die Wohnungsgenossenschaften zum Thema interkulturelles/integratives Wohnen erfolgen und wie ggf. das Interesse der Wohnungsgenossenschaften daran bewertet wird.

Zur Erklärung der Rolle der Verbände: Wohnungsgenossenschaften müssen bereits seit 1889 einem Prüfungsverband²⁷ angehören. Jährlich führen die Verbände eine Pflichtprüfung durch, die dem Schutz der Mitgliedereinlagen und der Kontrolle der Geschäftsführung dient. Darüber hinaus beraten die Verbände im Rahmen der Prüfung auch über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten und -„zwänge“ der Genossenschaften. (vgl. BMVBW 2004: 71) Des Weiteren vertreten die Verbände die Interessen der Wohnungsunternehmen (Genossenschaften bzw. Wohnungsunternehmen anderer Rechtsformen) gegenüber der Politik, beraten die Wohnungsunternehmen auch im Rahmen von Fachtagungen und erstellen Arbeitshilfen zu speziellen Themen.

Es wurden eine Vertreterin aus den Bereichen Rechtsberatung/Fachbereich Wohnungsgenossenschaften (BBU) und sowie eine weitere aus dem Bereich Prüfungsdirektion (PkmG) befragt. Die Fragestellungen setzten sich im Detail aus folgenden Themenkomplexen zusammen:

Themenkomplex I: Rahmenbedingungen

- Unterstützung durch die Politik, Selbstverständnis des Verbandes, Beratungsangebote für Wohnungsgenossenschaften

Themenkomplex II: Erfahrungen

- Interesse von Wohnungsgenossenschaften an interkulturellem/integrativem Wohnen.

Die Interviews mit den Vertretern der Verbände wurden in Form thematisch strukturierter Leitfäden durchgeführt. (vgl. WESSEL 1996: 132-137) Die Experten sowie die Leitfäden sind in Anhang A vor- bzw. dargestellt.

²⁷ Wohnungsgenossenschaften können in verschiedene Verbandsstrukturen eingebunden sein. Es werden (allgemein-)wohnungswirtschaftliche (z.B. BBU e.V.) und wohnungsgenossenschaftliche Verbände (z.B. Verband sächsischer Wohnungsgenossenschaften e.V.) sowie (allgemein-) genossenschaftliche Prüfverbände (PkmG e.V.) unterschieden.

Die Gespräche wurden in den Büros der Vertreter geführt und schriftlich protokolliert, da in erster Linie Sachfragen erörtert wurden und damit die Erfassung und Protokollierung des exakten Wortlauts nicht notwendig war.

5.2.2 Befragung der untersuchten Wohnungsgenossenschaften

Ziel der Befragung der Vertreter der Wohnungsgenossenschaften war es, einen Überblick über die Unternehmen, das Selbstverständnis hinsichtlich des interkulturellen bzw. integrativen Wohnens, die Belegungskonzepte und bestehende Erfahrungen zum interkulturellen Wohnen zu erhalten.

Es wurden insgesamt drei Vertreter der in den Fallbeispielen untersuchten Wohnungsgenossenschaften befragt. Dies waren Mitarbeiter aus der Geschäftsführung (Wohnungsgenossenschaft am Ostseeplatz), der Verwaltung (GeWoSüd) und dem Bereich Soziales (GeWoSüd).

Die Befragung der Vertreter der Wohnungsgenossenschaften setzte sich aus drei Themenkomplexen zusammen:

Themenkomplex I: Rahmenbedingungen

- Selbstverständnis der Genossenschaft hinsichtlich interkulturellem/integrativem Wohnen

Themenkomplex II: Strategien zum interkulturellen Wohnen

- Wohnungsbelegungspraxis, Wohnungsvergabepaxis, Erfahrungen zu Wohnwünschen

Themenkomplex III: Nachbarschaften und Beteiligung

- Türkischstämmige und deutsche Bewohner: Schwierigkeiten und positive Erfahrungen im Zusammenleben, Erfahrungen zur Beteiligung von Migranten an den genossenschaftlichen Aktivitäten und Gremien

Die Gesprächspartner der Wohnungsgenossenschaften wurden ebenfalls entlang thematisch strukturierter Leitfäden befragt. Die Vertreter sowie die verwendeten Leitfäden sind im Anhang A vor- bzw. dargestellt.

Die Interviews fanden in den Büros der Gesprächspartner statt. Zwar handelte es sich auch hier um sachliche Informationen, die Gespräche wurden dennoch mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet, da sie umfangreicher waren als die Interviews mit den Verbandsvertretern.

5.2.3 Befragung der Genossenschaftsmitglieder

Die Mitglieder wurden mit dem Ziel befragt, die abgeleiteten Integrationspotentiale durch genossenschaftliche Strukturen zu überprüfen. Es wurden Bewohner einer mittelgroßen & alten Genossenschaft und einer kleinen & jungen Genossenschaft befragt.

Die Befragung war entsprechend der als relevant abgeleiteten Integrationsdimensionen in vier Themenkomplexe unterteilt:

Themenkomplex I: Platzierung

- Wohnzufriedenheit/Wohnqualität: Ermittlung der Wohnzufriedenheit in der Genossenschaft und der vorherigen Wohnform, Ermittlung der Bindung an die Genossenschaft, Bedeutung der Wohnsicherheit

Themenkomplex II: Interaktion

- Nachbarschaftliche Kontakte im Allgemeinen und zwischen den Kulturen in der Wohnungsgenossenschaft und im Vergleich zur vorherigen Wohnform, Bewertung der Beiträge der Wohnungsgenossenschaft zur nachbarschaftlichen Entwicklung sowie Ermittlung der Potentiale für interkulturelle Aktivitäten

Themenkomplex III: Politisch-Rechtlich

- Beteiligung an demokratischen Prozessen innerhalb der Genossenschaft

Themenkomplex IV: Identifikation

- Zustimmung/Ablehnung der genossenschaftlichen Prinzipien (Werte)

Es wurden 48 türkischstämmige und 48 deutsche Mitglieder in zwei Genossenschaften befragt, um die beiden Gruppen zu vergleichen, da hierfür nicht auf bestehende Daten – etwa einer ähnlichen Untersuchung – zurückgegriffen werden konnte.²⁸

Die Befragung erfolgte mündlich entlang eines standardisierten Fragebogens (vgl. Anhang B), um zu verallgemeinerbaren Aussagen zu gelangen. (vgl. WESSEL 1996: 116-126) Die mündliche Befragung wurde einer schriftlichen Befragung vorgezogen, um eine ausreichende Fallzahl zu erzielen, weil zahlreiche Studien von den Schwierigkeiten berichteten, türkischstämmige Teilnehmer für Befragungen zu gewinnen und, um zusätzlich Informationen aus spontan entstehen Gesprächen aufzunehmen.

Da die Wohnungsgenossenschaften aus Datenschutzgründen keine Adressen oder Telefonnummern der Mitglieder an die Autorin weiterleiten durften, konnten keine Termine vereinbart werden. Die Mitglieder wurden deshalb schriftlich über die Durchführung der Befragung von den Genossenschaften informiert und dann spontan von Mitte August bis Mitte Oktober an ihrem Wohnort von Interviewern aufgesucht und durchschnittlich ca. 25 Minuten befragt.

Von besonderer Bedeutung bei der Befragung der türkischstämmigen Teilnehmer waren türkische Sprachkenntnisse der Autorin. Zudem unterstützten drei türkische Muttersprachler an ver-

²⁸ Zudem wurden auch sieben Mitglieder anderer Herkunft befragt. Dies war aber nicht beabsichtigt, sondern geschah zufällig, da die Zugehörigkeiten zu anderen Kulturen nicht aus dem Namen ablesbar waren. Bei den anderskulturell Befragten handelte es sich um osteuropäische Mitglieder z.B. aus Kroatien und Polen. Ihre Angaben flossen nicht in die Auswertung der Daten ein.

schiedenen Terminen die Befragungen. Zwar wurden lediglich vier Interviews vollständig auf Türkisch geführt, in den anderen Interviews mit türkischstämmigen Mitgliedern waren allerdings Übersetzungen einzelner Sachverhalte notwendig. Darüber hinaus fanden auch Terminabsprachen auf Türkisch statt, weil die Wohnungen tagsüber, während die eigentlichen Bewohner bei der Arbeit waren, in einigen Fällen von den Eltern der Mitglieder genutzt wurden, die z.T. nicht über Deutschkenntnisse verfügten. Zudem wurde der Fragebogen auf Türkisch übersetzt.

5.2.4 Probleme der empirischen Untersuchung

Das größte Problem der empirischen Untersuchung bestand darin, Genossenschaften zu finden, in denen mindestens 30 türkischstämmige Mitglieder wohnen.

Es wurden insgesamt zwölf in Berlin ansässige Wohnungsgenossenschaften mit Beständen in den Alt-Bezirken mit einem hohen Anteil türkischer Bevölkerung (Wedding, Neukölln, Kreuzberg) telefonisch und/oder per Email kontaktiert und nach ihrer Teilnahmebereitschaft an der Untersuchung befragt.

Davon sagten sieben Wohnungsgenossenschaften mit z.T. mehr als 500 Wohneinheiten in den Gebieten mit höchster Dichte türkischstämmiger Bevölkerung in Berlin ab und begründeten ihre Absage damit, dass in ihren Beständen *keine* türkischen Haushalte leben. Zunächst sagte noch eine weitere große Wohnungsgenossenschaft aus Berlin zu, die angab, weit mehr als 30 türkischstämmige Haushalte in Wedding und in Neukölln zu ihren Mitgliedern zu zählen. Nach einer Darstellung der genauen Vorgehensweise sowie einem Gespräch mit dem Vorstand und dem Leiter der Vermietung schien diese Wohnungsgenossenschaft in Betracht zu kommen. Erstaunlicherweise stellte sich bei den Gesprächen in den Vermietungszentren vor Ort heraus, dass in der Wohnungsgenossenschaft sowohl in Wedding als auch in Neukölln keine türkischstämmigen Mitglieder und auch keine sonstigen nicht-deutschstämmigen Mitglieder leben.

Da auf Nachfragen nur die Gemeinnützige Genossenschaft Berlin-Süd (GeWoSüd) bereit war, an der Untersuchung teilzunehmen und auch über die notwendige Voraussetzung von mindestens 30 türkischstämmigen Mitgliedern verfügte, erklärte sich der Prüfungsverband der kleinen und mittleren Genossenschaften (PkmG) bereit, in dem monatlich für alle deutschen Mitglieds-genossenschaften erscheinenden Newsletter auf die Diplomarbeit aufmerksam zu machen und in Frage kommende Wohnungsgenossenschaften zu finden. Leider zeigte auch daraufhin keine Wohnungsgenossenschaft Interesse an der Untersuchung. Über persönliche Kontakte wurde dann die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ für die Befragung gewonnen, die allerdings zuvor auf die Anfrage der Autorin nicht reagiert hatte.

Ein weiterer erschwerender Aspekt für die Untersuchung war, dass sowohl die GeWoSüd als auch die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ den Anteil der türkischstämmigen Mitglieder überschätzte. In einer ersten Anfrage teilte die GeWoSüd mit, dass insgesamt 150 türkischstämmige Haushalte im Neuköllner Bauteil leben, korrigierte diese Angabe dann auf 100. Eine

Auswertung der Klingelschilder nach türkischen Nachnamen mit Hilfe eines türkischen Muttersprachlers ergab dann eine Grundgesamtheit von 62 türkischstämmigen Haushalten, was nach der gesetzten Grenze von 30 Haushalten ausreichte. Auch die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ teilte zwar keine exakte Zahl türkischer Mitglieder mit, gab aber an, dass insgesamt 20 türkischstämmige Haushalte die Anteile über die Eigenheimzulage finanziert hatten, weitere über das Jobcenter und über Ratenzahlungen an die Genossenschaft, woraus abgeleitet wurde, dass in den Kreuzberger Beständen etwa 25 türkischstämmige Haushalte leben. Insgesamt gab es zum Zeitpunkt der Untersuchung aber nur 14 Mitglieder mit türkischem Migrationshintergrund. Aus der geringen Grundgesamtheit türkischstämmiger Mitglieder ergab sich für die Befragung die Erschwernis, dass möglichst viele Mitglieder für die Befragung motiviert werden mussten, weil es nur wenige potentielle Teilnehmer gab.

6. Fallbeispiele

In diesem Abschnitt werden die untersuchten Fallbeispiele, die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Berlin-Süd e.G. (GeWoSüd) und die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ e.G. („am Ostseeplatz“) sowie die Quartiere, in denen die untersuchten Bauteile lokalisiert sind, vorgestellt.

6.1 Fallbeispiel I – mittelgroße & alte Genossenschaft „am Weigandufer“ (Neukölln)

Die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Berlin-Süd (GeWoSüd) entstand 1942 im Zuge der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten. Es wurden die Landbau Genossenschaft (gegründet 1919) mit Beständen in Lankwitz, Steglitz, Weissensee, Neukölln und Treptow mit der Lindenhof Genossenschaft (gegründet 1918) fusioniert. (AMANN et al. 1999: 33) Insgesamt verfügt die GeWoSüd über ca. 2.500 Wohneinheiten in elf Bauteilen, hat etwa 3.500 Mitglieder (vgl. GEWOSÜD 2009: o. S.) und zählt damit zu den alten Wohnungsgenossenschaften mittlerer Größe. (vgl. Kapitel 3.3)

Abbildung 9: Außenansicht GeWoSüd (Neuköllner Bauteil)



Quelle: Eigene Aufnahme 2009

Der Neuköllner Bauteil der GeWoSüd befindet sich am Weigandufer des Neuköllner Schiffahrtskanals, zwischen der Sonnenallee und nahe der Grenze zum Nachbarbezirk Treptow. Der Bauteil ist heterogen bebaut. Es dominieren Gebäude der 1920er Jahre, daneben gibt es auch Bestände aus den 1950er Jahren. Der Bauteil verfügt über ausgiebige, gepflegte Grün- und Freiflächen sowie einen kleinen Spielplatz und ein noch betriebenes Waschhaus, das mit Stühlen, Tischen und einer Küche ausgestattet ist und auch als Bewohnertreff genutzt wird. (vgl. Abbildungen 9 und 10)

Abbildung 10: „Bewohnerleben“ in der GeWoSüd (Neuköllner Bauteil)

Von links nach rechts: Waschhaus, Schaukasten mit Veranstaltungsinformationen „rund ums Quartier“, Spielplatz



Quelle: Eigene Aufnahme 2009

Abbildung 11: „Nachbarschaft ist Wahlverwandtschaft“

WaschHaus
NachbarschaftsTreff GeWoSüd

“Nachbarschaft ist Wahlverwandtschaft”
NachbarschaftsTreff “Waschhaus”
Weigandufer 31 - 12059 Berlin

Deutschtraining
“Kaffeklatsch” mit Vorträgen
Weihnachtsfeier, Halloween

Möchten Sie mehr wissen
oder haben Sie Lust, eine
Hobbygruppe zu gründen?
Rufen Sie uns bitte an!
Tel.75 4491 27
(Herr Büscher GeWoSüd)

Quelle: Informationsflyer der GeWoSüd

Der Bauteil der Genossenschaft grenzt sich durch die sehr gute Pflege der Grünflächen sowie durch die gute Instandhaltung der Bestände positiv von der restlichen Umgebung ab. (vgl. Abbildungen 9 und 12)

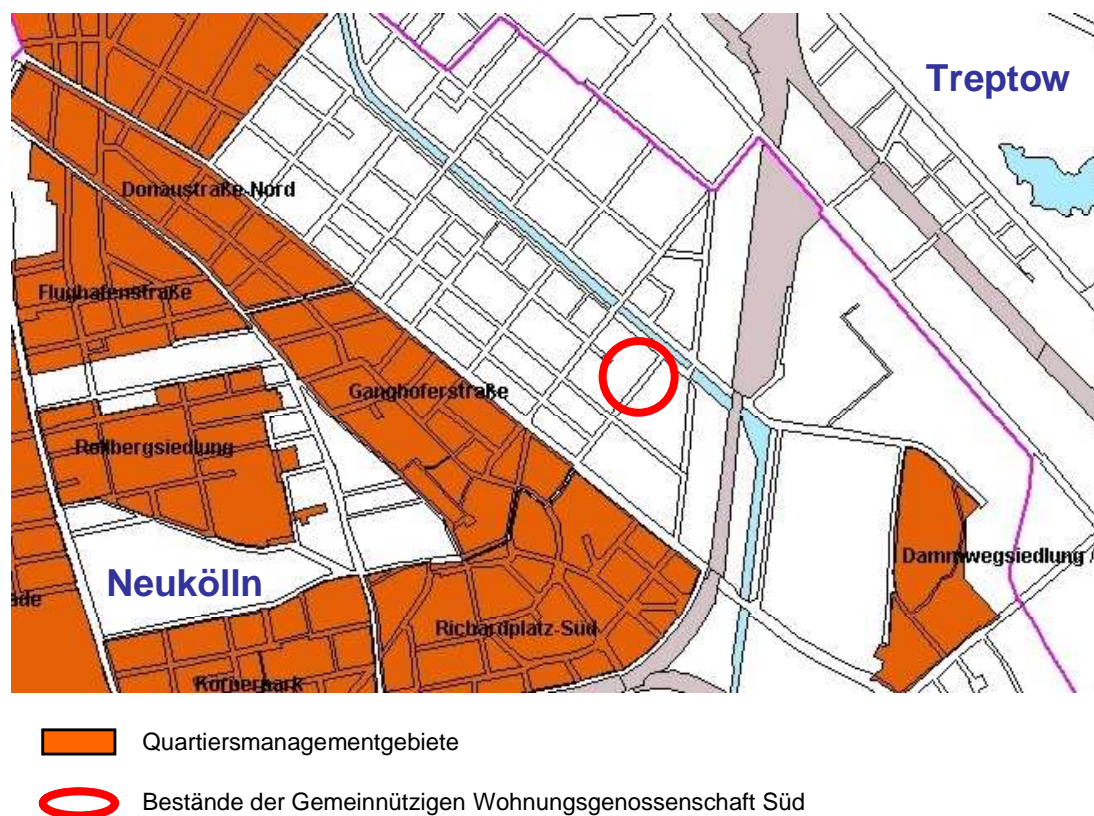
Abbildung 12: Umgebung des Siedlungsteils (Neuköllner Bauteil)

Quelle: Eigene Aufnahme 2009

Bei dem Quartier um das Weigandufer, zu dem auch die untersuchten genossenschaftlichen Bestände gehören, handelt es sich – bis auf einzelne Gewerbeeinheiten mit Kiosken – ausschließlich um ein Wohngebiet. Die Bebauung des Quartiers setzt sich aus gründerzeitlichen Altbauten, sozialem Wohnungsbau sowie Gebäuden aus den 1920er Jahren zusammen.

Das Quartier selbst gehört nicht zur Förderkulisse des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, während sich die umgebenden Quartiere süd-westlich des Neuköllner Schifffahrtskanals nahezu flächendeckend im Quartiersverfahren befinden. (vgl. Abbildung 13)

Abbildung 13: Bestände der GeWoSüd (Neuköllner Bauteil)



Quelle: Eigene Darstellung, Kartengrundlage: SFS 2009: o. S.

Im Quartier um das „Weigandufer“ hat 44% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Davon haben wiederum 24% eine türkische Migrationsgeschichte. Das Quartier zeigt sich hinsichtlich des Arbeitslosenanteils stabil. Dieser liegt im Berliner Durchschnitt.²⁹

6.2 Fallbeispiel II – kleine & junge Genossenschaft im Adalbertkiez (Kreuzberg)

Die eigentumsorientierte³⁰ Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ wurde 2000 gegründet. 2002 erwarben die Mieter der Siedlung „am Ostseeplatz“ in Berlin Prenzlauer Berg „ihre“ Wohn-

²⁹ Die Ausführungen basieren auf Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, berechnet auf Basis Daten der Bundesagentur für Arbeit für Planungsregion 08010405, in der die Bestände der GeWoSüd lokalisiert sind.

anlage aus den 1930er Jahren mit insgesamt 214 Wohneinheiten. 2004 kamen 19 Wohnungen der ehemals besetzten „Villa Felix“ in Friedrichshain hinzu. 2007 erweiterte die Wohnungsgenossenschaft ihr Engagement dann auf Kreuzberg und erwarb hier 15 Wohngebäude mit 190 Wohneinheiten. (vgl. Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ 2009: o. S.) Die Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ gehört damit zu den jungen und kleinen Genossenschaften. (vgl. Kapitel 3.3)

Da es sich bei dem Engagement in Kreuzberg um eine Bestandsübernahme – ein Selbstschutzprojekt – handelt, soll der Prozess kurz umrissen werden: Bereits 2001 plante die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) den Verkauf von 18 Wohngebäuden im Kreuzberger Südosten. Dabei wurden zunächst die Mieter nach ihrem Kaufinteresse befragt.³¹ Da die aktuellen Mieter entweder den Kauf finanziell nicht realisieren konnten und/oder kein Interesse daran hatten, wurde 2003 ein erstes Wohngebäude an einen Investor verkauft. In diesem Wohngebäude begann dann rasch eine „Entmietung“, in deren Rahmen Gruppen mit Kampfhunden durch das Haus zogen und ein neuer Hauswart eingestellt wurde, der speziell die nicht-deutschen Bewohner beschimpfte. Daraufhin „ist der Kiez aufgewacht“ (E1) und 2004 wurde die Bürgerinitiative „Waldekiez“ gegründet, die sich für eine bewohnerverträgliche Verkaufslösung einsetzte, woraufhin das Verkaufsverfahren von Neuem gestartet wurde. Zur Option stand die Überführung der Bestände in ein Stiftungsmodell sowie eine genossenschaftliche Lösung, die dann letztlich auch auf politischer Ebene befürwortet wurde. (vgl. E1) Der „Genossenschaftsprozess“ wurde dann in vier Wohngebäuden im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Potentiale genossenschaftlichen Wohnens“ begleitet. (vgl. BBR 2006: 22-29)

Die Kreuzberger Bestände der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ befinden sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg rund um die Adalbertstraße, zwischen dem Kottbusser Tor und dem Engeldamm, im westlichen Innenstadtbereich, im Südosten Kreuzbergs. Im Norden grenzt das Gebiet an den Bezirk Mitte. (siehe Abbildung 13) Bei den Beständen der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ handelt es sich ausschließlich um gründerzeitliche Altbauten. Zwar befinden sich die Gebäude überwiegend in der Adalbertstraße bzw. Adalbertstraße/Ecke Waldemarstraße (nur ein Gebäude befindet sich in der Naunynstraße, ein weiteres in der Sebastianstraße). Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Siedlungseinheit, sondern wie in der Mietskasernenbebauung üblich, um Gebäudekomplexe mit eigenen Innenhöfen. Die Innenhöfe sind recht unterschiedlich gestaltet. Alle verfügen jedoch über eine ausreichende Größe, um potentiell als Haustreffpunkt genutzt zu werden. (vgl. Abbildung 15) Allerdings befinden sich bisher nur in einzelnen Innenhöfen kommunikativ gestaltete Treffpunkte. Zur Genossenschaft gehört auch der Bewohnertreff in der Adalbertstraße/Ecke Waldemarstraße, für den zum Zeitpunkt dieser Unter-

³⁰ Eigentumsorientierte Wohnungsgenossenschaften bieten den Mitgliedern die Möglichkeit, Wohnungen der Genossenschaft zu erwerben. Hierfür müssen 50% der Mitglieder dem Verkauf der Wohnung zustimmen. (vgl. KÖNIG 2004: 84)

³¹ Beim Verkauf kommunaler Wohnungen in Berlin ist für die verkaufende Gesellschaft verpflichtend, den aktuellen Mietern ein Vorkaufsrecht einzuräumen. (E1)

suchung allerdings noch das Konzept erstellt wurde. Die genossenschaftlichen Bestände im Adalbertkiez sind äußerlich nicht von den sonstigen Wohnungsbeständen zu unterscheiden.

Abbildung 14: „Bewohnerleben“ in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ (Kreuzberger Bauteil)

Von links nach rechts: Kohlrabianbau im einem Innenhof/Adalbertstraße, Innenhof/Adalberstraße mit Gestaltungspotential, Außengestaltung einer Wohnungstür



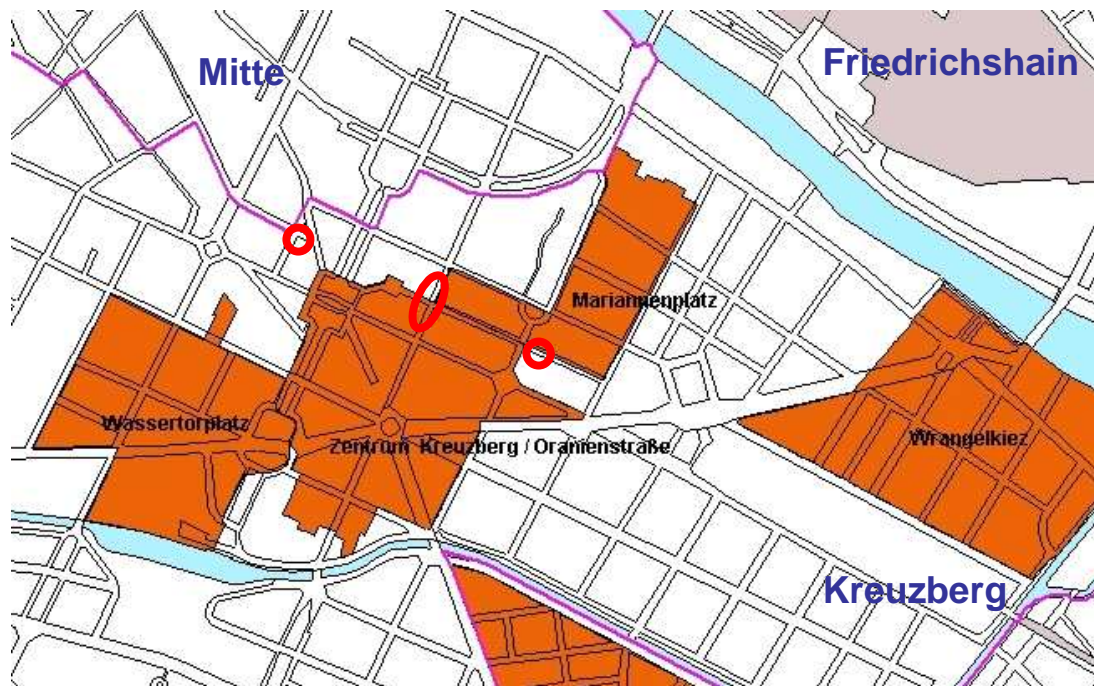
Quelle: Eigene Aufnahme 2009

Der überwiegende Teil der Bestände liegt in zwei Quartiersmanagementgebieten der Kategorie „starke Intervention“, den Quartiersmanagementgebieten „Zentrum Kreuzberg – Oranienstraße“ und „Mariannenplatz“. Die Grenze zwischen den beiden Gebieten bildet die Naunynstraße. Einzig ein Wohngebäude der Genossenschaft in der Sebastianstraße befindet sich nicht in einem Gebiet mit Quartiersverfahren. (vgl. Abbildung 15)

Das Gebiet ist durch die „Kreuzberger Mischung“ von Wohnen und Gewerbe gekennzeichnet. Der Kiez ist durch gastronomische und Freizeitangebote für verschiedene Zielgruppen, von jungen und alteingesessenen (Szene-)Treffs und Kneipen, über türkische Männercafés hin zu zahlreichen Wettbüros und Spielcasinos sehr belebt, ergänzt durch den Durchgangsverkehr, aber auch durch eine intensive Geräuschkulisse gekennzeichnet.

Das Gebiet gehört nach dem Sozialstrukturatlas 2008 zu den Gebieten mit räumlicher Problemverdichtung. Es ist durch eine hohe Arbeitslosigkeit von mehr als 18% gekennzeichnet. Es verzeichnet Wanderungsverluste vor allem bei Familien mit Kindern. (vgl. HÄUßERMANN et al. 2008: 28). Insgesamt ist es zwar ein Gebiet mit niedrigem sozialen Status, weist aber eine stabile Entwicklungstendenz auf. (vgl. ebd.: 15) Der Bevölkerungsanteil mit türkischem Pass liegt um die 40%. Der Anteil der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in dem Gebiet bei fast 70%. (vgl. VIEHMEYER et al. 2008: 5)

Abbildung 15: Bestände der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ (Kreuzberger Bauteil)



- Quartiersmanagementgebiete
- Bestände der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“

Quelle: Eigene Darstellung, Kartengrundlage: SfS 2009: o. S.

6.3 Zusammenfassung

Es wurden zwei Genossenschaftstypen und ihre räumliche Einbettung vorgestellt. Die beschriebenen Bauteile der mittelgroßen & alten und der jungen & kleinen Genossenschaft befinden sich in Quartieren mit einer hohen Konzentration ethnischer Minderheiten. Zugleich leben im „Adalbertkiez“ große Bevölkerungsanteile mit niedrigem sozialen Status. Das Quartier der GeWoSüd ist dagegen sozio-ökonomisch stabiler. Die Quartiere in direkter Nachbarschaft zählen allerdings zu den besonders benachteiligten und befinden sich deshalb in Quartiersverfahren. Diese Quartiereinbettungen mit hohen Konzentrationen ethnischer Minderheiten wurden gewählt, um die Umstände widerzuspiegeln, in denen Integration – wie bereits in Kapitel 2.3.1 erläutert – eine wichtige Rolle spielt.

7. Untersuchungsergebnisse

7.1 Befragungsergebnisse der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände

Die Ergebnisse der Befragung der Verbände BBU und PkmG fielen sehr gering aus. Sie im Folgenden entsprechend der Themenkomplexe strukturiert dargestellt:

Themenkomplex I: Rahmenbedingungen

- Unterstützung durch die Politik, Selbstverständnis des Verbandes, Beratungsangebote für Wohnungsgenossenschaften

Die Befragung der Verbände zu den Rahmenbedingungen ergab, dass die Förderbedingungen für Genossenschaften in Berlin generell schlecht beurteilt werden. Einzig der Bund fördere den Anteilswerb durch KfW-Darlehen. In beiden Verbänden gibt es kein eigenes Selbstverständnis/keine eigene Position zum interkulturellen Wohnen. Auch Beratungsangebote für Genossenschaften in diese Richtung gibt es nicht. Allerdings wurde der „Umgang mit Migranten“ (E3) schon einmal auf einem Kongress des BBU thematisiert. Vorrangig ging es dabei um Probleme zwischen den Kulturen.

Themenkomplex II: Erfahrungen

- Interesse von Wohnungsgenossenschaften an interkulturellem/integrativem Wohnen; welche Genossenschaften nehmen evtl. existierende Beratungsangebote wahr?

Das Interesse von Wohnungsgenossenschaften an interkulturellem/integrativem Wohnen wurde vom BBU als nicht vorhanden eingestuft. Vielmehr ginge es den Wohnungsgenossenschaften um ihre bestehende Bewohnerklientel, die vor allem durch einen hohen Anteil älterer Mitglieder gekennzeichnet ist. Migranten als zukünftige Zielgruppe kämen erst an „dritter Stelle“ (E3) wobei nicht erläutert wurde, wer an erster und zweiter Stelle käme. Auch Wohnungsgenossenschaften aus dem PkmG haben das Thema bisher nicht an den Verband herangetragen. Dementsprechend existieren auch keine Beratungsangebote für Genossenschaften in Bezug auf das interkulturelle/integrative Wohnen.

7.2 Befragungsergebnisse der Wohnungsgenossenschaften

Themenkomplex I: Rahmenbedingungen

- Selbstverständnis der Genossenschaft hinsichtlich interkulturellem/integrativem Wohnen

In beiden Genossenschaften gibt es kein explizites Selbstverständnis hinsichtlich des interkulturellen Wohnens. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wurden allerdings zwei türkischstämmige Mitarbeiter eingestellt, um die zweisprachige Kommunikation zu gewährleisten. Beide Ge-

nossenschaften betonen, dass es für sie keine Unterschiede zwischen deutschen und türkischen Haushalten gibt.

Themenkomplex II: Strategien zum interkulturellen Wohnen

- Wohnungsbelegungspraxis, Wohnungsvergabepraxis, Erfahrungen zu Wohnwünschen

In beiden Genossenschaften wird bei der Wohnungsbelegung auf eine kulturelle Mischung in den Häusern geachtet. Hierdurch sollen „rein türkische Häuser“ vermieden werden. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sind aber auch „rein deutsche Häuser“ nicht gewünscht. Die Wohnungsvergabe erfolgt in der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ nach einer Warteliste. Denjenigen, die am längsten Mitglied sind, wird als erstes die Wohnung angeboten. In der GeWoSüd sind bei der Wohnungsvergabe Kriterien wie Einkommen und Familiengröße (in Bezug auf eine Überbelegung der Wohnung) von Bedeutung. Dies heißt allerdings nicht, dass Menschen mit höheren Einkommen in der GeWoSüd generell bevorzugt werden. Von Bedeutung ist eher die „soziale Konstellation“ im Wohngebäude. Eine Konzentration sozial Schwacher in einzelnen Gebäuden soll vermieden werden.

Hinsichtlich der Wohnwünsche von Türken und Deutschen gaben beide Genossenschaften an, dass türkische Mitglieder gerne unter Deutschen wohnen und keineswegs nur mit Türken in einem Haus leben möchten. Zu den Wohnwünschen der deutschen Mitglieder hinsichtlich des Zusammenlebens mit türkischstämmigen Mitgliedern gab die GeWoSüd an, dass es große Unterschiede zwischen den Bauteilen gibt. Es „[...] kann gut nach Tempelhof oder nach Lankwitz vermittelt werden. Nach Steglitz gar nicht, wenn [...] da versucht würde, einen Türken, eine türkischstämmige Familien reinzusetzen, dann kann ich mich vor Protest nicht retten.“ (E2) In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ gibt es im Bauteil Kreuzberg keine Vorbehalte seitens der deutschen Bewohner gegenüber den Türken. „Allerdings gibt es schon Vorbehalte und zwar bei der Ursprungsgenossenschaft am Ostseeplatz. Hier lebt eine sehr konservative Klientel in der Peripherie von Prenzlauer Berg. [...] Alteingesessene, konservative, ältere Prenzlberger, die selbstverständlich ein Problem damit haben, dass wir jetzt 50 Kreuzberger Mitglieder und eine Mitarbeiterin, die ein Kopftuch trägt, haben.“ (E1)

Themenkomplex III: Nachbarschaften und Beteiligung

- Türkischstämmige und deutsche Bewohner: Schwierigkeiten und positive Erfahrungen im Zusammenleben, Erfahrungen zur Beteiligung von Migranten in den genossenschaftlichen Gremien

In der GeWoSüd sind nachbarschaftliche Konflikte zwischen deutschen und türkischen Familien bekannt. Dabei geht es v.a. um Kinderlärm. Diese Konflikte sind allerdings recht selten. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ gibt es nach Angaben der Vertreter keine Probleme.

Maßnahmen zur Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen gibt es nur in der GeWoSüd. Zum einen gibt es jährlich ein Nachbarschaftsfest im Sommer. Die Beteiligung beider Kulturen ist hoch. Die Genossenschaft kauft dafür jährlich einen neuen Grill für die türkischen Mitglieder, um jeglichen Kontakt mit Schweinefleisch auszuschließen. Darüber hinaus stellt die GeWoSüd das noch betriebene Waschhaus für nachbarschaftliche Aktivitäten zur Verfügung und unterstützt auch spontan entstehende Gruppen. So wurde z.B. ein Herd angeschafft, als im Bauteil die Idee aufkam, regelmäßige Kochtreffen zu organisieren. Weiterhin wird eine ebenfalls spontan entstandene Mädchen-Tanzgruppe mit Sportkleidung ausgestattet. Zudem hat die Genossenschaft einen Deutschkurs für Türkinnen – der ehrenamtlich von einem Mitglied organisiert wurde – sehr begrüßt, wertgeschätzt und die Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung gestellt. (vgl. Abbildung 11) Die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ ist zwar offen für nachbarschaftliche Aktivitäten und wäre auch bereit, diese zu unterstützen, wird dafür aber nicht die Initiative ergreifen.

Die Beteiligung der Mitglieder an den jährlichen Mitgliederversammlungen ist sowohl aus dem Neuköllner Bauteil der GeWoSüd als auch aus dem Kreuzberger Bauteil der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ nach Angaben der Vertreter der Wohnungsgenossenschaften sehr gering. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen den Kulturen. In beiden Genossenschaften existieren keine Konzepte, um die Beteiligung an den verfassten Gremien zu erhöhen.

7.3 Befragungsergebnisse der Genossenschaftsmitglieder

In diesem Kapitel werden zunächst die Befragungsteilnehmer hinsichtlich demographischer Merkmale charakterisiert und die Ergebnisse der Befragung entlang der Integrationsebenen Platzierung (Wohnsicherheit und Wohnqualität), Interaktion (Nachbarschaftliche Beziehungen), rechtlich-politische Integration (Partizipation) und Identifikation (Identifikation mit den genossenschaftlichen Werten) ausgewertet

7.3.1 Charakterisierung der Befragungsteilnehmer

In der GeWoSüd wurden insgesamt 78 Mitglieder befragt. Davon waren 46% Deutsche, 45% hatten einen türkischen und 9% einen anderen Migrationshintergrund. Die Gruppe mit anderen Migrationshintergründen soll im weiteren Verlauf nicht in die Auswertung einbezogen werden. (vgl. Tabelle 15)

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wurden insgesamt 25 Mitglieder befragt. 48% davon waren Deutsche, 52% türkischstämmig. (vgl. Tabelle 15) **Um den Vergleich zur GeWoSüd zu erleichtern, werden auch die auf geringen Fallzahlen basierenden Ergebnisse für die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ in Prozentangaben dargestellt. Die zugrunde liegenden geringen Fallzahlen sind bei allen folgenden Ergebnissen zu beachten.**

Tabelle 12: Befragte Teilnehmer nach Wohnungsgenossenschaft und ethnischem Hintergrund

Genossenschaft		Deutsche	Türken	Andere Nationalität	Gesamt
GeWoSüd	Anzahl	36	35	7	78
	Anteil der Befragten	46,2%	44,9%	9%	100%
"am Ostseeplatz"	Anzahl	12	13	0	25
	Anteil der Befragten	48%	52%	0%	100%
Gesamt	Anzahl	48	48	7	103
	Anteil der Befragten	46,6%	46,6%	6,8%	100%

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In der GeWoSüd wurden ca. 17% der im Neuköllner Bauteil lebenden deutschen Haushalte sowie ca. 57% der hier lebenden türkischstämmigen Haushalte befragt. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ nahmen 32% der deutschen und 93% der türkischen Mitglieder an der Befragung teil³². (vgl. Tabelle 16) **Bei allen nachstehenden Ergebnissen zur Genossenschaft „am Ostseeplatz“ ist zu bedenken, dass zehn der türkischen (77%) und fünf der deutschen (42%) Mitglieder bereits in ihrer jetzigen Wohnung lebten, bevor die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die Bestände erwarb.**

Tabelle 13: Anteil der Teilnehmer an allen Bewohnern nach Wohnungsgenossenschaft und ethnischem Hintergrund

	Deutsche insgesamt	Befragte Deutsche	Befragte Deutsche in Prozent	Türken insgesamt	Befragte Türken	Befragte Türken in Prozent	Andere Nationalitäten	Befragter anderer Nationalitäten
GeWo Süd	210 ^{b)}	36 ^{b)}	17,1%	62 ^{b)}	35 ^{b)}	56,5%	10 ^{b)}	7
"am Ostseeplatz"	37 ^{a)}	12 ^{a)}	32,4%	14 ^{a)}	13 ^{a)}	92,9%	k. A.	k. A.
a) Angaben beruhen auf einer Auswertung der Nachnamen der Ankündigungsschreiben für die Befragung								
b) Angaben beruhen auf der Auswertung der „Klingelschilder“ nach den Nachnamen								

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Zur Charakterisierung der Teilnehmer wurden auch einige demographische Merkmale abgefragt: Bezüglich der aktuellen *beruflichen Situation* sind in der GeWoSüd bei den Türken un-/angelernte Arbeiter und Hausfrauen/-männer häufiger vertreten als bei den Deutschen. Bei den Deutschen ist dagegen der Anteil an Rentnern deutlich höher als bei den Türken.

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sind die Unterschiede zwischen den befragten Deutschen und Türken größer, was die berufliche Stellung betrifft. Während es keine un-/angelernten Arbeiter und Facharbeiter unter den Deutschen gibt, sind dies bei den Türken fast ein Drittel. Deutsche in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sind häufiger mittlere/höhere Angestellte und

³² Im Zuge des „Genossenschaftsprozesses“, in dessen Rahmen die Kreuzberger Bestände von der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ erworben wurden, mussten die Bewohner nicht zwangsläufig auch Mitglieder der Genossenschaft werden. So ist ein Großteil der Bewohner bis heute noch nicht Genossenschaftsmitglied.

selbstständig als Türken. Während 15% der Mitglieder mit türkischem Migrationshintergrund arbeitslos sind, trifft dies auf kein deutsches Mitglied zu. Der größte Unterschied zwischen den beiden Gruppen besteht in den Anteilen der Studierenden. 42% der deutschen Mitglieder sind Studenten, während nur 15% der türkischen Mitglieder studieren. Z.T. scheinen die Unterschiede zwischen den Genossenschaften größer als zwischen den Nationalitäten. Hierbei ist aber insgesamt zu bedenken, dass sich bei den Mitgliedern der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ zwölf bzw. 13 Befragte auf elf Merkmale verteilen. (Vgl. Tabelle 17)

Tabelle 14: Berufliche Stellung der türkischstämmigen und deutschen Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften

	GeWoSüd		„am Ostseeplatz“	
	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken
Un-/Angelernte Arbeiter	0%	5,7%	0%	7,7%
Facharbeiter	2,8%	20%	0%	23,1%
Einfache Angestellte	25,7%	25,0%	0%	0%
Mittlere/-höhere Angestellte	11,1%	11,4%	25%	15,4%
Beamter	0%	0%	0%	0%
Selbstständige	2,8%	2,9%	33,3%	23,1%
Hausmann/Hausfrau	0%	11,4%	0%	0%
Arbeitslos	13,9%	11,4%	0%	15,4%
Rentner	41,7%	5,7%	0%	0%
Student	2,9%	2,9%	41,7%	15,4%
Elternzeit	2,9%	0%	0%	0%
N	36	35	12	13

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Bei der Verteilung der *Einkommen* zeigt sich, dass die türkischen Mitglieder in beiden Genossenschaften in den unteren Einkommensgruppen stärker als deutsche Mitglieder vertreten sind. In den höheren Einkommensgruppen ist der Anteil der Deutschen höher. (vgl. Tabelle 18)

Tabelle 15: Haushaltsnettoeinkommen nach Wohnungsgenossenschaften und ethnischen Hintergrund

Haushaltsnettoeinkommen	GeWoSüd		"am Ostseeplatz"	
	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken
Unter 1000 €	22,2%	22,9%	25%	33,3%
1000 bis unter 1500 €	52,8%	42,9%	41,7%	41,7%
1500 bis unter 2000 €	11,1%	28,6%	8,3%	25%
2000 bis unter 2500 €	11,1%	5,7%	16,7%	0%
2500 € und mehr	2,8%	0%	0%	0%
N	36	35	11	12

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Auch bei der *Wohnsituation* gibt es einige Unterschiede zwischen den Gruppen. So leben in der GeWoSüd mehr als doppelt so viele deutsche wie türkische Singlehaushalte. Die Türken leben dafür häufiger zusammen mit ihrer Familie in einer Wohnung. Ursächlich hierfür könnte die unterschiedliche Altersstruktur sein. So gibt es in der GeWoSüd z.B. bei den Deutschen achtmal mehr Rentner als bei den Türken.

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ leben fast 40% der befragten türkischen Haushalte als Partnerschaft zusammenlebend ohne Kinder, während dies bei den Deutschen auf keinen Haushalt zutrifft. Die türkischen Paare ohne Kinder sind vor allem ältere Bewohner, deren Kinder schon aus gezogen sind und junge Paare, die noch keine Kinder haben. Es leben die Hälfte der deutschen Haushalte in einer Wohngemeinschaft und kein türkischer Haushalt. (vgl. Tabelle 19) Generell gibt es in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ mehr Haushalte mit Kindern als in der GeWoSüd. Dies ist vermutlich auch auf die Wohnungsstruktur zurückzuführen. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ gibt es großzügige Altbauwohnungen der Gründerzeit, während die Bebauung in der GeWoSüd aus dem 1920er und 1950er Jahren stammt, als die Wohnfläche – aus heutiger Sicht – sehr knapp bemessen wurde, sodass die Wohnungen heute vielfach nicht mehr als familiengerecht gelten.

Tabelle 16: Wohnsituation nach Wohnungsgenossenschaften und ethnischem Hintergrund

	GeWoSüd		„am Ostseeplatz“	
	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken
Allein lebend (Single)	69,4%	31,4%	16,7%	15,4%
Zusammenlebend als Partnerschaft ohne Kinder	22,2%	28,6%	0%	38,5%
Zusammenlebend als Partnerschaft mit Kindern	5,6%	37,1%	33,3%	30,8%
Allein erziehend	2,8%	1,9%	0%	15,4%
Wohngemeinschaft	0%	0%	50%	0%
N	36	35	12	13

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In die weitere Betrachtung der Ergebnisse können die beschriebenen demographischen Merkmale (Wohnsituation, beruflicher und Bildungsstatus, Einkommen) aufgrund der geringen Fallzahlen nicht einbezogen werden, weil dies nicht zu aussagekräftigen Ergebnissen führt. Die Ergebnisse werden aber durch Informationen auf Basis der spontan während der Befragung entstandenen Gespräche angereichert.

Bei der Bewertung der Integrationspotentiale von Genossenschaften im Vergleich zur vorherigen Wohnform³³ muss im Folgenden berücksichtigt werden, dass Informationen über moderierende Variablen wie z.B. über die Lage oder auch Qualität der vorherigen Wohnform, die vorherige nachbarschaftliche Gemeinschaft und auch individuelle Aspekte der Mitglieder u.v.m. nicht bekannt sind und daher nicht in die Auswertung der Ergebnisse einbezogen werden konnten.

7.3.2 Wohnsicherheit und Wohnqualität

Die Bewohner wurden im Themenkomplex *Wohnsicherheit und Wohnqualität* nach folgenden Aspekten befragt:

³³ Nur diejenigen, die nach 2000 in die jetzige Wohnung einzogen, wurden um die Bewertung der vorherigen Wohnform gebeten.

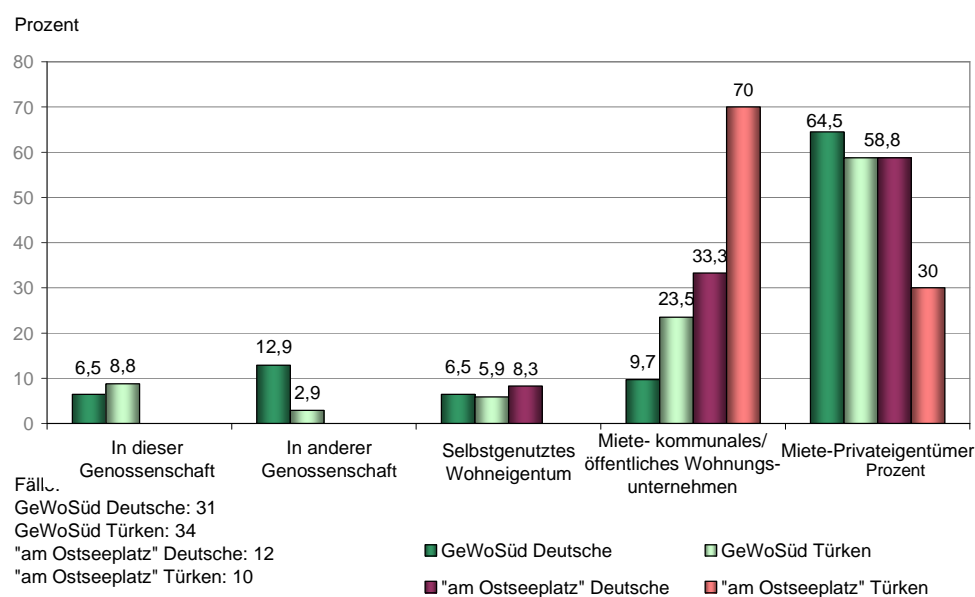
- Art der vorherigen Wohnform
- Genutzte Informationswege für den Bezug der Genossenschaftswohnung
- Vorbehalte gegenüber dem genossenschaftlichen Wohnen
- Finanzierung der Genossenschaftsanteile
- Wohnzufriedenheit in der Wohnungsgenossenschaft und der vorherigen Wohnung
- Bedeutung der Wohnsicherheit in Wohnungsgenossenschaften

(vgl. Anhang B)

Vorherige Wohnform

In der GeWoSüd lebten die meisten deutschen und türkischen Bewohner zuvor in einem privaten Mietverhältnis. Unterschiede in der vorherigen Wohnform gab es bei den Befragten, die zuvor in kommunalen/öffentlichen Wohnungsunternehmen lebten. Es wohnten mehr als doppelt so viele Türken zuvor in einem kommunalen/öffentlichen Wohnungsunternehmen wie Deutsche. Deutsche lebten dagegen häufiger schon vorher in einer Genossenschaft. Ein geringer Anteil Deutscher und Türken lebte zuvor im selbstgenutzten Wohneigentum. (vgl. Abbildung 16) Die türkischen Befragten wohnten dabei zuvor bei ihren Eltern. Die befragten Deutschen lebten z.T. bei den Eltern. Einige verließen das selbstgenutzte Wohneigentum aber auch nach einer Scheidung.

Abbildung 16: Letzte Wohnform vor dem Umzug in die Wohnungsgenossenschaft



Quelle: Eigene Erhebung 2009

Auch in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ lebten deutlich mehr Türken zuvor in einem kommunalen/öffentlichen Wohnungsunternehmen als Deutsche. Diese hohen Anteile sind dadurch zu erklären, dass die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die kommunalen Wohnungsbestände übernahm (vgl. Kapitel 6.2) und die Bewohner schon vor der Übernahme der Bestände in ihrer jetzigen Wohnung lebten. Die Mehrheit der Deutschen, aber nur knapp ein Drittel der Türken lebte davor in einer privaten Mietwohnung. Lediglich ein Deutscher war aus dem selbstgenutzten

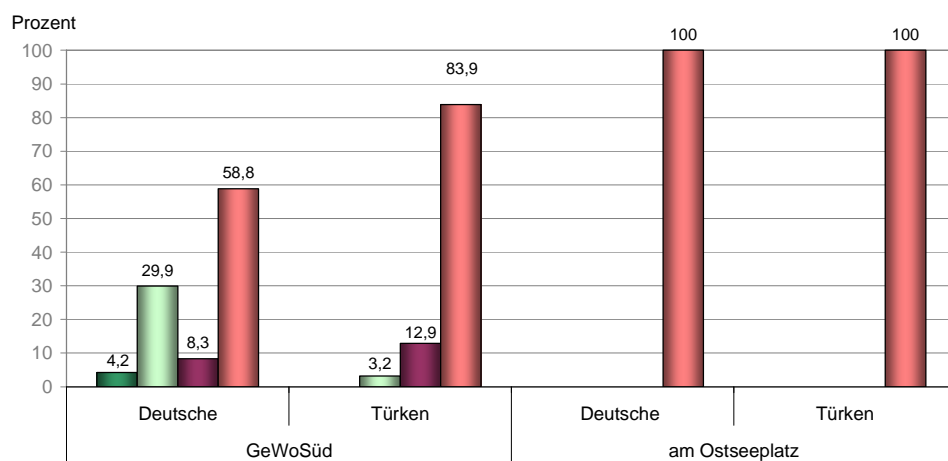
Wohneigentum in die Genossenschaft gezogen. Keiner der befragten Bewohner in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ lebte vorher in einer Genossenschaft.

Genutzte Informationswege für den Bezug der Genossenschaftswohnung

Für die Mitglieder beider Genossenschaften haben die Informationen über das persönliche Netzwerk die größte Bedeutung. Zeitgenössische Informationswege wie das Internet sind dagegen unterrepräsentiert.

In der GeWoSüd nutzten die Deutschen diversifizierte Informationswege zum Bezug der Genossenschaftswohnung. Die größten Unterschiede gab es in der Nutzung des Internets. Fast zehnmal häufiger nutzten deutsche Mitglieder das Internet als Türken.

Abbildung 17: Informationswege für den Bezug der Genossenschaftswohnung



Fälle:

GeWoSüd Deutsche: 24

GeWoSüd Türken: 31

"am Ostseeplatz" Deutsche: 7

"am Ostseeplatz" Türken: 3

■ Zeitungsanzeige

■ Internet

■ Schaukasten

■ Information durch Bekannte

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ erfuhren alle neu hinzugezogenen Bewohner über Bekannte von der Wohnung. (vgl. Abbildung 17)

Die „wenig zeitgenössischen Informationswege“ liegen – zumindest z.T. – in den Vermarktungsstrategien beider Genossenschaften begründet. Da es in beiden Bauteilen keine vermarktungsbedingten Leerstände gibt und die Nachfrage nach Wohnungen größer als das Angebot ist, musste die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ bislang keine öffentlichen Vermarktungswege nutzen und auch die GeWoSüd greift nur in Ausnahmefällen, wenn bei den auf der Warteliste vermerkten Mitgliedern kein Interesse an einer Wohnung besteht, darauf zurück.

Vorbehalte gegenüber dem genossenschaftlichen Wohnen

Insgesamt hatten Türken etwas häufiger Vorbehalte gegenüber der genossenschaftlichen Wohnform als Deutsche. Zudem verfügten sie seltener über Informationen über die Wohnform.

In der GeWoSüd hatte der weit überwiegende Teil der Deutschen (94%) und die Mehrheit der Türken (ca. 60%) keine Vorbehalte gegenüber dem genossenschaftlichen Wohnen. Nur wenige Deutsche (7%), aber ein größerer Anteil unter den türkischen Teilnehmern (27%) hatten zwar keine Vorbehalte gegenüber dem Wohnen in einer Genossenschaft, wussten aber auch nicht, was eine Genossenschaft ist. Der Anteilserwerb verunsicherte zunächst zwar nur einen sehr geringen Anteil der Deutschen (3%), Türken begegneten dem Anteilserwerb dagegen häufiger mit Skepsis (15%). Befürchtungen vor der Verpflichtung aktiver Einbringung waren bei den Deutschen und Türken gleichermaßen gering vertreten. Kein türkischer Haushalt hatte Vorbehalte aufgrund des schlechten Rufs von Genossenschaften in der Türkei³⁴. (Fälle: GeWoSüd Deutsche: 31, Türken: 33)

Auch in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ hatten große Mehrheiten der deutschen (90%) und türkischen Befragten (68%) keine Vorbehalte gegenüber dem genossenschaftlichen Wohnen. Kein Deutscher, aber eine Gruppe von Türken (17%) hatte zwar keine Vorbehalte, wusste aber auch nicht, was eine Genossenschaft ist. Gleiche Anteile Deutscher und Türken (ca. 10%) irritierte zunächst der Anteilserwerb, der in der kleinen & jungen Genossenschaft allerdings auch recht hoch dotiert war. (vgl. Tabelle 20) Kein Deutscher nur wenige Türken (8%) befürchteten das Erfordernis einer „aktiven Einbringung“ in die Genossenschaft. Kein Türke gab an, der schlechte Ruf von Genossenschaften in der Türkei habe zur Skepsis gegenüber deutschen Genossenschaften geführt. Vielmehr kommentierten Türken hierzu, dass sie dem deutschen Staat und Rechtssystem vertrauen und in Deutschland keine Unregelmäßigkeiten befürchten. (Fälle: „am Ostseeplatz“ Deutsche: 10, Türken: 12)

Höhe und Finanzierung der Genossenschaftsanteile

Die Höhe der Genossenschaftsanteile wird in beiden Genossenschaften bezogen auf die Wohnfläche berechnet. (vgl. Tabellen 20 und 21)

In der GeWoSüd liegt die Anteilshöhe deutlich unter dem Preis der in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ für die Mitgliedschaft aufgewendet werden muss und beträgt in etwa die Aufwendung, die i.d.R. auch als Kautions (drei Nettokaltmieten) hinterlegt werden muss. Ursächlich für die verschiedenen hohen Aufwendungen ist der bereits in den Kapiteln 3.3 und 3.5 beschriebene unterschiedliche „Kapitalstock“ alter und junger Genossenschaften. In jungen Genossenschaften müssen höhere Kosten für den Anteilserwerb aufgewendet werden, weil die Bestände oft noch mit Schulden belastet sind, während die Bestände alter Genossenschaft meist schuldenfrei sind.

³⁴ Im „Genossenschaftsprozess“ der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wurde der schlechte Ruf von Genossenschaften in der Türkei im Vorfeld als Hindernis für den Beitritt der Türken bewertet. Um sich über Genossenschaften in der Türkei zu informieren, wurde im Rahmen von ExWoSt eine mehrtägige Exkursion für den Vorstand, die begleitende Wissenschaftlergruppe und Vertreter des BBR nach Istanbul finanziert. Hier informierte sich die Gruppe über „Kooperativ“ in der Türkei, um auf den Informationsveranstaltungen für die türkischen Bewohner ggf. die deutschen Genossenschaften von den türkischen gezielter abgrenzen zu können. (E1)

Tabelle 17: Genossenschaftsanteile in EUR pro Wohneinheit

	GeWoSüd		„am Ostseeplatz“	
	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken
Minimum	450 EUR	450 EUR	1.500 EUR	1.650 EUR
Maximum	3.000 EUR	1.600 EUR	5.000 EUR	6.760 EUR
Mittelwert	1.075 EUR	973 EUR	2.700 EUR	3.900 EUR

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Zwar bewohnen Türken in beiden Genossenschaften weniger Wohnfläche pro Person als Deutsche (vgl. Tabelle 21); die türkischen Haushalte insgesamt bewohnten allerdings, zumindest in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“, größere Wohnungen, so dass dementsprechend auch die gezahlten Anteile bei den Türken höher als bei den Deutschen sind. (vgl. Tabellen 20 und 21)

Tabelle 18: Durchschnittliche Wohnfläche pro Person

	GeWoSüd		„am Ostseeplatz“	
	Deutsche	Türken	Deutsche	Türken
Wohnfläche/Person in m ²	45	29	37	34
N	36	35	9	13

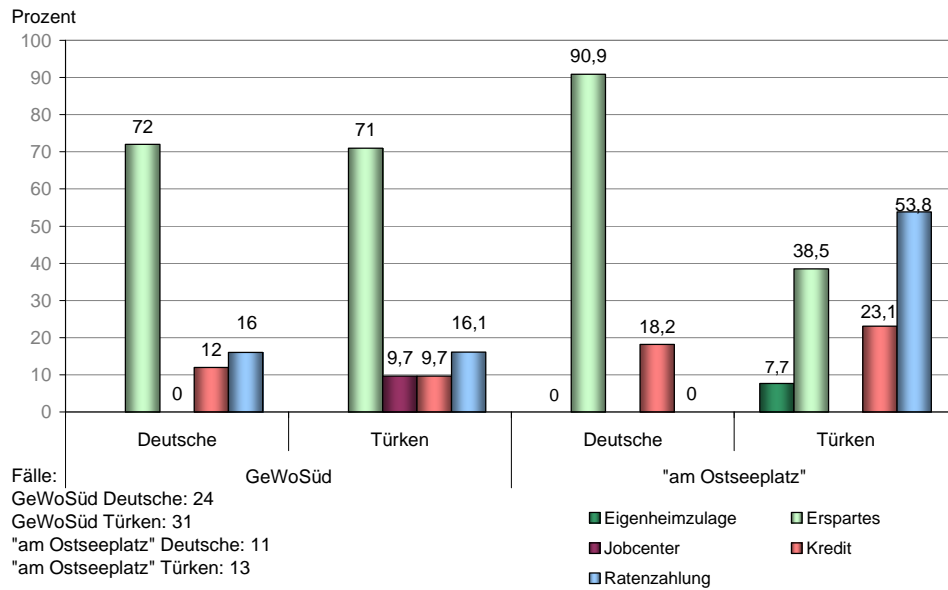
Quelle: Eigene Erhebung 2009

Bei der Finanzierung der Genossenschaftsanteile zeigt sich, dass die Finanzierungsarten in GeWoSüd bei den Deutschen und Türken nahezu identisch sind. Einziger Unterschied ist, dass rund 10% der Türken zum Erwerb der Genossenschaftsanteile einen zinslosen Kredit des Jobcenters in Anspruch nahmen. Der überwiegende Teil der Mitglieder finanzierte die Anteile jedoch über Ersparnisse. (vgl. Abbildung 18)

Die Finanzierung der Anteile bei der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ unterscheidet sich davon. Fast alle Deutschen (91%) finanzierten die Anteile über Ersparnisse, wohingegen es bei den Türken lediglich 39% waren. In beiden Gruppen kamen auch Kredite bei Freunden oder einer Bank zum Tragen. Nur wenige Türken nahmen die bis 2005 gewährte Eigenheimzulage³⁵ in Anspruch. Die Mehrheit der türkischen Mitglieder vereinbarte eine Ratenzahlung an die Genossenschaft, während dies kein deutsches Mitglied tat. (vgl. Abbildung 18) Die Ergebnisse zeigen, dass die „hohen“ Genossenschaftsanteile der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ von durchschnittlich 3.900 Euro (vgl. Tabelle 20) eine größere Finanzierungshürde für türkische als für deutsche Bewohner darstellten.

³⁵ Für den Erwerb von Anteilen an neu gegründeten oder eigentumsorientierten Genossenschaften konnte die staatliche Eigenheimzulage in Anspruch genommen werden.

Abbildung 18: Finanzierung der Genossenschaftsanteile

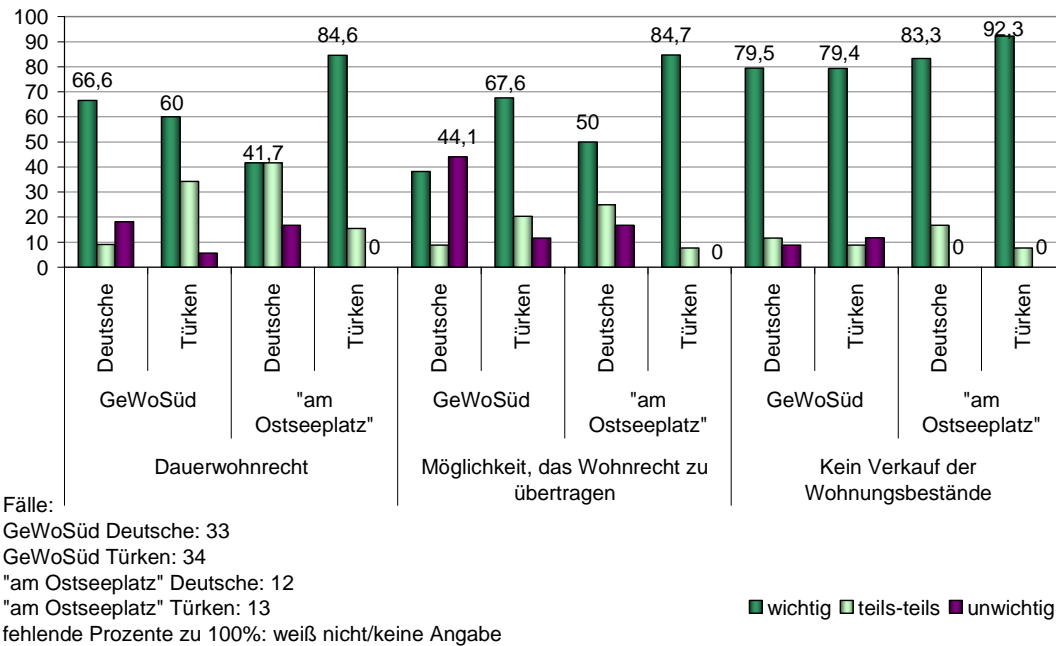


Quelle: Eigene Erhebung 2009

Bedeutung der Wohnsicherheit

Zur Messung der Bedeutung der Wohnsicherheit sollten die Befragungsteilnehmer die Aspekte: *Dauerwohnrecht, Möglichkeit, das Wohnrecht zu übertragen und Ausschluss des Verkaufs der Wohnungsbestände* hinsichtlich ihrer Wichtigkeit bewerten.

Abbildung 19: Bedeutung der Wohnsicherheit



Quelle: Eigene Erhebung 2009

Bis auf das Dauerwohnrecht in der GeWoSüd sind die Aspekte der Wohnsicherheit den türkischen Mitgliedern insgesamt wichtiger als den deutschen. (vgl. Abbildung 19)

Durchgängig sind den Mitgliedern der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ Aspekte der Wohnsicherheit etwas wichtiger als den Mitgliedern der GeWoSüd. Eine Ausnahme ist die Bedeutung des *Dauerwohnrechts* und die *Übertragungsmöglichkeit des Wohnrechts* bei den Deutschen in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. Diese leben allerdings auch seltener als alle anderen befragten Bewohnergruppen im Familienverbund. Möglicherweise haben diese Bereiche der Wohnsicherheit deshalb eine geringere Bedeutung für sie. Diese beiden Aspekte der Wohnsicherheit treten dagegen bei den türkischen Mitgliedern „am Ostseeplatz“ im Vergleich mit den anderen Bewohnergruppen besonders hervor. Ihnen scheint es wichtig zu sein, dauerhaft in der Wohnung zu verbleiben und auch das Wohnrecht z.B. an ihre Kinder übertragen zu können. Gerade die *Übertragungsmöglichkeit des Wohnrechts* ist dagegen für große Teile der deutschen Bewohner in der GeWoSüd unwichtig. Insbesondere viele ältere Bewohner sagten, dass es für sie keine Bedeutung mehr hat, weil ihre Kinder ohnehin woanders leben möchten. Diese Erkenntnisse dürften für die Genossenschaften zukünftig besonders interessant werden, da die Rekrutierung neuer Mitglieder aus dem Familienverbund bei Deutschen offensichtlich eine geringere Rolle als bei Türken spielt. (vgl. Abbildung 19)

Wohnzufriedenheit in der Wohnungsgenossenschaft und in der vorherigen Wohnung

Zur Ermittlung der Wohnzufriedenheit wurden die Teilnehmer nach Ihren Umzugsabsichten sowie nach der Bewertung verschiedener Parameter zur Charakterisierung des *Wohngebiets*, des *Wohnumfelds* und der *Wohnung* (jeweils vorherige und jetzige Situation) befragt. (vgl. Anhang B) Die Bewertung des Wohngebiets, des -umfelds bzw. der Wohnung wurden nach verschiedenen Maßen der deskriptiven Statistik ausgewertet. Des Weiteren wurde überprüft, ob es zwischen der Bewertung der vorherigen und jetzigen Wohnform signifikante Unterschiede³⁶ gibt.

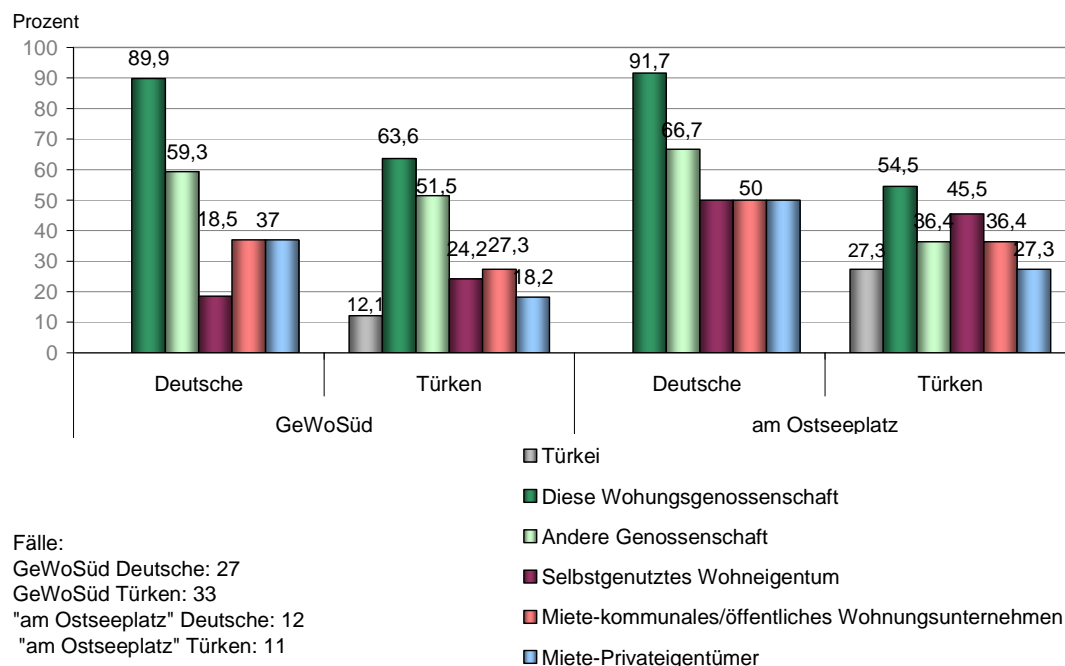
Umzugsabsichten und bevorzugte „zukünftige“ Wohnform

Zwar planen nur wenige Befragte in der GeWoSüd und in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ innerhalb der kommenden Jahre umzuziehen. Im Falle eines Umzugs ist die Bindung der deutschen Bewohner an die Genossenschaft allerdings größer als bei den Türken. Den Umzug in eine *andere Genossenschaft* können sich deutsche Bewohner ebenfalls häufiger vorstellen als türkische. Dies ist insofern erstaunlich, als dass die Wohnsicherheit durch die Genossenschaft von türkischen Mitglieder häufiger als wichtig erachtet werden als von deutschen. (vgl. Abbildung 20)

³⁶Signifikante Unterschiede beschreiben bedeutsame Unterschiede zwischen verschiedenen Messzeitpunkte und/oder verschiedenen Messgruppen. Ein signifikanter Unterschied bedeutet, dass Unterschiede bei den Messergebnissen nicht zufällig, sondern systematisch sind. In dieser Arbeit ist das Signifikanzniveau bei 0,05 bzw. 0,01 angesetzt. Das heißt, dass die Messergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% (signifikant (*)) bzw. 1% (hochsignifikant (**)) verschieden sind, sofern die Ergebnisse der Tests unter/gleich 0,05 bzw. 0,01 liegen. Bei signifikanten Ergebnissen wird die H_0 Hypothese: „Die Unterschiede sind zufällig abgelehnt“ und die Alternativhypothese H_A : „Die Unterschiede sind systematisch besser/schlechter“ wird angenommen. (vgl. BORZT 2005: 113f.)

Abbildung 20: Bevorzugte Wohnform im Falle eines Umzuges

(Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Eigene Erhebung 2009

Beim Wechsel ins *selbstgenutzte Wohneigentum* gibt es nur sehr geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Türken. Vielmehr bestehen die Unterschiede hier zwischen den Genossenschaften. In der GeWoSüd kann sich nur jeder fünfte Bewohner vorstellen, ins Wohneigentum zu ziehen, während es sich die Hälfte der Bewohner in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ vorstellen kann. (vgl. Abbildung 20) Hierzu erwähnten sowohl deutsche als auch türkische Befragte in der GeWoSüd, dass sie zwar grundsätzlich auch den Wunsch hätten, Eigentum zu erwerben, aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse hierfür aber keine Realisierungschancen sehen. Für die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ ist hinzuzufügen, dass es sich um eine eigentumsorientierte Genossenschaft handelt, weshalb für Mitglieder grundsätzlich die Option besteht, eine Wohnung in der Genossenschaft zu erwerben. Dies hat möglicherweise Auswirkungen auf den Wunsch nach Wohneigentum, weil es sich hierdurch „unkompliziert“ realisieren lässt und darüber hinaus sogar die jetzige Wohnung erworben werden kann.

Insgesamt sind im Falle eines Umzuges die Wohnformen *selbstgenutztes Wohneigentum* sowie *Wohnen zur Miete beim Privateigentümer* und im *kommunalen/öffentlichen Wohnungsunternehmen* gegenüber dem *Wohnen in Genossenschaften* unterrepräsentiert, bei Türken aber immer noch beliebter als bei den Deutschen. 12% der Türken in der GeWoSüd und 27% in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ antworteten auf diese Frage nicht, weil sie ihre Zukunft in der Türkei sehen. (vgl. Abbildung 20)

Bewertung des direkten Wohnumfelds der Wohnungsgenossenschaft im Vergleich zum Wohngebiet

Zur Bewertung des Wohnumfelds der Genossenschaft und des Wohngebietes konnten die Bewohner verschiedene Parameter wie z.B. die Pflege der Grün- und Freiflächen bewerten. (vgl. Anhang B)

Tabelle 19: Bewertung: Wohnumfeld der Genossenschaft und Wohngebiet

	GeWoSüd			
	Deutsche		Türken	
	Wohngebiet	Wohnumfeld	Wohngebiet	Wohnumfeld
Mittelwert ³⁷	3,2	2,2	2,7	2,1
N	34	35	34	34
Signifikanz nach Wilcoxon-Test ³⁸	0,000**		0,001**	
	„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken	
	Wohngebiet	Wohnumfeld	Wohngebiet	Wohnumfeld
Mittelwert	2,6	2,0	3,0	2,8
N	11	11	13	13
Signifikanz nach Wilcoxon-Test	0,04*		0,580 n.s.	
Notenskala: 1= sehr gut bis 6= schlecht				

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In der GeWoSüd wird das direkte Wohnumfeld der Genossenschaft sowohl von den Deutschen als auch von den Türken durchschnittlich besser als das allgemeine Wohngebiet bewertet. Insgesamt bewerten die Deutschen das Wohngebiet etwas schlechter als die Türken. Für beide Gruppen unterscheidet sich das Wohnumfeld der GeWoSüd hochsignifikant vom Wohngebiet. (vgl. Tabelle 22)

Auch in der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“ wird das Wohnumfeld sowohl von den Deutschen als auch von den Türken besser als das Wohngebiet bewertet. Die Unterschiede sind allerdings gering. Hierbei ist hinzuzufügen, dass die Standardabweichung bei der durchschnittlichen Bewertung des Wohnumfelds bei den Türken um 1,2 Noten streut.

Während sich aus Sicht der Deutschen in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ das Wohnumfeld der Genossenschaft signifikant vom Wohngebiet unterscheidet ist dies nach Ansicht der Türken nicht so. (vgl. Tabelle 24)

³⁷ Aus mathematischer Sicht ist die Berechnung von Mittelwerten bei ordinalskalierten Variablen nicht zulässig. In dieser Arbeit wurden die Variablen zur Bewertung des jetzigen und vorherigen Wohnumfelds, der jetzigen und vorherigen Wohnung usw. ordinal skaliert (siehe Anhang B), weil dies die Befragungssituation erleichterte, da die Skalierung an die Bewertung durch das Schulnotensystem anlehnt und die Teilnehmer damit vertraut waren.

³⁸ Der Wilcoxon-Test dient dem Vergleich von zwei abhängigen Stichproben hinsichtlich ihrer zentralen Tendenz. Er kann bei ordinalem Datenniveau angewendet werden. (vgl. BORTZ 2005: 153).

Bewertung des Wohnumfelds der Genossenschaft im Vergleich zum Wohnumfeld der vorherigen Wohnung

Für die befragten Türken stellte der Umzug in die GeWoSüd eine deutliche Verbesserung der Wohnumfeldsituation dar. Für sie hat sich das Wohnumfeld mit dem Umzug in die Genossenschaft hochsignifikant verbessert, während sich die Wohnumfelder der vorherigen und jetzigen Wohnung für die Deutschen nicht signifikant unterscheiden. (vgl. Tabelle 23)

Tabelle 20: Bewertung: Wohnumfeld der Genossenschaft und Wohnumfeld der vorherigen Wohnung

	GeWoSüd			
	Deutsche		Türken	
	Wohnumfeld Genossenschaft	Wohnumfeld vorher	Wohnumfeld Genossenschaft	Wohnumfeld vorher
Mittelwert	2,2	2,3	2,1	3,1
N	34	14	34	27
Signifikanz nach Wilcoxon-Test	0,460 n.s.		0,001**	
	„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken	
	Wohnumfeld Genossenschaft	Wohnumfeld vorher	Wohnumfeld Genossenschaft	Wohnumfeld vorher
Mittelwert	2,0	2,5	2,8	2,8
N	11	10	13	11
Signifikanz nach Wilcoxon-Test	0,127 n.s.		0,905 n.s.	
Notenskala: 1= sehr gut bis 6= schlecht				

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ bewerten die Deutschen das Wohnumfeld der Genossenschaft geringfügig besser als in der vorherigen Wohnform. Die Türken dagegen bewerten das genossenschaftliche Wohnumfeld dagegen um fast eine Note schlechter als die Deutschen und erlebten auch keine Verbesserung des Wohnumfeldes im Vergleich zur vorherigen Wohnform. Hierbei ist zu beachten, dass rund 77% der Türken schon in der jetzigen Wohnung lebten, bevor die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die Bestände erwarb. Die Türken bewerten das Wohnumfeld der Genossenschaft mit einer Standardabweichung von 1,2 gegenüber 0,8 bei den Deutschen etwas heterogener. Weder für die Deutschen noch für die Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ hat sich durch den Umzug bzw. durch die Übernahme der Bestände durch die Genossenschaft das Wohnumfeld signifikant verändert. (vgl. Tabelle 23)

Bewertung der jetzigen und der vorherigen Wohnung

Der Einzug in die Genossenschaftswohnung bedeutete sowohl für die Deutschen als auch für die türkischen Bewohner der GeWoSüd eine Verbesserung im Ausstattungs- und Modernisierungsgrad der Wohnungen. Durch den Umzug in die Genossenschaft hat sich der Wohnungsstandard für die Türken hochsignifikant verbessert, während die Unterschiede für die Deutschen nicht signifikant sind. (vgl. Tabelle 24) Es ist zu ergänzen, dass die Genossenschaftswohnung von den Deutschen recht homogen bewertet wird, während die vorherige Wohnung bei den Deutschen

sowie die jetzige und vorherige Wohnung bei den Türken höhere Standardabweichungen aufweisen.

Tabelle 21: Bewertung: Wohnung in der Genossenschaft und vorherige Wohnung

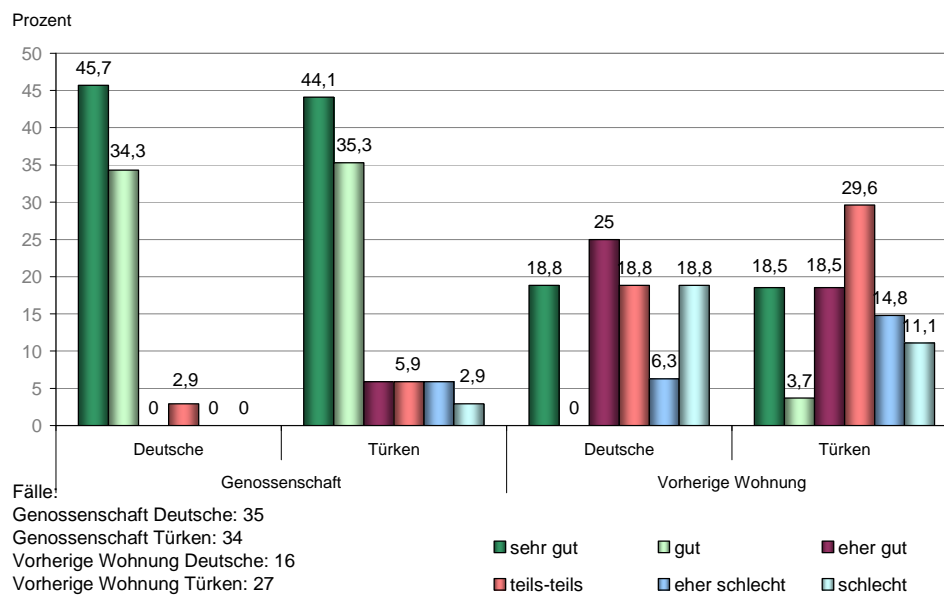
	GeWoSüd			
	Deutsche		Türken	
	Wohnung Genossenschaft	Wohnung vorher	Wohnung Genossenschaft	Wohnung vorher
Mittelwert	2,5	3,3	2,7	3,3
N	35	16	35	27
Signifikanz nach Wilcoxon-Test	0,358 n.s.		0,002**	
	„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken	
	Wohnung Genossenschaft	Wohnung vorher	Wohnung Genossenschaft	Wohnung vorher
Mittelwert	2,5	3,5	2,6	2,5
Signifikanz nach Wilcoxon-Test	0,017*		0,183 n.s.	
N	10	10	13	12
Notenskala: 1= sehr gut bis 6= schlecht				

Quelle: Eigene Erhebung 2009

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ bewerten die befragten Deutschen die Wohnung deutlich besser als in der vorherigen Wohnform. Die Türken bewerten die Genossenschaftswohnung dagegen sogar geringfügig schlechter als die vorherige Wohnung. Dieses Ergebnis kann dadurch beeinflusst sein, dass etwa 77% der befragten Türken bereits vor dem Bestandserwerb durch die Genossenschaft in der jetzigen Wohnung lebten, während dies nur ca. 40% der Deutschen waren. Die nach dem Erwerb der Bestände durch die Genossenschaft leerstehenden Wohnungen wurden modernisiert, so dass die deutschen Mitglieder also auch häufiger in modernisierten Wohnungen leben als türkische Mitglieder. Für die Deutschen hat sich der Wohnungsstandard in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ signifikant verbessert, für die Türken jedoch nicht. Aufgrund der relativ kurzen „Genossenschaftsphase“ seit 2007 fanden bislang keine intensiven Aufwertungsmaßnahmen statt.

Service des Vermieters in der Genossenschaft und der vorherigen Wohnungen

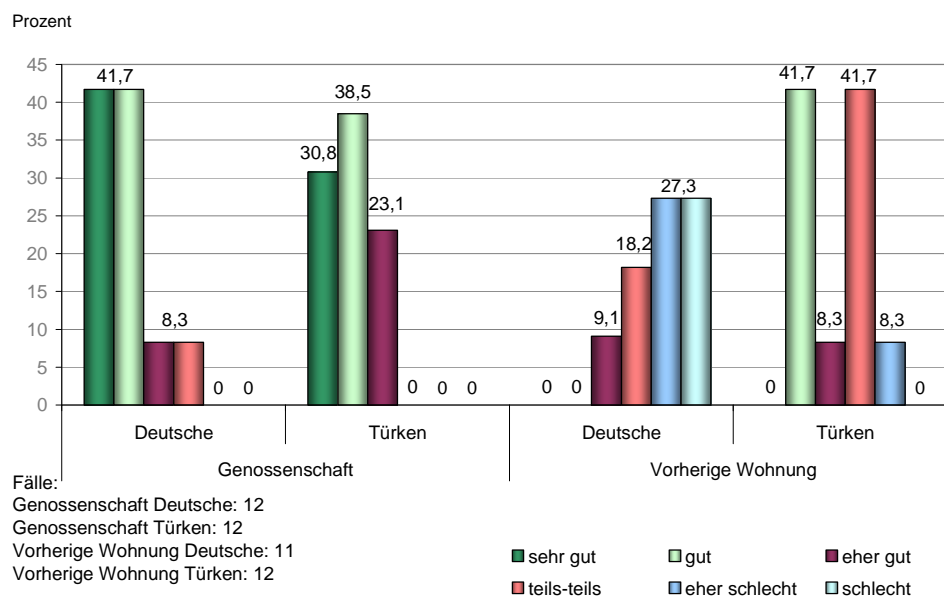
In der GeWoSüd zeigt sich eine deutliche Verbesserung der Wohnsituation durch den Umzug in die Genossenschaftswohnung in Bezug auf den *Service des Vermieters*. Sowohl für die Deutschen als auch für die Türken hat sich der Service durch den Vermieter mit dem Umzug in die Genossenschaft signifikant verbessert. Für die Türken ist die Veränderung sogar hochsignifikant. (vgl. Abbildung 21)

Abbildung 21: Service des Vermieters in der GeWoSüd im Vergleich zur vorherigen Wohnung

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,036*

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,001**

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Abbildung 22: Service des Vermieters in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ im Vergleich zur vorherigen Wohnung

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,009 **

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,016*

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Auch bei der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wird der Service des Vermieters deutlich besser als in der vorherigen Wohnung bewertet. Für die Türken ergibt sich eine signifikante Verbesserung. Für die Deutschen ist die Verbesserung hochsignifikant. (vgl. Abbildung 22)

7.3.3 Allgemeine und interkulturelle nachbarschaftliche Kontakte

Die Bewohner wurden im Themenkomplex *Nachbarschaftliche Kontakte* nach folgenden Aspekten befragt:

- Nachbarschaftliche Kontakte in der Wohnungsgenossenschaft und der vorherigen Wohnform
- Nachbarschaftliche Kontakte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern in der Wohnungsgenossenschaft und der vorherigen Wohnform
- Veränderung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern während der letzten Jahre
- Einschätzung der Beiträge der Genossenschaft zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen
- Einschätzung, welche gemeinsamen Aktivitäten zur Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens beitragen könnten

(vgl. Anhang B)

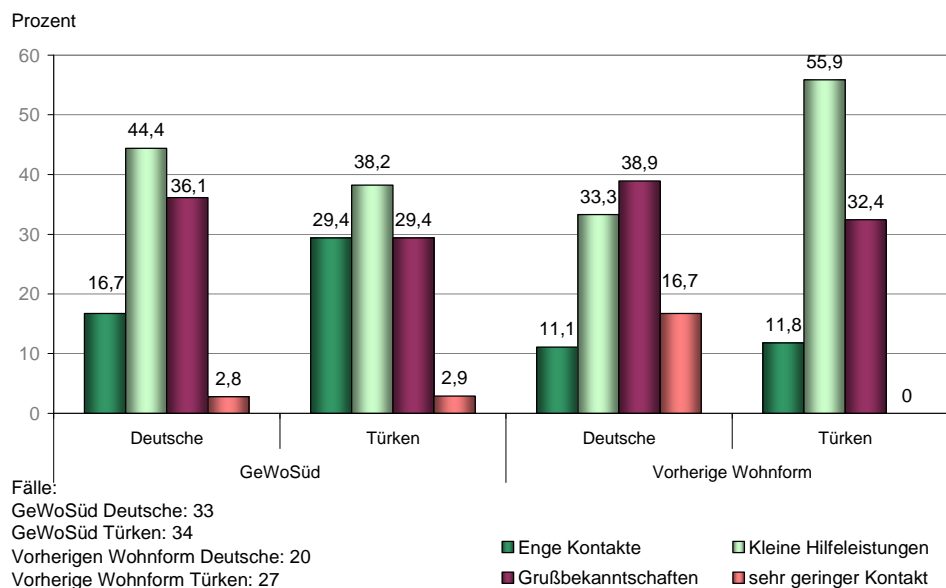
Nachbarschaftliche Kontakte in der Wohnungsgenossenschaft und in der vorherigen Wohnform

Die allgemeinen nachbarschaftlichen Kontakte haben sich bei Deutschen und Türken in der GeWoSüd im Vergleich zur vorherigen Wohnform zugunsten engerer Beziehungen leicht verändert. Nennenswerte Unterschiede gab es bei den Türken im Bereich der engen Kontakte. Diese sind in der Genossenschaft fast dreimal so häufig wie in der vorherigen Wohnform.

Für Türken haben sich die nachbarschaftlichen Verhältnisse in der Genossenschaft hochsignifikant gegenüber der vorherigen Wohnform verbessert, während die Veränderungen für die Deutschen nicht signifikant sind. (vgl. Abbildung 23)

In spontanen Gesprächen während der Befragung benannten Deutsche folgende Ursachen für die positive Entwicklung der nachbarschaftlichen Kontakte im Vergleich zur vorherigen Wohnform: Eine Familie traf in der Genossenschaft Menschen mit ähnlichen Lebensstilen, eine andere benannte das Engagement der Genossenschaft als Ursache für die positive Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Aber auch im Engagement einer Privatperson, die sich gerne um die im Hof spielenden Kinder kümmert und dadurch auch zur Vernetzung der Eltern beiträgt, sah eine Mutter einen Beitrag zur nachbarschaftlichen Interaktion.

Als Gründe für die Verschlechterung der Nachbarschaft im Vergleich zur vorherigen Wohnform gaben zwei Deutsche persönliche Gründe (die Änderung der Arbeitszeiten) sowie die kurze Wohndauer an.

Abbildung 23: Nachbarschaftliche Kontakte in der GeWoSüd und der vorherigen Wohnform

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,347 n.s.

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,005**

Enge Kontakte:

Wir haben enge Kontakte und helfen uns gegenseitig

Kleine Hilfeleistungen:

Wir kennen die meisten, unterhalten uns und helfen uns mit Kleinigkeiten aus (z.B. Postannahme)

Grußbekanntschaften:

Wir kennen die anderen vom Sehen und grüßen uns

Sehr geringer Kontakt:

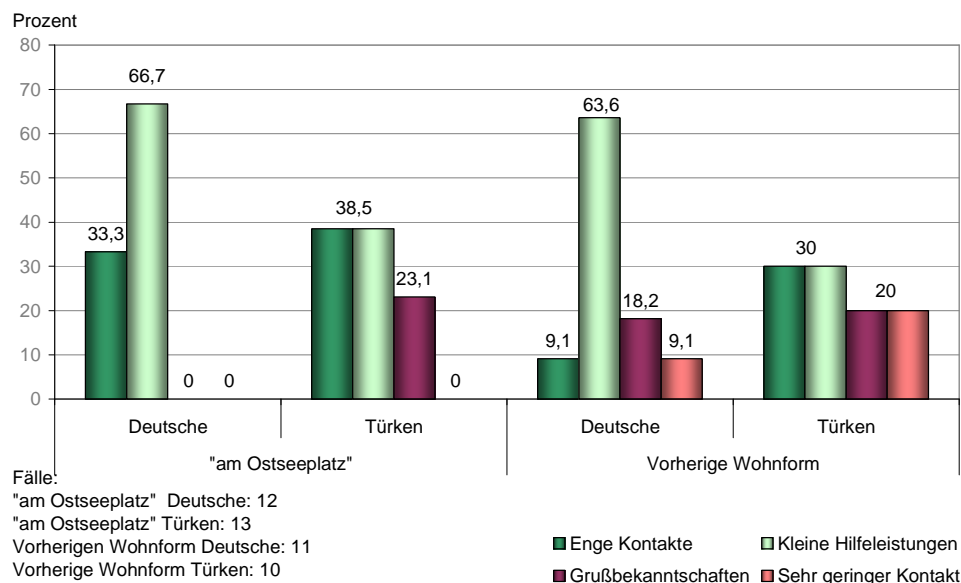
Wir kennen und grüßen fast keine Nachbarn

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Die Türken geben für eine positive Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen folgende Gründe an: Drei Befragte bezogen sich auf Nachbarn mit ähnlichen Lebensstilen. Drei Befragte nannten ein subjektiv empfundenenes Gemeinschaftsgefühl in der Genossenschaft und weitere Befragte erwähnten die genossenschaftlichen Gemeinschaftsangebote als Gründe für die verbesserte Nachbarschaft gegenüber der vorherigen Wohnform.

Die Ursachen für negative Entwicklungen im Vergleich zur vorherigen Wohnform liegen nach Aussagen einiger Türken in den in der Genossenschaft lebenden *Problemfällen* (gemeint sind Mitglieder mit persönlichen Problemen, z.B. Sucht, psychische Krankheiten), andere benannten die kurze bisherige Wohndauer.

In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wurden die allgemeinen nachbarschaftlichen Kontakte besser als in der vorherigen Wohnform beschrieben. So gab es sowohl bei den Deutschen als auch bei den Türken eine Zunahme der engen und durch kleine Hilfeleistungen charakterisierten Kontakte, während die geringen nachbarschaftlichen Kontakte bei beiden Gruppen abgenommen haben. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ haben sich die nachbarschaftlichen Kontakte für die Deutschen signifikant intensiviert. Bei den Türken sind die Unterschiede nicht signifikant. (vgl. Abbildung 24)

Abbildung 24: Nachbarschaftliche Kontakte in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ und der vorherigen Wohnform

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,034*

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,157 n.s.

Enge Kontakte: Wir haben enge Kontakte und helfen uns gegenseitig

Kleine Hilfeleistungen: Wir kennen die meisten, unterhalten uns und helfen uns mit Kleinigkeiten aus (z.B. Postannahme)

Grußbekanntschaften: Wir kennen die anderen vom Sehen und grüßen uns

Sehr geringer Kontakt: Wir kennen und grüßen fast keine Nachbarn

Quelle: Eigene Erhebung 2009

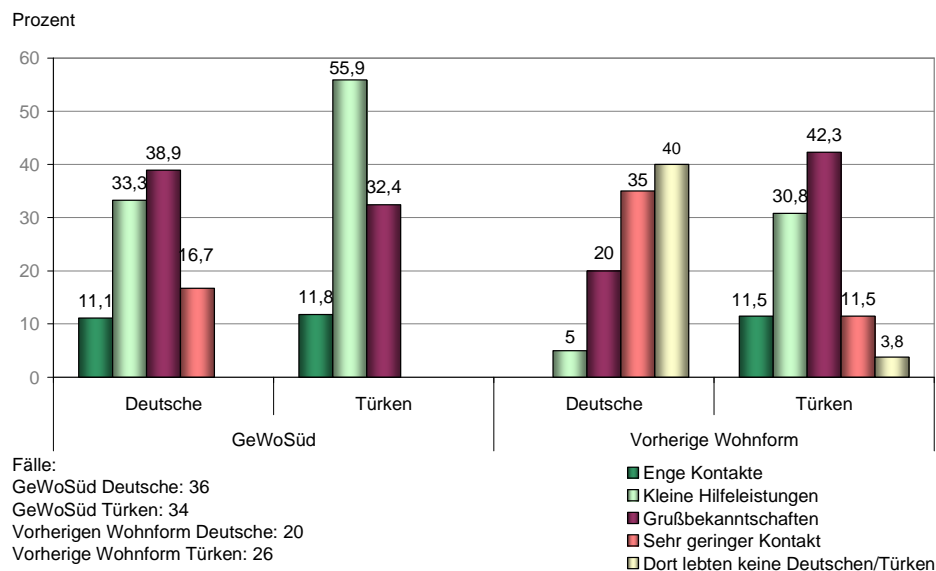
Bei der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ ist zu bedenken, dass fünf der zwölf befragten Deutschen und zehn der 13 befragten Türken bereits in der Wohnung wohnten, bevor die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die Bestände erwarb. Hier wurden die Bewohner bzgl. der nachbarschaftlichen Interaktionen befragt, bevor die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die Bestände erwarb. (vgl. Anhang B) Da die Bewohner in den Prozess der Umwandlung in eine Genossenschaft eingebunden waren, trafen sie sich in diesem Rahmen bereits häufiger, was nach Aussage der betroffenen Bewohner auch die Qualität der Bekanntschaften untereinander positiv beeinflusst hat.

Nachbarschaftliche Kontakte zwischen Deutschen und Türken

Die interkulturellen Kontakte in der GeWoSüd haben sich gegenüber der vorherigen Wohnform für beide Gruppen positiv entwickelt. Während sich beim Verhältnis der Deutschen zu den Türken die engen Kontakte stärker entwickelten, nahmen nach Angaben der Türken, die durch kleine Hilfeleistungen charakterisierten Kontakte zu den deutschen Nachbarn zu. Deutlich zeigt sich die Verbesserung auch bei der Betrachtung der geringen Kontakte. Diese halbierten sich bei den Deutschen. Bei den Türken gingen sie von 15% auf 0% zurück. Bemerkenswert ist auch, dass 40% der Deutschen zuvor überhaupt nicht mit Türken zusammenlebten. Sowohl für Deutsche als auch für Türken sind die interkulturellen Nachbarschaften signifikant intensiver als in der vorheri-

gen Wohnform. Für die Deutschen sind die Veränderungen sogar hochsignifikant.³⁹ (vgl. Abbildung 25)

Abbildung 25: Nachbarschaftliche Kontakte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern in der GeWoSüd und der vorherigen Wohnform



Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,001**

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,041*

Enge Kontakte: Wir haben enge Kontakte zu Deutschen/Türken und helfen uns gegenseitig

Kleine Hilfeleistungen: Wir kennen die meisten Deutschen/Türken, unterhalten uns und helfen uns mit Kleinigkeiten aus (z.B. Postannahme)

Grußbekanntschaften: Wir kennen die Deutschen/Türken vom Sehen und grüßen uns

Sehr geringer Kontakt: Wir kennen und grüßen fast keine deutschen/türkischen Nachbarn

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Bei diesen Ergebnissen ist zu bedenken, dass lediglich etwa 20% der Bewohner des Neuköllner Bauteils in der GeWoSüd Türken sind, so dass die Wahrscheinlichkeit, einen deutschen Nachbarn zu haben, deutlich höher ist. Hierin könnte die Ursache für die unterschiedliche Bewertung der durch kleine Hilfeleistungen charakterisierten interkulturellen Kontakte zwischen Deutschen und Türken liegen. Türken treffen in der GeWoSüd schlicht häufiger auf Deutsche als Deutsche auf Türken.

Beispiel: Frau B. und Herr T.– interkulturelle Nachbarschaft zwischen Alt und Jung

Frau B. (Deutsche, 90 Jahre) lebt seit mehr als 50 Jahren in ihrer Wohnung im Neuköllner Bauteil der GeWoSüd. Vor ca. zwei Jahren zog Herr T. (Türke, 20 Jahre) mit seiner Mutter in dasselbe Haus wie Frau B..

Beide wurden im Rahmen der Untersuchung getrennt voneinander befragt und erzählten spontan von ihren guten Beziehungen zueinander. Frau B. schwärmte von dem jungen Türken, der ihr immer zuvorkommend die Tür aufhält, die Einkäufe in den dritten Stock trägt und mit dem sie gerne ein Schwätzchen hält. Herr T. bezog sich bei den Angaben zu den nachbarschaftlichen Beziehungen auch sofort auf Frau B.. Sehr gerne unterhalte er sich mit der älteren Dame und

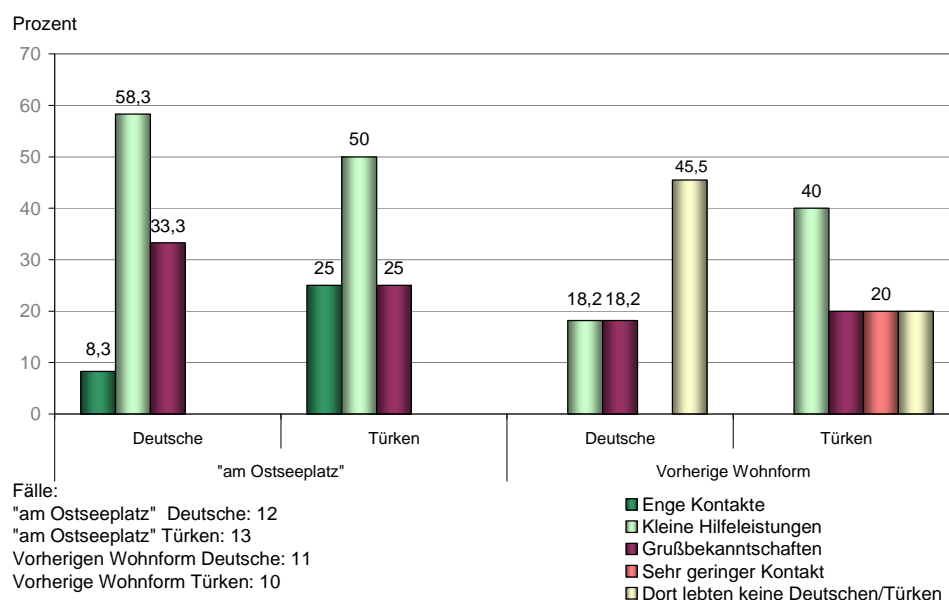
³⁹ Dieses Ergebnis ist allerdings durch die Anteile an Bewohnern, die zuvor nicht mit der anderen Kultur zusammenlebten beeinflusst. Bezieht man diese nicht in die Berechnungen mit ein, so haben sich die Nachbarschaften nur noch für die deutschen Bewohner signifikant verbessert, für die Türken hingegen nicht.

schätze ihre Lebensweisheit und die schönen Geschichten, die sie über den Bauteil zu erzählen weiß.

Beispiel: Herr M. – Türken halten sich nicht an Regeln, aber die, die bei mir im Haus wohnen sind sehr nett

Herr M. (Deutscher, ca. 54 Jahre) wohnt seit 25 Jahren in der GeWoSüd und bemängelt, dass frei werdende Wohnungen „nur noch an Türken vergeben werden“. Dies sei besonders schlimm, weil Türken generell nur unregelmäßig Miete zahlten, sich nie an Regeln hielten und die Deutschen aus dem Gebiet und aus dem ganzen Land drängen würden. Danach gefragt, worauf sich seien Angaben beziehen, wusste er keine Antwort, fügte aber hinzu, dass das ältere türkische Ehepaar, mit dem er seit mehr als zehn Jahren „Tür an Tür“ lebt, sehr nett sei. „Die sind eben ganz anders als andere Türken, z.B. sehr zuvorkommend und freundlich“.

Abbildung 26: Nachbarschaftliche Kontakte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ und der vorherigen Wohnform



Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Deutsche: 0,011*

Signifikanz nach Wilcoxon-Test: Türken: 0,024*

Enge Kontakte: Wir haben enge Kontakte zu Deutschen/Türken und helfen uns gegenseitig

Kleine Hilfeleistungen: Wir kennen die meisten Deutschen/Türken, unterhalten uns und helfen uns mit Kleinigkeiten aus (z.B. Postannahme)

Grußbekanntschaften: Wir kennen die Deutschen/Türken vom Sehen und grüßen uns

Sehr geringer Kontakt: Wir kennen und grüßen fast keine deutschen/türkischen Nachbarn

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Auch in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ verbesserten sich die interkulturellen Kontakte aus Sicht beider Gruppen. Während vorher keine engen nachbarschaftlichen Verhältnisse bestanden, gaben nun Deutsche (8%) und noch häufiger Türken (25%) an, enge Kontakte zu den Nachbarn der anderen Kultur zu haben. Bemerkenswert ist auch hier, dass fast die Hälfte der Deutschen und ein Fünftel der Türken zuvor nicht mit Türken bzw. Deutschen zusammenlebte. Auch in der

Genossenschaft am Ostseeplatz hat sich die Qualität der interkulturellen nachbarschaftlichen Beziehungen für Deutsche und für Türken signifikant verbessert.⁴⁰ (vgl. Abbildung 26)

Beispiel: Frau W. und Familie A. – interkulturelle Nachbarschaft zwischen alternativem Wohnprojekt und türkischer Familie

Frau W. (Deutsche, ca. 35 Jahre) lebt erst seit kurzem in der Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“. Wegen der „Gemeinschaft“ sei sie in das in die Wohnungsgenossenschaft integrierte Hausprojekt gezogen. Zu ihren interkulturellen nachbarschaftlichen Beziehungen erzählte sie folgendes Beispiel: Zum Zuckerfest bringt uns die türkische Familie von gegenüber immer etwas zu Essen vorbei, worüber sich die gesamte Wohngemeinschaft natürlich sehr freut. Man treffe und kenne sich hier halt.

Beispiel Frau S. – „endlich deutsche Nachbarn“

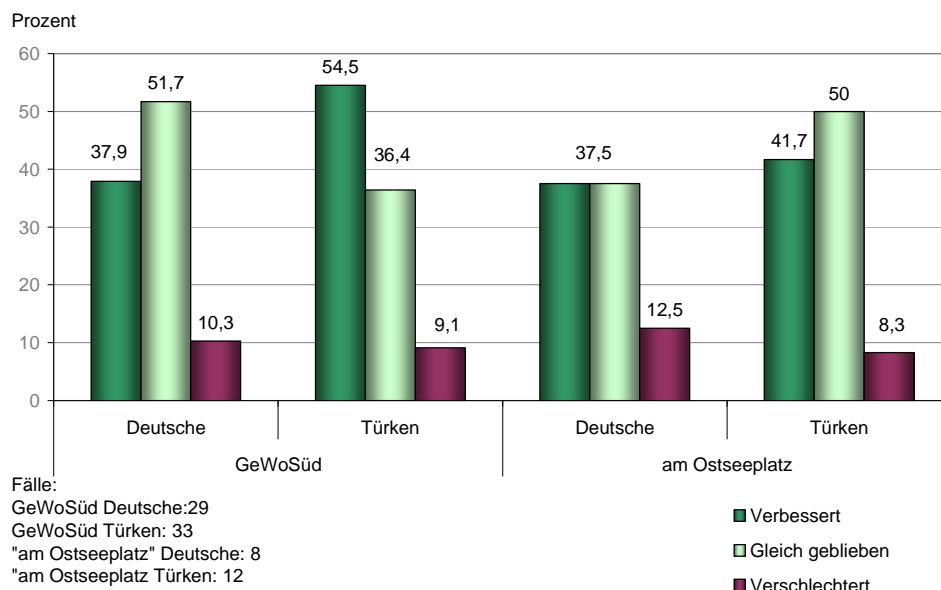
Frau S. (Türkin, ca. 25 Jahre) ist in der Adalbertstraße geboren und hat den gesamten „Genossenschaftsprozess“ aktiv begleitet. Sie freut sich seitdem besonders darüber, dass „endlich deutsche Nachbarn hier leben“. Vorher gab es zwar auch schon eine Gemeinschaft, weil hier alle schon so lange leben. Aber der Kontakt zu den Deutschen kam erst durch die Genossenschaft. Seit dies hier kein kommunales Wohnungsunternehmen mehr ist, sei hier auch „alles gemischter“.

Insgesamt ist zwar die positive Entwicklung der interkulturellen Beziehungen erkennbar, allerdings bleibt unklar, ob dies auf die Genossenschaften oder allgemein auf das interkulturelle Wohnen zurückzuführen ist. Deshalb wurden die Mitglieder im Weiteren gefragt, wie sie generell die Veränderung der interkulturellen Nachbarschaften zwischen Türken und Deutschen bewerten. Diejenigen, die angaben, das Verhältnis habe sich gebessert, wurden weiterhin danach gefragt, ob die Genossenschaft hierfür einen Beitrag leistet. Die Ergebnisse sind im Folgenden dargestellt:

Beiträge der Genossenschaft zur Stärkung der interkulturellen Nachbarschaft

Gefragt, wie sich das Zusammenleben zwischen den deutschen und türkischen Bewohnern während der letzten Jahre verändert hat, antworteten große Teile deutscher (38%) und türkischer (55%) Mitglieder in der GeWoSüd, das Verhältnis habe sich verbessert. Ähnlich beantworten dies die Bewohner der Genossenschaften „am Ostseeplatz“. Weitere bedeutende Anteile beider Gruppen in beiden Genossenschaften gaben an, das Verhältnis sei gleich geblieben. Geringere Anteile bezeichnen das interkulturelle Verhältnis schlechter als noch vor einigen Jahren. (vgl. Abbildung 27)

⁴⁰ Dieses Ergebnis ist allerdings durch die Anteile an Bewohnern, die zuvor nicht mit der anderen Kultur zusammenlebten beeinflusst. Bezieht man diese nicht in die Berechnungen mit ein, so haben sich die Nachbarschaften weder für Deutsche noch für Türken signifikant verbessert.

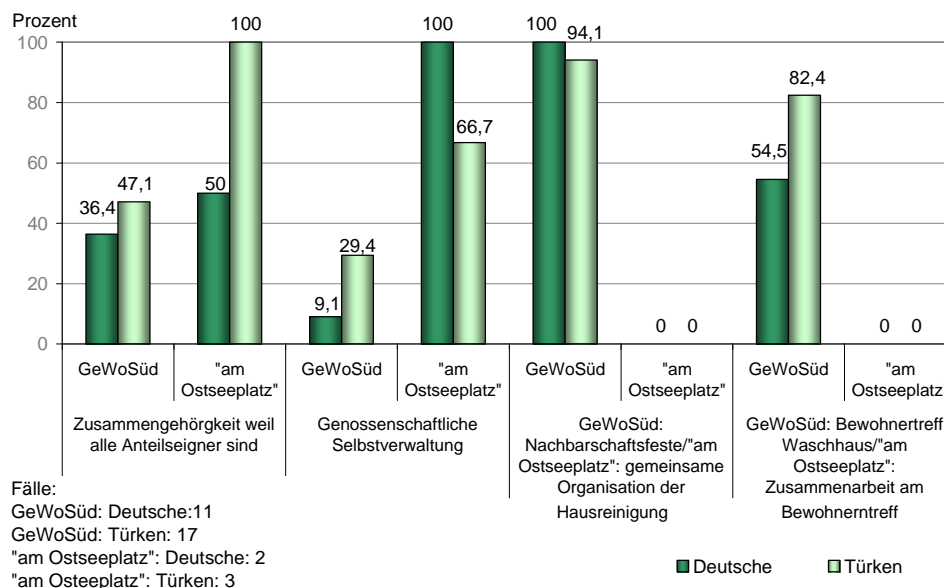
Abbildung 27: Veränderung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern während der letzten Jahre

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Die Gründe für die Verschlechterung des interkulturellen Verhältnisses werden von den deutschen Bewohnern in der GeWoSüd in den Mentalitätsunterschieden zwischen den Kulturen gesehen. Diese zeigten sich in der Geringschätzung der Hausordnung seitens der Türken sowie einer subjektiv empfundenen „Statusbehauptung der Türken“, die mit einer „Übergehung deutscher Interessen“ einhergehe. Die Türken in der GeWoSüd sehen die Ursachen für eine Verschlechterung des Verhältnisses dagegen nicht in kulturellen Unterschieden begründet. Vielmehr beziehen sich ihre Angaben auf die Auflösung von Netzwerken, weil z.B. deutsche Familien bzw. ältere Deutsche, zu denen ein gutes Verhältnis bestand, von hier wegzögen. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ gab es keine Angabe zu den Gründen.

Ein Drittel der Befragten beider Genossenschaften gaben an, die Genossenschaft habe einen Beitrag zur Verbesserung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern geleistet. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ waren dies 20%, in der GeWoSüd dagegen 39%. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sind die Fallzahlen mit fünf Nennungen zu gering, um die Anteile Deutscher und Türken zu vergleichen. In der GeWoSüd zeigte sich aber, dass die Türken, mit 17 gegenüber 11 Nennungen bei den Deutschen, die genossenschaftlichen Beiträge zur Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens etwas höher bewerten.

Abbildung 28: Beitrag der Genossenschaft zur Verbesserung des Zusammenlebens zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern



Quelle: Eigene Erhebung 2009

In beiden Genossenschaften wurden Bereiche abgefragt in denen eine indirekte Stärkung durch die Prinzipien Selbsthilfe und Selbstverwaltung sowie eine direkte Stärkung durch genossenschaftliche Aktivitäten stattfindet. Im Bereich der direkten Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens bietet die GeWoSüd Nachbarschaftsfeste sowie den Bewohnertreffpunkt im Waschhaus an. Die Genossenschaft „am Ostseeplatz“ hat die Organisation der Hausreinigung in einigen Häusern an die Hausgemeinschaften übertragen und bietet einen Gemeinschaftsraum an. Hier besteht für die Bewohner die Möglichkeit, sich auch an der Konzeption eines regelmäßigen Bewohnertreffs zu beteiligen.

Insgesamt spielt die indirekte Wirkung des Selbsthilfepinzips – die ökonomische und lebensweltliche Verflechtung (vgl. BEETZ 2005: 132) als Ausdruck eines Zusammengehörigkeitsgefühls aufgrund der Anteilseignerschaft in beiden Genossenschaften für die befragten Türken eine größere Rolle als für die Deutschen. (vgl. Abbildung 28)

Die Bewertung der Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen durch die Selbstverwaltungsstrukturen fällt in den Genossenschaften unterschiedlich aus. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ nimmt sie einen höheren Stellenwert ein. Allerdings basiert die Bewertung auf extrem geringen Fallzahlen. (vgl. Kapitel 7.4.3). (vgl. Abbildung 28)

Die höchste Wirksamkeit wird den Nachbarschaftsfesten in der GeWoSüd zugeschrieben (Deutsche 100%, Türken 94%). Die Gemeinsame Organisation der Hausreinigung durch die Bewohner in einigen Häusern führt in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ bisher nicht zu einer Stärkung der Nachbarschaft. Das Konzept ist bislang aber auch noch nicht in allen Häusern umgesetzt. (vgl. Abbildung 28)

Auch dem Bewohnertreff in der GeWoSüd wird von über der Hälfte der deutschen Bewohner und von 82% der Türken eine den Zusammenhalt fördernde Wirkung attestiert. Die Zusammenarbeit für den Gemeinschaftsraum in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wird aus Sicht der Befragten bisher nicht als wirksames Instrument zur Förderung der nachbarschaftlichen Interaktion bewertet. Allerdings steht die Zusammenarbeit für den Bewohnertreff noch am Anfang und basiert auf dem Engagement eines Mitarbeiters.⁴¹ (vgl. Abbildung 28)

Potentiale zur Stärkung der interkulturellen Gemeinschaft

In Anlehnung an die von Genossenschaften angebotenen gemeinschaftlichen Aktivitäten zur Stärkung des Zusammenhalts (vgl. Kapitel 3.4.3) wurden die Untersuchungsteilnehmer um ihre Einschätzung hinsichtlich der Potentiale zur Förderung der interkulturellen Interaktion gebeten. Jeder Teilnehmer konnte die aus seiner Sicht drei bedeutendsten Aktivitäten benennen.

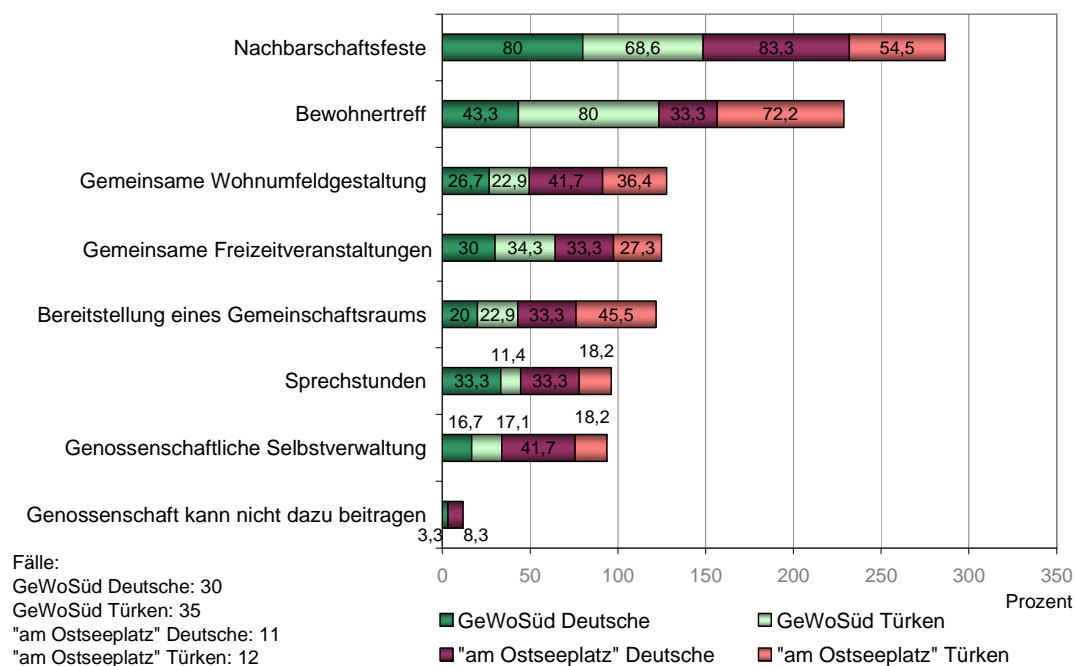
Das größte Potential haben nach Einschätzung der Bewohner beider Genossenschaften Nachbarschaftsfeste. Der Anteil der Deutschen, die hiervon eine Stärkung der interkulturellen Interaktionen erwarten, liegt sowohl in der GeWoSüd als auch in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ höher als bei den Türken. (vgl. Abbildung 29)

Das zusammengenommen zweitgrößte Potential liegt im Bewohnertreff. Hier zeigen sich allerdings große Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen. Während 43% (GeWoSüd) bzw. 33% („am Ostseeplatz“) der Deutschen hiervon Effekte für das interkulturelle Zusammenleben erwarten, gehen 80% (GeWoSüd) bzw. 72% („am Ostseeplatz“) der Türken von einer positiven Beeinflussung der nachbarschaftlichen Kontakte durch einen Bewohnertreff aus. (vgl. Abbildung 29)

Durchschnittlich fast ein Drittel der Bewohner sieht in gemeinsamen Wohnumfeldgestaltungen Potentiale zur Vertiefung interkultureller Nachbarschaften. Dabei liegt der Anteil der Bewohner in der GeWoSüd unter dem in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. (vgl. Abbildung 29)

⁴¹ Herr Ercan, türkischstämmiger Mitarbeiter in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“, bemüht sich seit einigen Monaten um ein Konzept für den Gemeinschaftsraum. Die Genossenschaft würde den Raum gerne an ein „soziales Projekt vermitteln“, um regelmäßige Aktivitäten zu initiieren, die die Genossenschaft finanziell nicht selbst tragen kann. Hierfür wurde zum Quartiersmanagement Kontakt aufgenommen. Bislang gab es aber noch keine Reaktion auf das Angebot.

Abbildung 29: Aktivitäten, die das Zusammenleben zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern fördern können



Quelle: Eigene Erhebung 2009

Auch gelegentliche gemeinsame Freizeitveranstaltungen werden von rund einem Drittel der befragten Bewohnergruppen als geeignetes Angebot zur Verbesserung der interkulturellen Nachbarschaften bewertet. Dabei liegen die Anteile der türkischen und deutschen Bevölkerung in beiden Genossenschaften um die 30%. (vgl. Abbildung 29)

Die Bereitstellung eines Gemeinschaftsraums wird – ähnlich wie gemeinsame Wohnumfeldgestaltungen – in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ höher bewertet. Durchschnittlich sehen auch hier etwa ein Drittel der Befragten Potentiale zur Verbesserung der interkulturellen nachbarschaftlichen Interaktion. (vgl. Abbildung 29)

Gemeinsame Sprechstunden und die Einbindung in die genossenschaftliche Selbstverwaltung werden von etwas über einem Fünftel der Bewohner als wirksames Instrument zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Kontakte zwischen Deutschen und Türken bewertet. Die Sprechstunde wird dabei mit 33,3% in beiden Genossenschaften fast zwei- bis dreimal häufiger von Deutschen als von Türken benannt. (vgl. Abbildung 29)

Große Unterschiede gibt es auch bei der Einbindung in die genossenschaftliche Selbstverwaltung. Insbesondere der Anteil der Befragten Deutschen in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sieht hierin ein Potential zur Stärkung interethnischer Kontakte. (vgl. Abbildung 29)

7.3.4 Partizipation durch genossenschaftliche Gremien

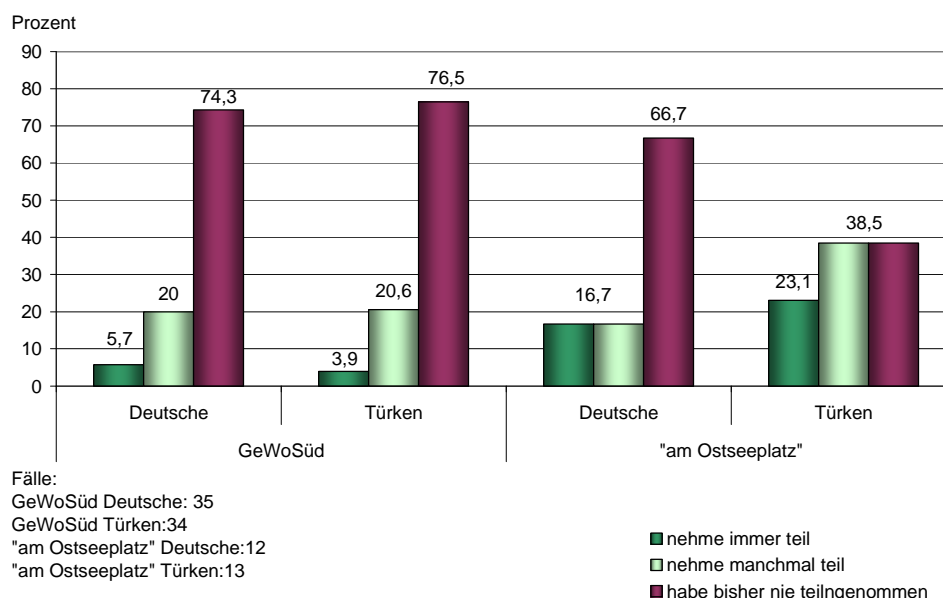
Die Bewohner wurden im Themenkomplex *Partizipation* nach folgenden Aspekten befragt:

- Bisherige Teilnahme an Mitgliederversammlungen
- Geplante Teilnahme an Mitgliederversammlungen

(vgl. Anhang B)

Der überwiegende Teil der Befragten Deutschen und Türken gab an, an den Mitgliederversammlungen nicht teilzunehmen. Die höchste Teilnahme gab es bei den Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. (vgl. Abbildung 30)

Abbildung 30: Teilnahme an der Mitgliederversammlung



Quelle: Eigene Erhebung 2009

Insgesamt erscheint dieses Ergebnis – trotz der ohnehin geringen Teilnahmebereitschaft an den Mitgliederversammlungen – zu positiv. In beiden Genossenschaften gaben die interviewten Vertreter an, aus den Bauteilen in Neukölln und Kreuzberg beteilige sich „eigentlich niemand“ an der jährlichen Mitgliederversammlung. (E1,E2) Das hohe Befragungsergebnis bei den Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ könnte allerdings auch darin begründet sein, dass die Befragten auch im Vorfeld der Bestandsübernahme durch die Genossenschaft in zahlreiche Gespräche und Versammlungen eingebunden waren und diese Teilnahme in die Antworten auf die Frage einbezogen.

Die Nicht-Teilnahme an der Mitgliederversammlung begründeten deutsche und türkische Befragte in der GeWoSüd überwiegend damit, keine Zeit zu haben. Es spielten aber auch Desinteresse sowie das Gefühl, „ohnehin nichts beeinflussen zu können“, eine Rolle für die geringe Beteiligung. Einzelfälle gaben auch an, mit der jetzigen Situation zufrieden zu sein und deshalb keine

Notwendigkeit zur Beteiligung an der genossenschaftlichen Selbstverwaltung zu sehen. Auch in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wurde sowohl von Deutschen als auch von Türken Zeit als limitierender Faktor benannt.

Für die Zukunft gehen die Befragten von einer positiven Entwicklung bei der Teilnahme an den jährlichen Mitgliederversammlungen aus. Rund ein Drittel der Deutschen und etwa zwei Drittel der Türken in der GeWoSüd planen, an der Versammlung teilzunehmen. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ wollen sogar alle befragten Deutschen und auch zwei Drittel der Türken teilnehmen. (Fälle: GeWoSüd: Deutsche: 22, Türken: 20; „am Ostseeplatz“: Deutsche: 7, Türken: 4)

7.3.5 Identifikation mit genossenschaftlichen Werten

Die Bewohner wurden im Themenkomplex *Identifikation (Wertintegration)* nach folgenden Aspekten befragt:

- Zustimmung/Ablehnung des Selbsthilfe-, Selbstverantwortungs-, Demokratie-, Förder- und Identitätsprinzip

(vgl. Anhang B)

Die fünf genossenschaftlichen Prinzipien (vgl. Kapitel 3.1.1) wurden dabei jeweils auf eine befürwortende (positive) und eine ablehnende (negative) Aussage reduziert. Die Interviewten gaben zu den einzelnen Statements an, ob sie diesen zustimmen oder sie ablehnen. Um eine selbstwertdienliche Attribution zu vermeiden, wurden die Statements in der dritten Person formuliert.⁴² Um weiterhin zu vermeiden, dass die Befragten die Aussagen nach einem konsistenten Prinzip bewerten – also z.B. bei einer Zustimmung zum positiven Statement das entsprechend negative Statement ablehnen, wurden die Aussagen während der Befragung in unterschiedlicher Reihenfolge vorgelesen. Da viele Bewohner die genossenschaftlichen Prinzipien nicht bzw. nicht im Detail kannten, wurden diese während der Befragung z.T. erläutert.

Identifikation mit dem Selbsthilfeprinzip

Die Betrachtung der Ergebnisse zur Zustimmung oder Ablehnung des Selbsthilfeprinzips zeigen, dass das positive Statement in beiden Genossenschaften und bei beiden Bevölkerungsgruppen eine Zustimmung findet, während das negative Statement abgelehnt wird. Dabei zeigen sich weniger Unterschiede zwischen den Kulturen, sondern vielmehr zwischen den Genossenschaftstypen. So bestehen zwischen ihnen sowohl bei der Bewertung des positiven als auch des negativen Statements signifikante Unterschiede.

⁴² Verschiedene Studien in der Sozialpsychologie belegten, dass Individuen systematisch dazu tendieren, sich selbst positive Attribute zuschreiben, während anderen eher negative Attribute zugeschrieben werden. (vgl. Fincham/Hewstone 2003: 215-263) Durch die Verwendung neutraler Statements in der dritten Person sollte die positive selbstwertdienliche Attribution unterbunden werden.

Tabelle 22: Identifikation mit dem Selbsthilfeprinzip

Positiv: Menschen, die es sich allein nicht leisten können, sicheres Wohnen zu realisieren, bietet die Genossenschaft eine gute Alternative.								
Negativ: Jeder Mensch sollte allein für seine sichere Wohnsituation sorgen.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	1,7	3,5	1,8	2,8	2,2	4,5	2,1	3,6
N	33	32	32	30	12	12	13	12
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test ⁴³			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,811 n.s.			0,051 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,768 n.s.			0,159 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,013*			0,007**		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,944 n.s.			0,024*		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Unterstützung durch die genossenschaftliche Gemeinschaft zur Realisierung einer sicheren Wohnform für den Einzelnen in der GeWoSüd durchschnittlich etwas stärker befürwortet wird als in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. (vgl. Tabelle 25)

Identifikation mit dem Selbstverantwortungsprinzip

Auch die Auswertung der Ergebnisse zur Identifikation mit dem Selbstverantwortungsprinzip zeigt, dass auch hier das positive Statement durchgängig Zustimmung findet. Besonders wird es durch die Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ befürwortet. Dieses Ergebnis wird noch dadurch untermauert, dass sie die einzige Gruppe sind, die das negative Statement ablehnt und nicht nur „unentschieden“ bewertet. Beim positiven Statement ist auch die Standardabweichung nur halb so groß wie bei allen anderen Bewertungen, einschließlich der negativen Aussage zum Selbstverantwortungsprinzip der Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. Ursächlich für die große Zustimmung zur Selbstverantwortung könnte bei den Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ der intensive Einbezug in den Prozess des Erwerbs der Bestände durch die Genossenschaft sein. Hier wurden die Bewohner in Beratungsgesprächen über die Inhalte der Genossenschaft aufgeklärt. Da es sich beim Prinzip der Selbstverantwortung in Form der Miteigentümerschaft zudem um ein sehr „greifbares“ Prinzip handelt – vielleicht mehr als das der Selbsthilfe – könnte es sein, dass es speziell von den am „Genossenschaftsprozess“ beteiligten Mitgliedern als Besonderheit bewertet wird. Zumal die Steigerung der Identifikation mit den Beständen auch ein erklärtes Integrationsziel des Vorhabens war. (vgl. Kapitel 3.5)

⁴³ Der Mann-Whitney U-Test dient dem Vergleich von zwei unabhängigen Stichproben hinsichtlich ihrer zentralen Tendenz. Er kann bei ordinalem Datenniveau angewendet werden. (vgl. BORTZ: 2005: 150). In diesem Fall wurde die 2-seitige Signifikanz getestet, weil für eine gerichtete Alternativhypothese zu wenig Wissen vorhanden war. (vgl. ebd: 116 f.)

Tabelle 23: Identifikation mit dem Selbstverantwortungsprinzip

Positiv: Wenn Menschen Miteigentümer einer Wohnung sind, steigt die persönliche Verantwortung für den Wohnraum. Negativ: Nur weil man einen kleinen Anteil am Wohnraum besitzt, heißt das nicht, dass man sich deshalb stärker dafür verantwortlich fühlt.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	2,6	3,3	2,3	3,4	2,7	3,4	1,4	3,8
N	33	32	32	31	11	12	13	12
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,181 n.s.			0,853 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,005**			0,525 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,040*			0,209 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,006**			0,628 n.s.		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Sowohl zwischen Deutschen und Türken in der jeweiligen Genossenschaft bestehen signifikante Unterschiede als auch zwischen den Genossenschaften „am Ostseeplatz“ sowie zwischen allen Türken und Deutschen der Befragung bei der Bewertung des positiven Statements. (vgl. Tabelle 26)

Identifikation mit dem Selbstverwaltungsprinzip

Wie bereits bei den vorangegangenen Prinzipien findet auch das Selbstverwaltungsprinzip über alle Gruppen hinweg Zustimmung. Es treten die Bewohner der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ hervor, weil hier sowohl bei den Deutschen als auch bei den Türken stärker zugestimmt wird als in der GeWoSüd. Zudem fallen hier auch die Standardabweichungen geringer aus als in der GeWoSüd. (vgl. Tabelle 27)

Obwohl beide Gruppen, insbesondere beide Bewohnergruppen der GeWoSüd, wie im Abschnitt Partizipation dargelegt, nur z.T. Erfahrungen mit der Beteiligung haben, wird die Selbstverwaltung positiv bewertet, während das negative Statement unentschieden bewertet bzw. in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ abgelehnt wird. Dies lässt auf eine grundsätzliche Offenheit gegenüber partizipativen Verfahren schließen. Es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen und innerhalb der Genossenschaften. (vgl. Tabelle 27)

Tabelle 24: Identifikation mit dem Selbstverwaltungsprinzip

Positiv: Es ist eine gute Sache, sich mit anderen Mitgliedern über das gemeinsame Wohnen Gedanken zu machen und darüber abzustimmen.								
Negativ: Meistens ist es mühselig, sich mit anderen über das gemeinsame Wohnen abzustimmen und führt selten zu einem guten Ergebnis.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	2,1	3,2	2,2	3,2	1,7	3,5	1,8	3,8
N	33	32	32	31	12	12	13	9
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,709 n.s.			0,954 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,551 n.s.			0,769 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,216 n.s.			0,073 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,650 n.s.			0,842 n.s.		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Identifikation mit dem Demokratieprinzip

Das Demokratieprinzip findet durchschnittlich die höchste Zustimmung in der positiven Aussage und die stärkste Ablehnung in der negativen Formulierung. Es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen und innerhalb der Gruppen „GeWoSüd“, „am Ostseeplatz“ sowie zwischen Deutschen und Türken allgemein. (vgl. Tabelle 28)

Tabelle 25: Identifikation mit dem Demokratieprinzip

Positiv: Bei Entscheidungen, die das Wohnen aller betreffen, müssen auch alle das gleiche Stimmrecht haben.								
Negativ: Bei Entscheidungen, die das Wohnen aller betreffen, müssen diejenigen, die mehr eingezahlt haben, auch mehr zu sagen haben.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	1,5	4,2	1,6	4,0	1,7	4,2	1,8	4,1
N	33	31	32	31	12	12	12	12
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,388 n.s.			0,645 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,443 n.s.			0,799 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,186 n.s.			0,805 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,209 n.s.			0,581 n.s.		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Identifikation mit dem Förderprinzip

Das Förderprinzip, nach dem die Genossenschaft die Mitglieder mit Wohnraum versorgt und auch das Verbundenheitsgefühl in Form der genossenschaftlichen Gemeinschaft stärkt (vgl. LEINEMANN 1999 nach BMVBW 2004: 56; Kapitel 3.4.3, Abbildung 2), findet durchschnittlich eher Zustimmung, während die negative Aussage hierzu durchgängig unentschieden bewertet wird. Allerdings liegen die Bewertungen z.T. sehr nah beieinander. (vgl. Tabelle 28)

Tabelle 26: Identifikation mit dem Förderprinzip

Positiv: Die Genossenschaft verbessert durch die gemeinsame Verantwortung für die Wohnräume das Miteinander unter den Bewohnern, weil sich alle zugehörig fühlen.								
Negativ: Den meisten Mitgliedern ist die genossenschaftliche Gemeinschaft egal, sie interessieren sich nur für sicheres Wohnen.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	2,5	2,8	2,3	3,1	2,6	2,7	2,3	3,4
N	30	31	32	32	12	12	13	12
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,413 n.s.			0,187 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,538 n.s.			0,219 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,583 n.s.			0,682 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,289 n.s.			0,069 n.s.		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

So scheint die genossenschaftliche Gemeinschaft zwar nicht unbedeutend zu sein, die guten Wohnbedingungen – unabhängig von der genossenschaftlichen Gemeinschaft – scheinen aber ebenfalls wichtig zu sein. Möglichweise ist die Auslegung des Förderprinzips nach LEINEMANN theoretisch denkbar, entfaltet durch die Modifikation im Zeitverlauf, heute aber kaum eine erlebbare Relevanz mehr. (vgl. Tabelle 29)

Identifikation mit dem Identitätsprinzip

Der Frage, ob die Anteilseignerschaft für die Mitglieder als *Stärkung der Position gegenüber dem Vermieter* spürbar wird, stimmen durchschnittlich alle Gruppen zu. Einzig die Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ sind unentschieden. Auch bei diesem Prinzip gibt es keine signifikanten Unterschiede bei der Bewertung. (vgl. Tabelle 30)

Das nahe beieinander liegende Ergebnis beider Statements der Türken in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ könnte darin begründet sein, dass sich zwar einige Aspekte – wie der Service und die Wohnsicherheit – verbessert haben, die Bestandsübernahme durch die Genossenschaft aber auch mit einer Mieterhöhung einherging. So lagen hier die Mieten vorher bei durchschnittlich 2,60 Euro/m². Dieses Mietniveau deckte allerdings nicht die laufenden Kosten, so dass die Miete schrittweise erhöht wurde.

Tabelle 27: Identifikation mit dem Identitätsprinzip

Positiv: Weil die Mitglieder der Genossenschaft gleichzeitig Anteilseigner sind, sind sie weniger abhängig von der Gunst eines Vermieters als normale Mieter.								
Negativ: Es spielt keine Rolle, ob man Anteilseigner an der Genossenschaft ist, deshalb wohnt man nicht anders als normale Mieter.								
	GeWoSüd				„am Ostseeplatz“			
	Deutsche		Türken		Deutsche		Türken	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
Mittelwert	2,2	3,3	2,2	3,3	2,1	3,3	2,9	3,0
N	33	32	31	32	11	12	13	12
1= Stimme stark zu, 2= Stimme zu, 3= Unentschieden, 4= Lehne ab, 5= Lehne stark ab								
Signifikanz 2-seitig nach Mann-Whitney-Test			Positives Statement			Negatives Statement		
Signifikanz Deutsche/Türken in der GeWoSüd			0,572 n.s.			0,978 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken „am Ostseeplatz“			0,150 n.s.			0,478 n.s.		
Signifikanz GeWoSüd/„am Ostseeplatz“			0,218 n.s.			0,806 n.s.		
Signifikanz Deutsche/Türken			0,598 n.s.			0,708 n.s.		

Quelle: Eigene Erhebung 2009

Insgesamt scheint die Zustimmung zu den genossenschaftlichen Leitvorstellungen von deren „Greifbarkeit“ abzuhängen. So ist die Identifikation mit dem Demokratie- und Selbstverwaltungsprinzip und der Miteigentümerschaft über die erworbenen Anteile (Selbstverantwortung) größer als die Zustimmung zu den möglicherweise schwerer „fassbaren“ sozialen Zielen des Förderprinzips. (vgl. Abbildung 2). Signifikante Unterschiede zwischen den Genossenschaften gibt es nur bei den Prinzipien Selbsthilfe und Selbstverantwortung. Während in der GeWoSüd das Selbsthilfeprinzip signifikant stärker befürwortet wird, ist in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ die Identifikation mit dem Selbstverantwortungsprinzip höher. Mit dem Selbstverantwortungsprinzip identifizieren sich auch Türken insgesamt stärker als Deutsche.

Grundsätzlich bieten die genossenschaftlichen Prinzipien für Deutsche und auch für Türken identifikative Potentiale. Allerdings deuten die Erfahrungen während der Befragung auf große Reserven in der Bekanntheit der genossenschaftlichen Leitvorstellungen hin. So hatten weder Deutsche noch Türken zuvor von den genossenschaftlichen Werten Notiz genommen. Eine Erhöhung der Bekanntheit dieser Werte könnte möglicherweise die Identifikation mit der genossenschaftlichen Wohnform insgesamt erhöhen.

7.3.6 Zusammenfassung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse

Durch die Interviews mit den Vertretern der Verbände und Wohnungsgenossenschaften wurden die Rahmenbedingungen für das interkulturelle/integrative Wohnen ermittelt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das integrative Zusammenleben bisher weder von Seiten der Politik an die Verbände herangetragen wurde noch aus den beiden Verbänden heraus hinsichtlich seiner Potentiale thematisiert wurde. Wenn – wie im BBU – über Migranten gesprochen wurde, dann eher als Problem- und nicht als Zielgruppe.

Mit den beiden Vertretern der untersuchten Wohnungsgenossenschaften wurden solche befragt, die sich offen gegenüber „neuen Mitgliedergruppen“ zeigen. Dabei zeigte sich, dass sich das interkulturelle Zusammenleben offensichtlich auch ohne spezielle Konzepte bis auf wenige Konflikte „fast problemlos“ in den beiden Bauteilen gestaltet. Zum Tragen kommen offenbar „lokal gültige Toleranz- und Ausgrenzungskulturen“, wie sie DANGSCHAT (2007: 262 f., vgl. Kapitel 2.3.1) benennt. Nach diesen, so die Erkenntnis der Genossenschaften, ist nicht in allen Quartieren ein interkulturelles Wohnen auch gleichzeitig integrativ.

An dieser Stelle werden die Untersuchungsergebnisse der Mitgliederbefragung entsprechend der in Kapitel 5.1 benannten Thesen dargestellt:

1. *Wohnungsgenossenschaften entfalten aufgrund ihrer spezifischen Strukturen migrationsspezifische Integrationspotentiale*

Anhand der Ergebnisse kann für den überwiegenden Teil aller Befragten ein Platzierungsfortschritt in Form einer erhöhten Wohnsicherheit gegenüber der vorherigen Wohnform konstatiert werden. Daneben verbesserten sich insbesondere für die Mitglieder mit türkischem Migrationshintergrund die Wohnraum- und Wohnumfeldqualitäten sowie der Service durch die Genossenschaft gegenüber der vorherigen Wohnform. Überwiegend waren die Verbesserungen sogar signifikant.

Weiterhin bewerten alle Mitgliedergruppen die nachbarschaftliche Interaktion in der Genossenschaft qualitativ höher als in der vorherigen Wohnform, wobei eine Moderation dieser Ergebnisse durch andere Variablen nicht ausgeschlossen werden kann. Als Zeichen für die Beförderung der Integration durch Genossenschaften auf sozialer Ebene kann allerdings gewertet werden, dass ein Drittel der Befragten – darunter mehr Türken als Deutsche – angab, die Genossenschaft habe zur Verbesserung des interkulturellen nachbarschaftlichen Zusammenlebens beigetragen. Hinsichtlich der potentiell möglichen Aktivitäten von Genossenschaften zur Stärkung des interkulturellen nachbarschaftlichen Zusammenhalts kann zusammengefasst werden, dass den einzelnen Aktivitäten unter Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds unterschiedliche Potentiale zugeschrieben werden, grundsätzlich aber Gemeinsamkeiten existieren.

Integrative Effekte auf politisch-rechtlicher Ebene – der Partizipation – über die verfassten Gremien wurden dagegen kaum verzeichnet. Nur ein sehr geringer Teil sowohl türkischer als auch deutscher der Mitglieder nimmt an den jährlichen Mitgliederversammlungen teil.

Die Analyse der Zustimmung/Ablehnung der genossenschaftlichen Leitvorstellungen zeigte, dass diese durchaus identifikatorische – und damit identitätsstiftende – Potentiale besitzen. Hier zeigte die Befragungssituation, dass noch Große Reserven in der Bekanntmachung der genossenschaftlichen Ideale existieren - sowohl bei Türken als auch bei Deutschen.

2. Mittelgroße & alte Wohnungsgenossenschaften haben besondere Potentiale auf den Ebenen Platzierung und Interaktion

Die besonderen Stärken mittelgroßer & alter Wohnungsgenossenschaften im Bereich der Platzierung bestätigten sich bei der Untersuchung in der signifikant besseren Bewertung des Wohnumfelds der Genossenschaften gegenüber dem sonstigen Wohngebiet bei Deutschen und Türken sowie der signifikanten Verbesserung des Wohnumfelds der Genossenschaft gegenüber dem vorherigen Wohnumfeld und der jetzigen Wohnung gegenüber der vorherigen bei den türkischen Mitgliedern. Auch der „Service des Vermieters“ verbesserte sich durch den Umzug in die GeWoSüd für Deutsche und noch mehr für Türken. Im Bereich der Platzierung setzte sich die GeWoSüd positiv von der kleinen & jungen Genossenschaft „am Ostseeplatz“ ab und bedeutete insbesondere für die türkischen Mitglieder einen Integrationsfortschritt, sowohl was die Wohnsicherheit als auch was den Wohnstandard betrifft.

Bezüglich der Potentiale in der Interaktionsdimension ist festzuhalten, dass sich die allgemeinen Kontakte in der GeWoSüd für beide Gruppen im Vergleich zur vorherigen Wohnform intensivierten. Signifikant waren die Unterschiede jedoch nur für die türkische Bevölkerungsgruppe. Die interkulturellen Kontakte haben sich für beide Gruppen signifikant verbessert, für die Deutschen sogar etwas stärker. Allerdings lebten 40% der Deutschen vorher nicht mit Türken zusammen. Daher kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob die Verbesserung auf die Genossenschaft oder auf das interkulturelle Wohnen allgemein zurückzuführen sind. Allerdings gaben fast 40% der Befragten – darunter mehr Türken als Deutsche –, die eine Verbesserung der interkulturellen Nachbarschaften konstatierten an, die Genossenschaft habe zur Verbesserung der interkulturellen Nachbarschaft beigetragen. Besonders die aktiv initiierten Maßnahmen zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens fanden bei den Mitgliedern großen Zuspruch, bei den Türken wieder mehr als bei den Deutschen. Hier zeigten sich die Vorteile professioneller Ressourcen zur Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen der mittelgroßen & alten Genossenschaft gegenüber der kleinen & jungen Genossenschaft.

3. Kleine & junge Wohnungsgenossenschaften (Selbstschutzprojekte) haben besondere Potentiale auf den Ebenen Platzierung (Wohnsicherheit), Partizipation und Identifikation

Für die Mitglieder der kleinen & jungen Genossenschaft „am Ostseeplatz“ hat die Platzierungskarriere im Bereich der Wohnsicherheit für die Deutschen wie auch besonders für die türkischen Bewohner eine große Bedeutung. Aus den Erfahrungen bei der Befragung lässt sich aber auch ableiten, dass die Wohnsicherheitsaspekte den Mitgliedern der kleinen & jungen Genossenschaft auch aufgrund des „Genossenschaftsprozesses“ besser bekannt waren und deshalb möglicherweise deren Bedeutung höher eingeschätzt wurde. Im Bereich Wohnqualität ergeben sich,

wie antizipiert, bei der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ nur geringfügige Verbesserungen, die insgesamt seltener und für die türkischen Mitglieder gar nicht signifikant waren.

Wenngleich die Teilnahme an den verfassten Gremien in beiden Genossenschaft gering ist, waren sie in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ nach Angaben der Befragten dennoch höher als in der GeWoSüd und sie spielte für die türkische Bevölkerung vermutlich deshalb eine größere Rolle, weil sie anteilmäßig auch stärker in den „Genossenschaftsprozess“ eingebunden waren.

Für die Wertintegration kann zusammengefasst werden, dass sich die junge & kleine Genossenschaft nur in Einzelfällen von der GeWoSüd positiv absetzt. Aber auch Mitglieder der mittelgroßen & alten Genossenschaft in anderen Fällen auch einigen Prinzipien stärker zustimmen als die Mitglieder der Genossenschaft „am Ostseeplatz“. Die These, der besonderen Effekte auf identifikativer Ebene durch kleine & junge Genossenschaften kann in dieser Untersuchung nicht bestätigt werden. Allerdings deuten die Ergebnisse darauf hin, dass diejenigen, die besser über genossenschaftliche Inhalte informierten – die türkischen Mitglieder – in der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ den genossenschaftlichen Inhalten in Teilen stärker zustimmen.

8. Fazit und Ausblick

In dieser Arbeit wurde das Integrationspotential von Wohnungsgenossenschaften für türkischstämmige Mitglieder anhand zweier Fallbeispiele untersucht.

Hintergrund der Fragestellung ist die Bedeutungsverschiebung im Integrationskontext vom Arbeitsmarkt zum Wohnquartier. Da insbesondere Migranten durch die Deindustrialisierung von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verliert die Integrationskraft des Arbeitsmarkts gerade für diejenigen an Bedeutung, die auch in andere mehrheitsgesellschaftliche Bereiche weniger integriert sind.

Seit einigen Jahren werden auch Wohnungsgenossenschaften vereinzelt in die Ausführungen über die integrativen Potentiale des Wohnquartiers einbezogen. Eine Zusammenschau von Integrationsdimensionen und den Besonderheiten der genossenschaftlichen Wohnform zeigte die integrativen Ansatzpunkte von Wohnungsgenossenschaften auf struktureller Ebene durch Wohnsicherheit und Wohnqualität, im Bereich sozialer Integration durch moderierte Nachbarschaften sowie im Bereich Partizipation über die Gremien von Genossenschaften und auf identifikativer Ebene über die genossenschaftlichen „Werte“.

In dieser Arbeit wurden anhand einer qualitativen Befragung der wohnungsgenossenschaftlichen Verbände sowie der Vertreter der untersuchten Wohnungsgenossenschaften die Rahmenbedingungen interkulturellen genossenschaftlichen Wohnens untersucht. In der quantitativen Befragung, dem Untersuchungsschwerpunkt dieser Arbeit, wurden die deutschen und Mitglieder mit türkischem Migrationshintergrund entsprechend der dargestellten Integrationsdimensionen nach ihren Bewertungen befragt. In dieser Arbeit wurde zwischen den Genossenschaftstypen alte & mittelgroße sowie junge & kleine Genossenschaft unterschieden, da die Analyse der Merkmale verschiedener Unternehmensformen von Wohnungsgenossenschaften auf unterschiedliche Integrationspotentiale hindeutete.

Die Befragung der genossenschaftlichen Verbände zeigte, dass der wissenschaftliche Stand der Analyse des Integrationspotentials von Wohnungsgenossenschaften und die entsprechenden Empfehlungen seitens der BUNDESREGIERUNG (2007) im nationalen Integrationsplan (ebd.:112 ff.) bislang weder von landespolitischer Ebene an die Verbände herangetragen, noch von den wohnungsgenossenschaftlichen Verbände selbst aufgegriffen wurden.

Die Gespräche mit den Vertretern der Genossenschaften zeigten, dass bei einer „offenen Haltung“ der Genossenschaft gegenüber fremd-ethnischen Gruppen die migrationsspezifische Integration sogar ohne spezielle Konzepte und Strategien in den Genossenschaften auskommt. Diese waren in der GeWoSüd gar nicht vorhanden. In der Genossenschaft „am Ostseeplatz“ beschränkten sie sich auf die Beschäftigung türkischstämmiger Mitarbeiter.

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung ergab in den für die Integration zentralen Bereichen Wohnsicherheit und Wohnqualität sowie nachbarschaftliche Interaktion allgemein und insbesondere interkulturell positive Unterschiede der Genossenschaften gegenüber den vorherigen Wohnformen. In den Genossenschaften intensivierten nicht nur Türken ihre Kontakte zu Deutschen, sondern auch Deutsche ihre zu Türken, was entsprechend eines Integrationsverständnisses, das Annäherungen von „beiden Seiten“ als notwendig erachtet, positiv bewertet werden kann. Dies ist nach Ansicht rund eines Drittels der Befragten und dabei speziell aus Sicht der türkischen Mitglieder auf die Gemeinsamkeit stiftenden Merkmale und Aktivitäten der Genossenschaften zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens zurückzuführen. Weniger bedeutsam war dagegen die Nutzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten über verfasste Gremien. Sowohl deutsche als auch türkische Bewohner nutzten diese nur in geringem Maße. Die Untersuchung ergab weiterhin, dass die seit mehr als einem Jahrhundert die Genossenschaften konstituierenden Werte, trotz einiger Modifikationen im Zeitverlauf, noch heute identifikative Potentiale besitzen – nicht nur für Deutsche, sondern auch für Türken. Auf Basis der Untersuchungsergebnisse ist anzunehmen, dass genossenschaftliche Strukturen die Integration von Migranten auf verschiedenen aus wissenschaftlicher Sicht relevanten Ebenen befördern können und verschiedene Genossenschaftstypen unterschiedliche integrative Stärken besitzen.

Wenngleich die Potentiale für die migrationsspezifische Integration durch genossenschaftliches Wohnen und Leben in qualitativer Hinsicht groß sein mögen, so ist es fragwürdig, ob sie kurz- und mittelfristig auch in quantitativer Hinsicht für Türken wirksam werden können.

Einerseits zeigte die Betrachtung der Verteilung türkischer Bevölkerung und von Wohnungsgenossenschaften in Berlin, dass es in Berlin in Gebieten mit hohen Anteilen türkischer Bewohner nur geringe Anteile an Genossenschaftswohnungen et vice versa gibt. Es kommt hinzu, dass die Wohnungsgenossenschaften, für die intensivere Integrationspotentiale hergeleitet wurden – die jungen, kleinen und mittelgroßen Genossenschaften – in West-Berlin, wo viele Türken leben, geringere Anteile am Wohnraum besitzen als z.B. in Ost-Berlin, wo wiederum kaum Türken leben. Darüber hinaus scheint eine Ausrichtung auf Migranten als Zielgruppe derzeit, auch auf Berliner Ebene, noch „Zukunftsmusik“ zu sein. Weder die Verbände als Berater der Genossenschaften thematisieren dies, noch ist sehr unsicher, ob die Berliner Genossenschaften gegenüber Migranten als Zielgruppe aufgeschlossen sind. Gleichzeitig tragen Probleme bei den Türken zum fehlenden Zugang zu Genossenschaften bei. Die Befragten nutzten weniger diversifizierte Informationsquellen bei der Wohnungssuche und/oder kennen in Teilen wohnungsgenossenschaftliche Inhalte nicht und/oder fühlen sich durch den Anteilserwerb oder Mitbestimmungsoptionen verunsichert, wie allein die Darstellung derjenigen zeigt, die trotzdem Zugang fanden. Daneben sind auch knappe finanzielle Ressourcen türkischer Migranten ein Problem. Zumindest die junge & kleine Genossenschaft „am Ostseeplatz“ musste flexibel auf die Finanzierungsschwierigkeiten der Türken bei den Genossenschaftsanteilen reagieren, wie die hohen Anteile der Ratenzahlung

an die Genossenschaft zeigten. In der alten & mittelgroßen Genossenschaften zeichneten sich diesbezüglich keine Probleme ab.

In Anbetracht des weiterhin rückläufigen Staatsbudgets, was wiederum Eingriffe des Staates in den Wohnungs- und Arbeitsmarkt schwierig gestaltet sowie der gleichzeitig steigenden Kosten für die Integration bleibt es wichtig, nach nicht-staatlichen Lösungen zu suchen, „mit den bestehenden Bevölkerungszusammensetzungen vor Ort umzugehen und ihre endogenen Potentiale zu stärken“ (DANGSCHAT 2007: 262 f). Da genossenschaftliche Strukturen dies befördern können und gleichzeitig eine nicht-staatliche Institution darstellen, wäre es interessant, die Potentiale auch für andere ethnische Gruppen zu untersuchen. Vor allem für solche, die in Quartieren leben, in denen Wohnungsgenossenschaften größere Anteile am Wohnraum besitzen wie z.B. Berlin-Marzahn mit großen Anteilen deutscher Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Weiterhin sollten detaillierte Informationen über die Integrationspotentiale verschiedener Genossenschaftstypen gewonnen werden. Darüber hinaus wäre es wichtig, zu erforschen, ob die Integrationseffekte von Genossenschaften auch in das Quartier übergehen. Ein Ansatz wäre z.B., inwiefern sich Mitglieder von Genossenschaften über diese hinaus für das Quartier engagieren.

Literaturverzeichnis

- ABADAN-UNAT, Nermin (2005): Migration ohne Ende. Vom Gastarbeiter zum Eurotürken. Berlin.
- AMANN, Renate; NEUMANN-COSEL von, Barabara (1999): 80 Jahre GeWoSüd. Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Berlin-Süd eG. Landbau und Lindenhof. Zwei Genossenschaften wachsen zusammen. Berlin.
- ANALYSE & KONZEPTE (1997): Aktuelle Situation und Perspektiven der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland: Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Endbericht. Hamburg.
- BARTHOLOMÄI, Reinhart (2004): Die Entwicklung des Politikfelds Wohnen. In: EGNER, Björn; GEORGAKIS Nikolaos; HEINELT, Hubert; BARTHOLOMÄI, Reinhart: Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente. Darmstadt. S. 17-32.
- BBR (BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) (Hrsg.) (2006): ExWoSt-Informationen „Genossenschaftliche Lösungen beim Verkauf von Wohnungsbeständen“. 28/03-07/2006. Meckenheim.
- BBSR (BUNDESAMT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG) (Hrsg.): ExWoSt-Informationen „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“. 34/2 - 06/2009. Bonn.
- BEETZ, Stephan (2007): Wohnungsgenossenschaften und Nachbarschaften. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/2007. Bonn. S. 241-249.
- BEETZ, Stephan (2005): Mitgliederbeziehungen in Wohnungsgenossenschaften. Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Unternehmertum, Partizipation und Nachbarschaft. Berlin.
- BIBE (BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG) (Hrsg.) (2009): Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Köln.
- BERNHARDT, Patricia (2008): Der Wohneigentumserwerb von Türken in Berlin – ein Zeichen ihrer räumlichen Integration? In: Arbeitsberichte. Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin. Heft 149. Berlin.
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG)/BBR (BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) (Hrsg.) (2008): Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan – Zwischenbilanz. Berlin.
- BMVBS (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG)/BBR (BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG) (Hrsg.) (2007): Erschließen von Genossenschaftspotentialen im Forschungsfeld Modelle genossenschaftlichen Wohnens. Forschungen Heft 126. Bonn.
- BMVBW (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND WOHNUNGSWESEN) (Hrsg.) (2004): Wohnungsgenossenschaften. Potentiale und Perspektiven. Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften. Berlin.
- BUNDESREGIERUNG: (Presse und Informationsamt der Bundesregierung)/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- BÖHME, Christa; SCHULERI-HARTJE, Ulla (2002): Zusammenleben in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. In: Soziale Stadt - Info 8/2002. Berlin. S. 2-14.

- BÖLTKEN, Ferdinand; GATZWEILER, Hans-Peter; MEYER, Katrin (2002): Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 8/2002. Bonn. S. 397-414.
- BORTZ, Jürgen (2005): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Italy.
- BOSSWICK, Wolfgang; LÜKEN-KLAßEN, Doris; HECKMANN, Friedrich (2008): Schlussbericht. Wohnen und die Integration von Migranten in Europa. Flörsheim am Main.
- BULUT, Soner (2006): Untersuchung zur wohnräumlichen Konzentration von türkischen Migranten in ausgewählten Städten des Ruhrgebietes. O.O.
- CROME, Barbara (2007): Entwicklung und Situation der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/2007. Bonn. S. 211-221.
- DANGSCHAT, Jens (2007): Wohnquartiere als Ausgangspunkt sozialer Integration. In: KESSL, Florian; OTTO, Hans-Uwe (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen und Farmington Hills. S. 255-272.
- DANGSCHAT, Jens (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: HEITMEYER, Wilhelm; DOLLASE, Rainer; BACKES, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main. S. 21-96.
- DANGSCHAT, Jens (1997): Entwicklung von Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt. In: HANESCH, Walter (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen. S. 77-110.
- EISENBEIß, Ramona (2005): „Die Interpretation des Förderauftrags von Wohnungsgenossenschaften aus heutiger Sicht. Dargestellt am Beispiel Stuttgarter Wohnungsgenossenschaften. Saarbrücken.
- EMPIRICA (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Zusammenfassung und Empfehlungen. Ergebnisse für das Quartiersverfahren insgesamt. O.O.
- ESSER, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung: Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40. Mannheim.
- FARWICK, Andreas (2008): Behindern ethnisch geprägte Wohnquartiere die Eingliederung von Migranten? In SCHNUR, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 209-232.
- FASSMANN, Heinz (2007): Integration und Segregation: eine Erläuterung. In: MEYER, Frank (Hrsg.): Wohnen-Arbeit-Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung. Berlin. S. 1-15.
- FILSINGER, Dieter (2001): Soziale Integration junger Migrant/innen, Aussiedler/innen und ihrer Familien in E&C-Gebieten. Dokumentation zur Veranstaltung: Konferenz der Quartiersmanager/innen vom 26. - 27. September 2001 in Berlin
- FINCHAM, Frank; HEWSTONE, Miles (2003): Attributionstheorie und -forschung. Von den Grundlagen zur Anwendung. In: STROEBE, Wolfgang; JONAS, Klaus; HEWSTONE, Miles: Sozialpsychologie. Eine Einführung. Berlin und Heidelberg. S. 215-263.
- FRANKE, Thomas (2003): Aktivierung und Beteiligung. In: BMVBW (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND WOHNUNGSWESEN) (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen

- und Perspektiven. Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ - die Soziale Stadt. 192-206.
- FRIEDRICHS, Jürgen; TRIEMER, Sachse (2009): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden.
- GAITANIDES, Stefan (2008): Zusammenleben im Stadtteil - Fremd- und Selbstwahrnehmung von Migranten und autochthonen Deutschen in Quartieren mit hohen Migrantenanteilen. In: ROMMELSBACHER, Birgit; KOLLAK, Ingrid (Hrsg.): Interkulturelle Perspektive für das Sozial und Gesundheitswesen. Frankfurt am Main. S. 243-264.
- GESEMANN, Frank (2007): Bildung und soziale Lage junger Zuwanderer in Berlin. Dokumentation der Tagung „Schlagwort Integration – Junge Zuwanderer und Gewaltprävention in Berlin“ am 27. August 2007. Internet: http://www.berlin.de/lb/lkbgg/bfg/2008/nummer_34.html
- GESTRING, Norbert; JANßEN, Andrea; POLAT, Ayça (2006): Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden.
- GLATTER, Jan (2006): News from the blind men and the elephant? Welche neuen Erkenntnisse bietet die jüngere Gentrificationforschung. In: Europa Regional. Heft 4/2006. S. 156-166.
- GLEBE, Günther (1997): Housing and segregation of Turks in Germany. In: ÖZÜEKREN, Şule; KEMPEN, van, Ronald (Hrsg.): Turks in European cities: housing and urban segregation. Netherlands. S. 122-157.
- GREBE, Martin; CINAR, Tülay (1998): Das türkische Berlin. Berlin
- GROEGER, Frederick (2001): Armut, Alltag und soziale Konflikte. Nachbarschaftskonflikte im „Problemviertel“ und ihre zivilgesellschaftliche Bearbeitung. In: GESEMANN (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven. Opladen. S. 349-362.
- HABERMANN-NIEßE, Klaus; KLEHN, Kirsten (2007): Der Beitrag von Wohnungsgenossenschaften zur Quartiersentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/2007. Bonn. S. 223-232.
- HALM, Dirk; SAUER, Martina (2006): Desintegration und Parallelgesellschaft. Aktuelle Befunde zur Integration türkeistämmiger Migranten. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Zivilgesellschaft. 04/2006. Wiesbaden. S. 84-94.
- HAMM, Bernd (1998): Nachbarschaften. In: HÄUßERMANN, Hartmut. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen. S.173-182.
- HANHÖRSTER, Heike; REIMANN, Bettina (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren. Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger mit migrantischer Herkunft. Berlin.
- HÄUßERMANN, Hartmut (2009): Kurzreferat auf der Abschlussveranstaltung zur ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik am 09.09.2009 in Berlin.
- HÄUßERMANN, Hartmut; FÖRSTE, Daniel; DOHNKE, Jan; HAUSMANN, Patrick (2008): Monitoring soziale Stadtentwicklung in Berlin 2008. Endbericht. O.O.
- HÄUßERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- HÄUßERMANN, Hartmut; FARWICK, Andreas (2002): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt. Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen. 2. Auflage.

- HÄUßERMANN, Hartmut (2005): Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt. Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004. In: Informationen zur Raumentwicklung. 2/3 2005. Bonn. S. 75-85.
- HÄUßERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin und Oldenburg.
- HÄUßERMANN, Hartmut (1998): Zuwanderung und Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen „underclass“? In: HEITMEYER, Wilhelm; DOLLASE, Rainer; BACKES, Otto (1998): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main. S. 145-175.
- HEITMEYER, W.; ANHUT, R. (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim und München.
- HEITMEYER, Wilhelm (1998): Versagt die Integrationsmaschine Stadt. In: HEITMEYER, Wilhelm; DOLLASE, Rainer; BACKES, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main. S. 443-468.
- HECKMANN, Friedrich; TOMEI, Veronica (1997): Einwanderungsgesellschaft Deutschland – Konfliktpotentiale und Chancen. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestags. Heidelberg.
- HUNGER, Uwe; THRÄNHARDT, Dietrich (2001): Die Berliner Integrationspolitik im Vergleich der Bundesländer. In: GESEMANN (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven. Opladen. S. 109-125.
- IFS (INSTITUT FÜR STADT- UND STRUKTURPOLITIK) (2004): Die soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin.
- JEKEL, Gregor; BOCK, Stephanie; BEETZ, Stephan (in Veröffentlichung): Aktivierung von Potentialen genossenschaftlichen Wohnens. Evaluierung der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt). Endbericht.
- KAPPHAN, Andreas (2002): Das arme Berlin. Sozialräumlich Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er Jahren. Opladen.
- KEMPEN, van, Ronald; ÖZÜEKREN, A. Şule (1998): Ethnic minority housing in the European Union: A case study of turks. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie. Vol. 89, No. 4. S. 459-466.
- KEMPER, Franz-Josef (1998): Restructuring of Housing and Ethnic Segregation: Recent Developments in Berlin. In: Urban Studies, Vol. 35, No. 10. S. 1765-1789.
- KEMPER, Franz-Josef (2007): Altersspezifische ethnische Segregation. In: MEYER, Frank (Hrsg.) (2007): Wohnen-Arbeit-Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung. Berlin. S. 45-57.
- KÖNIG, Barbara (2007): Herausforderungen der Stadtentwicklung: Wohnungsgenossenschaften und die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/2007. Bonn. S. 233-240.
- KÖNIG, Barbara (2004): Stadtgemeinschaften. Das Potenzial von Wohnungsgenossenschaften für die soziale Stadtentwicklung. Berlin.

- KRUMMACHER, Michael; KULBACH, Roderich; WALTZ, Viktoria; WOHLFAHRT, Norbert (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen.
- KRUMMACHER, Michael (2000): Zuwanderung, Migration. In: HÄUßERMANN, Hartmut. (Hrsg.): Großstadt - Soziologische Stichworte. Opladen. S. 321-333.
- LBW (LANDESSTIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG) (HRSG.) (2007): Kommunale Integrationsprojekte mit Migranten – eine Subjektorientierte Evaluation im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg. Stuttgart.
- MERSMANN, Arno (2005): Migranten in Wohnungsunternehmen. Wohnungsvergabep Praxis und Partizipationsansätze. In: VERBUNDPARTNER ZUWANDERER IN DER STADT (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt. S. 175-215.
- MÜNCH, Sybille (2007): Integration kann trotz residentieller Segregation gelingen. Das Projekt Zuwanderer in der Stadt und seine Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. In: MEYER, Frank (Hrsg.): Wohnen-Arbeit-Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung. Berlin. S. 45-57.
- NIESZERY, Andrea (2008): Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartierseffekten in der europäischen Stadtforschung. In SCHNUR, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 107-126.
- OTMAN, Alp (2006): Aspekte der Partizipation vom MigrantInnen im Stadtteil. Darmstädter Erfahrungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: Migration und Soziale Arbeit. Heft 3/4/2006. Weinheim. S. 37-44.
- ÖZCAN, Veysel (2004): Aspekte der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Integration der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland. In: Sachverständigenrat für Zuwanderung in Integration (Hrsg.): Die Situation der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland. Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates. O.O. S. 7-51.
- PETENDRA, Brigitte (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. best-practice-projekte. Darmstadt.
- REIMANN, Bettina, SCHULERI-HARTJE, Ulla (2005): Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil. In: Sozial Stadt – Info 17. Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin. S. 2-8.
- REIMANN, Bettina (2008): Integration von Zuwanderern im Quartier: Ausgangslage, Herausforderungen und Perspektiven. In: SCHNUR, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden.
- REINDERS, Heinz: Integrationsbereitschaft jugendlicher Migranten. Vexierbilder und empirische Befunde. In: Das Parlament. Politik und Zeitgeschichte. 05/2009. o.O. o.S. Internet: <http://www.das-parlament.de/2009/05/Beilage/003.html> (08/2009)
- RIDINGER, Rudolf (2007): Migration und Integration – Besondere Herausforderungen und Chancen für Wohnungsgenossenschaften. In: Marburger Beiträge zum Genossenschaftswesen: Genossenschaften zwischen Altersvorsorge und Zuwanderung – Besondere Herausforderungen für die Wohnungsgenossenschaften, Nr. 48. Scheßlitz. S. 29-35.
- RINGLE, Günther (2007): Genossenschaftliche Prinzipien im Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität. In: Wismarer Diskussionspapiere. Heft 01/2007. Wismar.
- SCHNUR, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.

- SCHNUR, Olaf (2000): Positionspapier: Soziale Stadt- und Quartiersentwicklung in Berlin. O.O.
Internet: [http://www.geographie.hu-berlin.de/Members/schnur_olaf/presseinformationen\(01/1020\)](http://www.geographie.hu-berlin.de/Members/schnur_olaf/presseinformationen(01/1020))
- ŞEN, Faruk (2004): Türkische Diaspora in Deutschland. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, J. 45, Nr. 10. S. 376-380.
- SARRAZIN, Thilo (2009): Thilo Sarrazin im Gespräch. Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. In: Lettre International: Berlin auf der Couch. Autoren und Künstler zu 20 Jahren Mauerfall. Nr. 86. Berlin.
- SASF (SENATSVERWALTUNG FÜR ARBEIT, SOZIALES UND FRAUEN) (Hrsg.) (2002): Repräsentativumfrage zur Lebenssituation türkischer Berlinerinnen und Berliner. O.O.
- SIEBEL, Walter (2005): Großsiedlung und innerstädtisches Altbauquartier: Auswirkungen unterschiedlicher räumlicher Verhältnisse auf den Integrationsverlauf von Migranten. In: VZS (VERBUNDPARTNER „ZUWANDERER IN DER STADT“) (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt – Experten zum Projekt – . Darmstadt.
- VdW SÜDWEST (Hrsg.) (2006): Integration und Migration in Wohnungsgenossenschaften. Arbeitshilfe. O.O.
- VZS (VERBUNDPARTNER „ZUWANDERER IN DER STADT“) (Hrsg.) (2005a): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt.
- VIEHMEYER, Lars; SALDANHA BILLE, Wera; ROEPKE, Claudia (2008): Handlungskonzept 2009 für das Interventionsgebiet Mariannenplatz (Friedrichshain-Kreuzberg). 4. Fortschreibung. O.O.
- WESSEL, Karin (1996): Empirisches Arbeiten in der Wirtschafts- und Sozialgeographie. Paderborn.
- Internet**
- BMJ (BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ) (2009): Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.
Internet: http://bundesrecht.juris.de/geng/_1.html (03/2009)
- GEWOSÜD (GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT BERLIN-SÜD) (2009): Über uns.
Internet: http://www.gewosued.de/ex_basis.htm (09/2009)
- HABERMANN-NIEßE, Klaus; KLEHN, Kirsten (2009): Mehr Qualität im Quartier. Der Beitrag von Wohnungsgenossenschaften zur Quartiersentwicklung. Internet: <http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung/praxis/bauenundwohnen/10633.html> (08/2009)
- JACOBSEN, Lenz (2009): Abschied aus Almanyia. In: Spiegel-online am 10.09.2009.
Internet: <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,645054,00.html> (12/2009)
- SFS (SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG) (2009): Karten, Pläne, Daten – online.
Internet: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/> (09/2009)
- SOZIALE STADT (BUNDESTRANSFERSTELLE SOZIALE STADT) (2009): Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt.“
Internet: <http://www.sozialestadt.de/programm/> (08/2009)
- WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT „AM OSTSEEPLATZ“ (2009): Wir über uns.
Internet: <http://www.am-ostseeplatz.de/> (09/2009)

Anhang

A Übersicht über die Experteninterviews

	Name, Vorname	Institution	Funktion
E1	Schmitz, Richard	Wohnungsgenossenschaft „am Ostseeplatz“	Vorstand
E2	Büscher, Dirk u. Van Esen, Angela	GeWoSüd, Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	Sozialarbeiter u. Verwal- terin
E3	Degen, Sabine	BBU - Verband Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen - Fachbereich Wohnungsgenossenschaften	Rechtsberaterin
E4	Noß, Angelika	PkmG, Verband der kleinen und mittelständischen Wohnungsgenos- senschaften	Verbandsdirektorin, Verbandsprüferin

A.1 Interviewleitfaden für die Expertengespräche

A1.1 Interviewleitfaden Vertreter der Verbände

Vorstellung des Verbandes

- Größe, Arbeitsbereiche

Beurteilung der Rahmenbedingungen „Migranten in Wohnungsgenossenschaften“

- Allgemeine Genossenschaftsförderung/-unterstützung durch die Politik
- Gibt es ein Interesse der Politik an der Unterstützung des Integrationspotentials von Genossenschaften (wenn ja: wird dieses durch die Politik unterstützt?)
- Selbstverständnis des Verbands zum Thema „(türkische) Migranten in Wohnungsgenossenschaften“
- Beratungsangebote für Wohnungsgenossenschaften zum interkulturellen Wohnen

Erfahrungen

- Signalisieren Wohnungsgenossenschaften ein Interesse an interkulturellem Wohnen/Integration von Migranten?
- Gibt es Erfahrungen zum interkulturellen Wohnen von Wohnungsgenossenschaften/-Integration von Migranten?
- Welche Genossenschaften (traditionelle, junge, kleine) nehmen ggf. Beratungsangebote wahr?

A1.2 Interviewleitfaden Vertreter der Genossenschaften

Vorstellung der eigenen Genossenschaft

- Größe, Arbeitsbereiche

- Bestände
- Wohnkonzepte

Beurteilung des Integrationspotentials

- Selbstverständnis hinsichtlich interkulturellem Wohnen / Wohnen mit Migranten/Integrationspotential

Erfahrungen

- Erfahrungen hinsichtlich der Beteiligung von Migranten an der genossenschaftlichen Organisation und anderen genossenschaftlichen „Events“
- Genossenschaftliches Engagement von türkischstämmigen Bewohnern: Welche Beteiligungen gibt es, wo sehen sie Potentiale
- Beteiligung der Genossenschaft an sozialen Projekten
- Beurteilung der Nachbarschaftsbeziehungen zwischen den Bewohnern verschiedener Kulturen

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Inhalte sind als solche kenntlich gemacht.

Berlin, den 26. Januar 2010

Kristin Müller